



DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. Fritz Bauer · Willi Eichler · Dr. Erich Pottboff

und Prof. Dr. Otto Stammer

5. Jahrgang · Heft 2 · März/April 1958

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD

INHALT

Dr. Walter Staudacher, Berlin <i>Rußland und der Westen</i>	83
--	----

Dr. Karl Kühne, Stuttgart <i>Gesellschaftsstruktur und geistige Situation der Sozialdemokratie</i>	91
---	----

Dr. Adolf Arndt, MdB, Bonn <i>Sozialistische Staatspolitik — heute</i>	99
---	----

Ulrich Lohmar, MdB, Bielefeld <i>Das Problem der innerparteilichen Demokratie</i>	110
--	-----

Ulrich Dübber, Bonn <i>Aufgaben und Grenzen eines Parteiengesetzes</i>	118
---	-----

Diskussion

Albert Schiefer, Remagen <i>Deutschlands vorsichtige junge Männer</i>	127
--	-----

Dr. Hans Paul Bahrdt, Ludwigshafen <i>Betriebsorganisation in der Nachfließbandperiode</i>	134
---	-----

Zeitgeschehen

Berichte und Analysen	144
---------------------------------	-----

Nationalistische Ideologien
Von K. H. Tjaden, Frankfurt

Kritik	152
------------------	-----

Mitteilungen der Redaktion	158
--------------------------------------	-----

Die Beiträge in dieser Zeitschrift bringen die persönliche Auffassung der
Verfasser zum Ausdruck.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Ingensand. Redaktion: Ulrich Lohmar, MdB,
Bielefeld, Pressehaus, Telefon 6 31 11

Redaktions-Beirat: Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Prof. Dr. F. Borinski, Bremen; O. Brenner, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt; Dr. H. Deist, MdB, Köln; Prof. Dr. G. Eckert, Braunschweig; F. Erlar, MdB, Pforzheim; Prof. Dr. Greta Henry-Hermann, Bremen; Prof. Dr. H. J. Iwand, Bonn; Prof. Dr. G. Rüttig, Göttingen; Prof. C. Schmid, MdB, Frankfurt; H. Wehner, MdB, Hamburg; Prof. Dr. G. Weizsäcker, Köln. — VERLAG NEUE GESELLSCHAFT, Bielefeld, Pressehaus; Fernruf Bielefeld 6 31 11; Fernschreiber 083 28 45. Abonnementspreis 2,— DM je Heft ab Verlag. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. — Anzeigenpreise Nr. 1. — Postch.-Konto Hannover 62 66. Bankverb.: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld, Umschlag-Zeichnung: Eugen Nardinger, Augsburg.

RUSSLAND UND DER WESTEN

Die westliche Unkenntnis des Ostens ist fast so alt wie die Geschichte der West-Ost-Beziehungen. Wie ein Gespenst tritt, vermeintlich geschichtslos, Rußland zu Beginn des 18. Jahrhunderts in den Lichtkegel der europäischen Geschichte. Trotz der mannigfaltigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die Rußland im 19. Jahrhundert mit dem Westen verbanden, blieb der riesige Volks- und Landkörper gerade ob des manifesten „rätselhaften“ Widerspruchs zwischen Stärken und Schwächen der unheimliche Fremde; sein auch in der Stoßrichtung immer wieder wechselnder Lebens-„Drang“ erzeugte im Westen die Vorstellung des ewigen und gefährlichen Unruhestifters.

Weder die Tatsache, daß die Christianisierung des weiten russischen Raums zu der gleichen Zeit mit der des Raums „östlich der Elbe“ erfolgte, noch etwa die frühe gewaltige kolonialisatorische Sibirienerrückeroberung durch die Russen, die sich parallel der Kolonisation Nordamerikas vollzog, hatten ein gemeinsames abendländisches Kulturbewußtsein erhalten und politisch tragend machen können. Vielmehr begegneten in der jüngeren Epoche jener „zügellosen kolonial-imperialistischen Machtrivalitäten ohne höhere geistige Kontrolle“ (Alfred Weber) die äußeren Durchsetzungsanstrengungen der neuen Macht jenen anhaltenden Behinderungen, welche wesentlich ursächlich für die damalige zunehmende Weltspannung, für Weltkrieg und schließlich „Weltrevolution“ wurden.

Kein realistisches Rußlandbild

Seit der russischen Revolution beherrscht vollends das westliche Denken die Vorstellung vom „Gespenst des Bolschewismus als akute Drohung“. Fast 600 Jahre nach den Mongolenstürmen scheint sich im Westen eine Art „horror des invasions“ erhalten zu haben. Russische und baltische Emigranten haben, mit dem Anspruch auf Sachverständnis und Landeskundigkeit, erwachsen aus Angst und Haß, entscheidend zu einem weitgehend emotional bestimmten Rußlandbild beigetragen. Man sah nur noch die „asiatische Fratze“, die „Revolution der Steppen- und Untermenschen“ (Rosenberg) in den „Jahren der Entscheidung“ (Oswald Spengler), gewiß extreme, aber höchst symptomatische Vereinfachungen und absolute Unrichtigkeiten! Sie haben eine Krenzzugsstimmung im Westen genährt, deren Wiederaufleben im Zuge der westlichen Enttäuschungen über die „waffenbrüderliche Untreue“ der Sowjets „nach so vielen politischen und territorialen Konzessionen“ unschwer zu erkennen ist. Fußen doch auch die 1947 und 1952 erschienenen Bücher des Amerikaners James Burnham: „The struggle for the world“ und „Containment or Liberation“, die mit die geistigen Grundlagen für die bisherige amtliche amerikanische Politik der „Eindämmung“ (Truman) und des „rolling back“ (Dulles) lieferten, auf solchen gefühlsbestimmten Vereinfachungsdiagnosen, so daß Richard Tüngel in einem 1953 in „Die Zeit“ erschienenen Artikel in Burnhams dynamischer Befreiungspolitik, „dem offiziellen Programm der neuen amerikanischen antisowjetischen Politik“, die „Idee des Krenzzugs“ und eine „Forderung nach bedingungsloser Kapitulation“ sehen konnte.

Inzwischen ist diese Politik, die nach einer Erklärung der amerikanischen Zeitschrift „Life“ von 1951 die Möglichkeit eines Nebeneinanders von Kommunismus und Kapi-

talismus verneinte und sogar das „Risiko eines totalen Krieges“ bejahte, in das Stadium einer Revision getreten, und zwar, wie es scheint, nicht nur aus der Furcht vor den Folgen des Atomkrieges, sondern auch aus zunehmender Einsicht in die Notwendigkeit, die geistig-politische Insolvenz, die der Westen in Jalta in so erschreckendem Maße trotz einer damals schon 27-jährigen Erfahrungsbegegnung mit dem bolschewistischen Rußland unter Beweis stellte und die auch hernach die amerikanische Politik insbesondere in Ostasien von einer Sackgasse in die andere führte, zu überwinden und durch ein konstruktives, „nuancenreicheres“ politisches Denken und Planen zu ersetzen.

Es scheint dem Westen bewußt geworden zu sein — und diese Erkenntnis verdient jede deutsche Förderung —, daß eine Politik gegenüber der Sowjetunion, die auf moralisierenden Vereinfachungen beruht, die von Fiktionen aus ihre Wertungen und Handlungen bestimmt und krampfhaft an jener Metapher des Eisernen Vorhanges festhält, sich dialektisch in die Abhängigkeit der Ideologie marxistischer Analysen begibt und dadurch zu jener Unsicherheit, Sprunghaftigkeit, politischen Gedankenarmut und Initiativlosigkeit verurteilt wird, die selbst weniger kritischen Beobachtern ins Auge springen.

Die Sowjetideologie ist das wichtigste und umfassendste soziologische Gedankengebäude der Gegenwart, das, und sei es auch nur als Antithese, das gesamte moderne Denken der abendländischen Welt beeinflusst. Erst ihre intimere Kenntnis führt zu der entscheidend wichtigen Einsicht, daß die aus der Schlußkonstellation des letzten Weltkrieges „überraschend“ hervorgetretene globale Ost-Westspannung im Gegensatz zu früheren Spannungskrisen vor allem geistiger und nicht nur machtpolitischer Natur ist.

Es ist ein politisches Vernunftgebot für den Westen, in gleicher Weise wie die Sowjets, d. h. „ohne den Moralkodex in der Hand“ (Bismarck) und „ohne Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit“ (Harold Nicolson) die Denk- und Handelnsätze der Sowjets und „die Quellen des russischen Verhaltens“ (G. F. Kennan) zu erfassen.

Die „Generallinie“ der Sowjetideologie

Frei von jeder Beschönigung der eigenen Geschichte sehen die Sowjets in der „kapitalistischen Verfassung“ eine kranke, auf ideologischen Phrasen aufgebaute, der Verewigung ungleicher Besitzverhältnisse dienende Ordnung, welche immer wieder zufolge der vorherrschenden „immanenten Gewalttendenzen“ zu Krisen im Innern und Explosionen nach außen führen muß. Diese Gewalttendenzen hätten im letzten Jahrhundert in der Militarisierung der Staaten und der imperialistischen Kolonisation ihren Ausdruck gefunden und zum Drang aller Nationen geführt, sich so viel von der Welt zu nehmen, als sie nur konnten. Als der Raum immer kleiner und dadurch die Rivalität dieser alle für sich eine unbeschränkte „Souveränität“ nach innen und außen beanspruchenden Machtkörper immer größer wurde, wäre eine weitere Expansion nur mehr dadurch möglich geworden, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Existenz des Rivalen zu vernichten war. Bei der weltwirtschaftlichen Verflechtung mußten schließlich diese Gewalttaten zu „Weltkriegen“, zuletzt zu jenem brutalen Vorgang der Austilgung von Leben, Wirtschaft und Kultur führen, bei dem Sowjetrußland selbst mit knapper Not der Vernichtung durch die Hitleraggression entging.

Aus dieser Kritik der „bürgerlichen Ordnung“ schöpft die Sowjetideologie das geradezu abgründige Mißtrauen gegenüber jeder „Moral“ in der Politik. Diese Moral hatte sich nicht nur als unwirksam, sondern als unmittelbar unheilvoll erwiesen, weil sie nur der Verbrämung jener Gewalttendenzen im Dienst rein ökonomischer Interessen diene. Zu keiner Zeit hätten die erklärten „Sittenprinzipien von Freiheit und Menschenwürde“ als Regulative gewirkt und den zugleich einander widerstreitenden Besitzgruppeninteressen übergeordnet werden können. Sie seien somit Pseudomoral.

So wäns die Sowjetideologie nichts Geringeres, als die Norm des absolut Moralischen aus der Ordnung des menschlichen Gemeinschaftslebens verbannen zu müssen und nur jene einzige der „Vernunft“, d. h. der „Generallinie“ anerkennen zu können.

Die sowjetische Staatsideologie delegiert gewissermaßen die unsere Idealgrundsätze verbürgenden „Grundrechte“ auf den Staat selbst: sie ersetzt die „Pseudomoral“ durch „planende Vernunft“. Die „bürgerliche Ordnung“ sei im übrigen durch die „eigene innere Ungeistigkeit und Unmoral“ zur schließlichen Selbstauflösung verurteilt. Aus der „Schlußagonie des Individualismus“ aber drohe der Sowjetunion und den anderen Ländern, in denen sich die „neue Weltdisposition“ bereits durchgesetzt habe, die Gefahr des „letzten entscheidenden Kampfes“, wie sie als Menetekel im Text der „Internationale“ erwähnt ist.

Zufolge jener Eliminierung der Ursachen für Revolutionen und Kriege sei das Sowjetregime im Gegensatz zum „bürgerlichen“ „immanent friedlich“. Nur die die bürgerliche Gesellschaft beherrschenden „inhärenten Aggressionskräfte“ legten der Sowjetunion das Gebot von Großrüstung und Wehrhaftigkeit auf.

Diese monoton in den täglichen Reden der kommunistischen Offizialen vernehmbaren Argumente der „Generallinie“ entsprechen echter und sicherer Überzeugung. Vom Westen meist kurzerhand als „Propaganda“ oder „Bedrohung“ abgetan, besitzen sie Leuchtkraft überall da, wo soziale und wirtschaftliche Unvollkommenheit herrscht oder „der verletzende Gegensatz zwischen den sittlichen Idealen und der Wirklichkeit“ (Pius XII.) nicht überwunden wird; sie liefern den seelischen Antriebsstoff für das riesige russische Aufbau- und Kolonisations-Werk, das in knapp zwei Generationen die Sowjetunion zur zweitstärksten Wirtschafts- und stärksten Militärmacht der Welt wachsen ließ; sie vereinen — allein was die UdSSR betrifft — Völker von 60 Sprachen, haben weitgehend ein neues seelisches Verhältnis des Menschen zur Arbeit unter Überwindung des Besitz- und Erwerbstriebes und ein hohes Gemeinverantwortungsbewußtsein geschaffen und „aus dem unaktiven verschlafenen Muschick einen anspruchsvollen, agilen und aufnahmebereiten Industriearbeiter“ (Alfred Weber) gemacht.

Die herangewachsenen neuen Generationen der Sowjetbürger vertreten ihre Staatsideologie mit Pathos. Daß ihr System von vornherein auf den durch die technischen Produktionsverhältnisse bedingten neuen Verhältnissen der Massenzivilisation aufgebaut sei und der Westen erst noch solche zwangsläufigen Kollektivformen der „Vergesellschaftung der Freiheit“ finden müsse, bedeutet für sie Überlegenheit und Sieg der östlichen Ordnung. So wird auch dem Hinweis auf Güterknappheit, Zwang, Gewalt, Konzentrationslager usw. fast triumphierend die Höhe des „Preises“ entgegengestellt, den die westliche Ordnung ihrer „viel gerühmten Freiheit“ in ihrer jahrhundertelangen Krieg-, Revolutions- und Krisengeschichte in der Form millionenfachen Mordens und sinnloser Gütervernichtungen bereits habe zahlen müssen und bedenkenlos weiter zu zahlen bereit erscheine.

Es ist unschwer zu erkennen, wie sehr diese fast eschatologischen Erwartungen bis hin zu der der „bewiesenen“ Selbstauflösung unserer Ordnung dem alten Sendungsglauben der Slawophilen (ex oriente lux) entgegenkommen und wie sehr die zugleich höchst rationale Seziermethode der Lehre der Hinneigung aller Ostvölker zu geistiger Vertiefung entspricht.

Die Universalität des bolschewistischen Appells zumal, sein Anspruch, im Namen der unterdrückten Gruppen und Klassen der ganzen Welt zu sprechen, sind Kräfte, die immer und überall dort besonders stark wirken, wo die Erinnerung an die Aggressionen und Gewaltakte der Kolonialepoche noch lebendig ist.

In zweifacher Hinsicht stellt sich gerade uns Deutschen die geistige Auseinandersetzung in bezug auf den Osten als ein Problem dar:

Erstens: „Man muß die Frage stellen, was wir der geistigen Auseinandersetzung, die sich in der Ostrone vollzieht, an die Seite zu setzen haben. Man wird sich dabei jenes Schamgefühls nicht erwehren können, das einen gerechterweise überkommt, wenn man sich den eindringlich fragenden Gesichtern mitteldeutscher Arbeiter gegenübergestellt sieht und nur ausweichend verlegen antworten kann. Seid ihr politisch interessiert oder laßt ihr alles um euch herum einfach geschehen? Habt ihr den NS-Staat innerlich überwunden, tut ihr etwas zur Lösung der sozialen Fragen? Erprobt ihr neue Formen des

menschlichen Zusammenlebens oder befährt ihr weiter die alten Geleise des Liberalismus kapitalistischer Prägung? Habt ihr gelernt, daß Kritik nur dann fruchtbar sein kann, wenn sie von einer konstruktiven Gesamtkonzeption getragen wird? Nutzt ihr eure Freiheit zur Schaffung neuer Grundlagen für ein wiedervereinigtes Deutschland? Nehmt ihr wie der Kommunismus die Alternativen des 19. Jahrhunderts mit in das 20. hinein oder bemüht ihr euch um einen neuen Ansatz?¹⁾

Und zweitens: Es ist irrationales Wunschenken, wenn erwartet wird, daß etwa gewiß vorhandene latente „Gegensätze“ von Interessen zwischen der UdSSR und Roßchina (etwa über den Bevölkerungsdruck desselben) die deutsche Wiedervereinigung fördern werden (Prof. Starlinger); denn es verdient völlig die durch die ideologische Kraft der östlichen Lehre erzeugte vorrangige politische Interessensolidarität aller kommunistischen Länder und — im erforderlichen Optionsfalle — auch der neuen „farbigen“ Bandungsorganisation! Wie Lenin einmal realistisch sagte: „Die Politik beginnt, wo die Massen sind, wo es Millionen gibt.“ Um 1800 machten allein die Slawen schätzungsweise ein Viertel der Bevölkerung Europas aus; am Vorabend des zweiten Weltkrieges bildeten sie annähernd die Hälfte; bis zum Jahre 2000 werden voraussichtlich zwei Drittel der Bevölkerung Europas Slawen sein.

Auch wo ein „Abgehen“ von dem ungehemmten Internationalismus der ersten Revolutionsjahre in der Sowjetideologie und -politik (gerne als „geistige Wende“ oder „Rückzüge Moskaus“ interpretiert!) zu beobachten ist, wird es sich niemals um eine Rückkehr zum Nationalismus alten Stils handeln, ganz abgesehen davon, daß die neuen wirtschaftlichen und sozialen Strukturgestaltungen (was auch für die Mittel- und Ostzone Deutschlands gilt) nicht mehr allesamt „zurückzurollen“ wären, wie es sehr klar z. B. auch von Politikern der polnischen, ungarischen und tschechischen Emigration gesehen wird.

Die Außenpolitik der „Generallinie“

Aus der bolschewistischen Gesellschaftsanalyse sind zwei entscheidende Grundmotive der sowjetischen Außenpolitik ableitbar:

1. das auf der Furcht vor den „immanenten Aggressions- und Gewalttendenzen der bürgerlich-kapitalistischen Welt“ beruhende, den Charakter einer echten Bedrohungspsychose tragende Verlangen nach Sicherheit und
2. die durch die These der „immanent wirksamen inneren Dekompositionskräfte“ des Westens gestützte, die Bereitschaft zum Verzicht auf direkte militärische und politische Angriffssaktionen einschließende Befähigung zum Wartenkönnen.

Vor allem zwei Fakten haben im vereinfachenden und emotionalen Denken des Westens zu Begriffsverstellungen geführt, die diese beiden Grundmotive der amtlichen Außenpolitik des Sowjetstaates nicht in die erforderliche Bewußtseinschelle gerückt haben: die weltrevolutionäre Komponente der Lehre und die „Expansions“-Akte der Sowjetpolitik im und nach dem zweiten Weltkrieg.

So sehr Lenin angesichts der „Selbstauflösungs“-Folgen des ersten — vorausgesehenen — planetarischen Kriegs, die dank jener „surrealistischen“ Reparationsforderungen der westlichen Siegermächte bis zur großen Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre wirksam waren, mit der Möglichkeit eines „baldigen Siegs der Weltrevolution“ rechnete, so sehr hatte schon er, der Theoretiker, in seiner Lehre eine mögliche längere „Koexistenz“ beider Systeme in Betracht gezogen; Stalin und seine Nachfolger haben sich dann auch später immer wieder auf diesen Lehrsatz berufen können.

Noch unter Lenins Führung war nach Abschluß des Kriegskommunismus 1921 und nach seiner Einsicht, daß der Westen, insbesondere Deutschland, sich nicht dem Kommunismus (dank vor allem der Rolle der „Sozialverräter“, sprich der deutschen Sozialdemokratie) eröffneten, dem Westen ein grundsätzliches Koexistenzangebot gemacht worden, das einen gegenwartsnahen Erinnerungswert besitzt: in gewiß engen Kanälen, über „gemischte Gesellschaften“ und „Konzessionen“ wurde ausländischen

¹⁾ Claus Bartram: „Zwischen den Alternativen“, Deutsche Universitätszeitung, Dezember 1954.

Wirtschaftskräften der Zuzug „zum großen russischen Markt“ angeboten. Mit Recht schreibt zu diesem frühen seinerzeitigen Angebot A. W. Jüst in seinem Buch „Rußland in Europa“ folgendes: „Die Einladung Lenins an die Kapitalisten wurde von diesen nicht verstanden, nur wenige Mutige wagten es, die moralische Blockade der übrigen Welt zu durchbrechen ... Hätten die ‚Kapitalisten‘ und ‚Imperialisten‘ die Notlage Lenins richtig begriffen und sie auszunützen verstanden, so hätte vielleicht das Schicksal Rußlands über die Konzessionspolitik entscheidend beeinflusst werden können. Wären nicht einige Dutzend Millionen, sondern einige Dutzend Milliarden vom Ausland investiert worden ... so wäre der Aufbau der Sowjetwirtschaft nach den ‚Fünfjahresplänen‘ anders verlaufen oder nie erfolgt.“

So führten die verbitternden Interventionserfahrungen und die „moralische“ und „Finanzblockade“ der einstigen Alliierten unmittelbar zum Programm des „Sozialismus in einem Lande“, d. h. zum Beziehen einer politischen Igelstellung. Aus dem Isolationsbegriff erwuchs schon damals die Vorstellung der „kapitalistischen Einkreisung“ und mit ihr das Verlangen nach Sicherheit.

Die Sowjetunion hat verschiedene Methoden angewandt, um dieses Bedürfnis zu befriedigen. Etwa bis zum Jahre 1933 hat man einer allgemeinen Abrüstung das Wort geredet und seit 1934 das Volk beschworen, zu seiner Sicherheit eine Großwehrmacht aufzubauen. Zuweilen pries man die Abschließung von den mörderischen Kriegen der kapitalistischen Welt, dann wiederum die Zusammenarbeit mit „friedliebenden“ kapitalistischen Staaten.

Bis 1939 war die amtliche Sowjetpolitik auf die Sicherung des status quo und eine Eindämmung Hitlers ausgerichtet, dessen Erscheinung und Politik, wie wir aus den Memoiren verschiedener Diplomaten wissen, bereits in den Jahren 1936 bis 1939 zu langen, sorgenvollen Erörterungen des Kreml Anlaß gegeben haben. Über das Motiv ihrer dramatischen Wende, die sich durch die Annahme des überraschenden Verständigungsangebots des präsumptiven deutschen Aggressors vollzog, urteilt Walter Meder vom Ost-Europainstitut Berlin wie folgt²⁾:

„Als sich die gegen Hitler gerichtete Eindämmungspolitik 1938 als wirkungslos erwiesen hatte und als nach Meinung der Sowjetregierung die Gefahr auftauchte, Hitler könne sich mit den Westmächten gegen die Sowjetunion verbinden, gelangte Stalin zu dem Entschluß, daß als wirksamstes Mittel gegen die Gefahr einer deutschen Aggression in Osteuropa ein Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten zu betrachten sei. Um Hitler zu diesem Krieg zu ermutigen, schloß Stalin den Nichtangriffspakt mit Deutschland.“

In folgerichtiger Einschätzung des tragenden sowjetischen Sicherheitsmotivs sieht Meder in den sowjetischen „Expansionsakten“, die während und nach dem Kriege in der Form der Einverleibung ostpolnischer, ostfinnischer, ostrumänischer Gebiete und der baltischen Staaten sowie hernach Nordostpreußens, der Karpato-Ukraine und des Gesamts von Ostmitteleuropa, Südosteuropa und in Ostasien vollziehbar wurden, eine Besitzergreifung, „die den Moskauer Politikern als Glacis zum Schutz des eigenen Staates gegen die Gefahren der sogenannten kapitalistischen Einkreisung notwendig erschien“. „Alle seit 1939 vollführten Aggressionsakte Stalins in Osteuropa und Asien haben allem Anschein nach den Zweck gehabt, das Staatsgebiet der Sowjetunion durch örtlich begrenzte Gebietserwerbungen und Interessensphären abzurunden, d. h. durch Schaffung eines Glacis‘ zu sichern, nicht dagegen die Vernichtung der bürgerlich-kapitalistischen Staaten in ihrer Gesamtheit.“

In der globalen Sicht der „Generallinie“ war die Gefuhr der kapitalistischen Einkreisung mit der Niederwerfung der „Einkreiser“ Deutschland und Japan nicht beseitigt, d. h. die Gefahr des „letzten entscheidenden Kampfes“ weiterhin existent. Diese Grundbetrachtung haben die Kremlführer zu keinem Augenblicke der notwendig gewordenen Koalition mit den „kapitalistischen“ Westmächten aufgegeben. Dem späteren „Enttäuschungsargument“ der USA, daß sie der Sowjetunion mit Pacht-Leih-Lieferungen

²⁾ Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. April 1955.

im Wert von 11 Milliarden Dollar geholfen hätten, haben die Sowjets die „ökonomische“ Rechnung von 11 Millionen Toten und der Kriegsverwüstung weiter und reicher Landstriche zu einer Zeit, als Amerika seine Industriekapazität etwa verdoppeln konnte, entgegengestellt.

Die Gesamterfahrungen, die die Sowjets in diesen Jahren der eigenen Not und des „gemeinsamen Sieges“ mit dem Westen gemacht haben, lieferten in ihrer Sicht der Dinge ihrer Bedrohungsthese eine neue überzeugende Bestätigung: Da war die Erfahrung, mit welcher dynamischen Gewalt die „alten nationalistisch-militaristischen“ Parolen des Westens die Massen der ohnedies „dynamischen Deutschen“ einschließlich der deutschen Kommunisten (1) unter Hitlers Fahnen zu vereinen vermochten.

Da war mit Hitlers Überfall eine alte Sowjetprophetie erfüllt: „War nicht die prophetische Erwartung eines kriegerischen Überfalls auf den ‚einzigen sozialistischen Staat‘, ohne Kriegserklärung, wie sie in zahllosen Vorkriegsanalysen der Komintern und der Zentralkomitees der KP der Sowjetunion zu lesen sind, wortwörtlich eingetreten? Ist nicht wirklich jenes ‚Schwein‘ in den Sowjetgarten eingebrochen, um dort alles Erreichbare zu zerstampfen und aufzuwölben, wie es in Stalins drastischem Bild ein halbes Jahrzehnt vor dem verhängnisvollen Jahr 1941 geschildert wurde?“²⁾

Da war die mit weltrevolutionärer Satisfaktion und Furcht in Jalta erfahrene Bereitschaft der Westmächte zur alten Siegerpraxis, zur leichten Preisgabe der eigenen Grundsätze, zu Morgenthaurezepten der „Vernichtung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch politischen Existenz des Rivalen“.

Es waren diese Erfahrungen und die vom „Sowjetpatriotismus“ des Krieges neubelebten Erinnerungen an den Napoleonfeldzug, den von Großbritannien und Amerika inspierten und unterstützten japanischen Angriff von 1904, die Interventionshandlungen und die anschließende moralische und finanzielle Blockade nach dem ersten Weltkrieg (potenziert durch eine alte slawische Mißtrauensdisposition), die die 1945 „geöffnete Tür“ nach jeder Richtung bereitwillig zu durchschreiten antrieben, um durch „begrenzte Abrundungen“ jenen heutigen Machtblock zu begründen, der für ein annäherndes Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West zur Vermeidung jeder neuen Angriffslockung für erforderlich gehalten wurde.

So erklären sich auch die „schockierenden“ Gleichschaltungsakte von Warschau und von Prag (wo überdies freie Wahlen 38 v. H. kommunistischer Stimmen ergeben hatten): Diese Gebiete an der angrißoffenen Flanke der Sowjetunion sollten unter die Kontrolle von Regierungen gestellt werden, die eine effektive Garantie gegen jede Einmischung irgendeiner anderen Macht in ihre Angelegenheiten boten. Waren doch gerade diese Länder früher als Ausgangsbasis für die Entfesselung des Bürgerkriegs gegen die Sowjetunion mit Unterstützung durch die Westmächte benutzt worden! Diese Gebiete sind für die Sowjetunion heute dasselbe wie die Monroe doktrin für die USA, die Niederlande für Großbritannien und die Rheingrenze für Frankreich!

Die gefährlichste Bedrohung erblickt die Sowjetunion in der engen militärischen Verbindung der aufrüstenden Bundesrepublik, der Nachfolgerin des Aggressors von gestern, mit den (mit abgründigem ideologischem Mißtrauen bedachten) „pseudodemokratischen und hochkapitalistischen“ USA. Die Addition amerikanischer Wirtschaftskraft und Großtechnik und deutscher Militärkraft an der angrißoffenen Flanke hat für die Sowjetunion ihre entscheidend bedrohliche Seite darin, daß sie aus einer „irrationalen“, „pseudomoralischen“ Politik heraus vollzogen werde. Die augenblicklichen Großinitiativen der Sowjetunion bezwecken, die „Irrationalität“ dieser Politik durch Verdeutlichung ihrer Koexistenzthese zu beweisen und sie ihrer „pseudomoralischen Verbrämung“ zu entkleiden. Es muß hier vor der vereinfachenden These der Westpropaganda gewarnt werden, daß diese sowjetischen Großinitiativen ein Erfolg der „Politik der Stärke“ des Westens seien. Diese These ist geeignet, Ursache und Wirkung der Entwicklung zu verkehren und falsche Erwartungen hinsichtlich des Enderfolgs, vor allem der von der

²⁾ A. W. Just: „Rußland in Europa“, 1948.

Sowjetunion für ihre Sicherheit voraussichtlich geforderten unabdingbaren „Preise“ zu erwecken.

Churchills Feststellung, daß auch die Sowjetunion legitime Sicherheitsansprüche besitzt, ist erst wenige Jahre alt und war für den Westen fast eine Entdeckung. Die weitere „Entdeckung“, ohne die es weder zu einer Weltentspannung noch zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen wird, muß die Erkenntnis sein, daß die emotionale Vulgarvorstellung von der „drohenden“, „furchtbaren“, sich verstärkenden „Gefahr aus dem Osten“ eine demagogische Vereinfachung und als rationaler politischer Begriff unbrauchbar ist.

Einer „Koexistenz“, die beispielsweise in der Deutschlandfrage dem Westen seit 1952 angeboten wird (nachdem, wie Ruth Fischer uns versicherte, bereits im Jahre 1949 im Kreml nach schweren internen Auseinandersetzungen beschlossen worden war, Deutschland zu einer selbständigen Figur unter Verzicht auf eine bolschewistische Verfassung zu machen), bedurfte es für die Sowjetunion nicht, als das Gleichgewicht des Ost/West-Blockes infolge der praktisch vollständigen Abrüstung der Westmächte nach dem zweiten Weltkriege eindeutig und verlockend zu ihren Gunsten stand: Trotz der realen Einschätzung der weltanschaulich-politischen Gegensätze, die die Sowjetunion zur frühen mißtrauischen Abwendung von den „Waffenbrüdern“ führte, unternahm sie damals keinen Angriff auf den Westen.

Nichts läßt auch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten her auf die Wahrscheinlichkeit schließen, daß die fraglos in Gang gekommene neue Ost/West-Bewegung von Ideen die Form eines bewaffneten Angriffs oder einer militärischen Eroberung annehmen könnte. Das sowjetische Aufbau- und Kolonisationswerk bedarf mehr als jedes andere des Schutzes einer langen Friedenszeit.

Folgerungen und Ausblick

- 1) Die in der Öffentlichkeit des Westens vorherrschende axiomatische Annahme, die Sowjetunion bzw. die Ostblockstaaten bedrohten in einem unmittelbaren, totalen und aggressiven Sinne die „bürgerlich-kapitalistischen“ Staaten, ist spätestens seit dem „Programm des Sozialismus in einem Lande“ als rationale außenpolitische Arbeitsthese nicht haltbar.
- 2) Folgerichtig beruht darum auch die sich darauf stützende erstarrte Denkstruktur des kalten Krieges und der militärischen „Infrastrukturen“ auf einer irrationalen Fiktion, ganz abgesehen davon, daß diese Denkmethode militärisch und finanziell in eine ausweglose und apokalyptische Surrealistik führt und auf ihrem Reißbrett vor allem Mitteleuropa zu einer „atomaren Wüste“ verurteilt.
- 3) Als eine „Politik der Drohungen und Erpressungen“ (Molotow vor dem Obersten Sowjet im Februar 1955) ist diese Auffassung vielmehr geeignet, den Thesen der Sowjets von den „immanenten Aggressions- und Gewalttendenzen“, der „kapitalistischen Einkreisung“ und der Gefahr des „letzten entscheidenden Kampfes“ neue Nahrung und innere Kraft zu geben, mit der Folge, die „Preise“ für ihre Sicherheitsansprüche zu erhöhen.

Nichts spricht für die Wahrscheinlichkeit, daß selbst die Abschreckungskraft der westlichen Atomdrohung angesichts der Stärke der solidarischen Verbundenheit, der Höhe der Bevölkerungszahl, des geringen Maßes der durchschnittlichen Lebensansprüche und der außerordentlichen Leidens- und Opferkraft der Völker des Ostblocks einen politischen Druckeffekt herbeiführen könnte.

- 4) Die „Politik der militärischen Stärke“, deren Erfolg in der Welt der Realitäten bislang in nichts, vor allem nicht durch die neuerlichen sowjetischen „koexistenzverdeutlichenden“ Initiativen belegt erscheint, ist abzulösen durch eine „Politik der politischen Stärke“. Ihr Programm lautet in der Kennan'schen Sicht und Formulierung: Überwindung der „krankhaften Schwäche und des mangelnden Tat-

sachensinnig, auf die sich in erster Linie und fast automatisch überall und zu jedem Zeitpunkt der Erfolg der Kommunisten gründet".

- 5) Da der Ost/West-Konflikt letztlich geistiger Natur ist, erscheint seine erfolgreiche und nachhaltige Entschärfung auch diplomatisch-politisch nur von eben dieser Grundebene her vollziehbar. Alle Bestrebungen einer allgemeinen Abrüstung werden, wie auf dem Hintergrund ihrer ohnedies negativen Geschichte als wahrscheinlich gelten muß, solange als Entree einer Weltentspannung zum Scheitern verurteilt sein, als es nicht gelingt, den ideologisch bedingten Verstehens- und Vertrauensgegensatz zwischen West und Ost zu überbrücken und zu überwinden.

- 6) Vordergründig stellen sich diese Grundpositionen in der beiderseitig echten Zweifelsfrage nach der vermeintlich „immanenten Aggressionsdisposition“ des anderen Partners dar:

Die westliche „Frage“ an den Osten wird in beispielhafter Weise durch Indiens Ministerpräsident in Form einer fundamentalen Auskundschaftung und Testung der sowjetischen Ziele und Sicherheitsansprüche unter gleichzeitiger Klärung des beiderseitigen eigenen Beziehungsverhältnisses gestellt — ohne jene vorgefaßt „wertenden“, im vorhinein das eigene Handeln präjudizierenden Begriffe der „Blöcke“, „Neutralität“ usw.

Die führenden Westmächte haben sich bislang einer ähnlichen fundamentalen und globalen „Tatbestandsaufnahme“ enthalten und entzogen; sie haben sich statt dessen darauf konzentriert, vom Strom des fortschreitenden Weltgeschehens ad hoc angetriebene Einzelkonfliktfälle moralistisch-juristisch zu lösen, wobei sich gezeigt hat, daß diese Versuche nur Unvollendetes und Weiterschwelendes hinterlassen haben, eben weil der Vertrauensakkord im ganzen noch nicht versucht worden ist.

Die östliche Frage an den Westen zielt auf jene „immanenten Gewalttendenzen“ unserer Ordnung ab, die der Osten fast ausschließlich in den vorherrschenden militärischen „Integrations“-Planungen, beleuchtet gelegentlich durch vereinzelte Präventivkriegsempfehlungen, zu sehen wähnt.

Die Russen haben bislang kein einziges Mal gegen den politischen Zusammenschluß Europas protestiert, und gegen den wirtschaftlichen nur dort, wo sie die EVG bzw. die „militärische“ NATO hinter dem Zusammenschluß zu sehen glaubten.

Daß Europa mit einer politischen NATO-Politik in Verbindung vor allem mit einer dynamischen Weiterentwicklung der politischen Idee der Westeuropäischen Union des Brüsseler Pakts ein übergeordnetes Prinzip zu konstituieren beabsichtige, erscheint im Bilde der „Generallinie“ als ein durchaus friedenssicherndes „Vernumft“-Planen, insofern jene alten verstaubten Irridenten-, Erbfeindschafts- und Hegemoniekomplexe als einstige kriegsauslösende Zündstoffe verschwinden.

- 7) Hintergründig, aber entscheidend liegen die Grundpositionen des ideologischen Ost/West-Gegensatzes in der uralten Frage beschlossen, ob die Geschichte sich so vollziehe, daß immer wieder ein dialektischer Umschlag von dem einen in das andere Extrem, von der Individualität in die Kollektivität, vom Liberalismus in den Kommunismus stattfindet oder ob vielmehr, wie vom Westen zu vertreten wäre, stets und immer beide Kräfte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß der Geschichte im Sinne einer Polarität wirksam seien.

- 8) Unsere Analyse der „Prozessualität“ der Sowjetpolitik, wie sie immerhin in dem Verzicht auf die organisatorische Beherrschung und operative Führung des „Weltkommunismus“ und den jüngsten sowjetischen Verdeutlichungen ihrer Koexistenzthese in Erscheinung tritt, berechtigt durchaus zu dem Schluß, daß sich auch in der Ideologie der Sowjets ein rationaler „Revisionismus“ durchzusetzen beginnt.

GESELLSCHAFTSSTRUKTUR UND GEISTIGE SITUATION DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Sozialisten der Zeit um die Jahrhundertwende hatten zwei große Vorteile: Sie verfügten für wirtschaftliche Fragen über ein ausgezeichnetes Instrument, nämlich die scharfsichtige marxistische Analyse; und gerade dort, wo diese Analyse bei ihrem Übergreifen auf soziologische Zusammenhänge allzu global und in allzu großen Zügen arbeitete, kam den Sozialisten die Tatsache zugute, daß die gesellschaftliche Struktur der Zeit vor dem ersten Weltkrieg zumindest in der Vorstellung der Menschen verhältnismäßig einfache und überschaubare Kategorien zeigte. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die moderne Arbeiterbewegung aus dieser Zeit eine gewisse Selbstgefälligkeit in der Betrachtung soziologischer Zusammenhänge übernommen hat; man denkt immer noch vielerorts in Begriffen wie: „Proletarier“, „Bourgeois“ u. ä. — selbst wenn man sich in der Alltagssprache einer moderneren Ausdrucksweise befleißigt.

Der Gegensatz zwischen ökonomischen und soziologischen Kategorien

Nun ist es sicherlich falsch, wenn man annehmen wollte, daß der Begriff der Klasse für die Zuordnung einzelner gesellschaftspolitischer Vorgänge seine Bedeutung verloren habe. Dennoch ergeben sich zwei große Gefahren: Zunächst einmal sind die Begriffskategorien des wissenschaftlichen Sozialismus im Grunde gar nicht soziologischen Charakters, sondern vielmehr Hilfsmittel der Nationalökonomie.

Nehmen wir ein Beispiel: Ein Proletarier ist bei Marx eben nicht ein Mensch, der sich als solcher fühlt, sondern nach strenger Begriffsdefinition derjenige, der kein Eigentum an den Produktionsmitteln besitzt. Das gilt im krassen Falle selbst noch für den Direktor eines Unternehmens, wenn er keinen Aktienbesitz hat. Dabei ist einleuchtend, daß sich mit einer solchen ökonomischen Kategorisierung soziologisch wenig anfangen läßt. Man kann die Bemühungen aller derer nur mit einem bedauernden Lächeln betrachten, die sich verzweifelt darum bemühen, den marxistischen Proletarierbegriff mit irgendwelchen Hinweisen auf die Verbürgerlichung des Arbeiters „abzuschießen“.

Aber die andere Gefahr mag noch größer sein: Viele ehrenamtliche Mitarbeiter in der SPD glauben, man müsse die heutige soziologische Realität in das Prokrustesbett von Definitionen hineinzwingen, die Marx und Engels in der Vergangenheit einmal für ganz andere Aufgaben geschaffen hatten. Den Vätern des wissenschaftlichen Sozialismus ging es im Grunde darum, wirtschaftliche Zusammenhänge überschaubar zu machen. Wenn man die von ihnen für diesen engeren Zweck aufgestellten Begriffe nun auf die Realität in unserer Gegenwart anwenden will, so erreicht man damit geradezu das Gegenteil: Man macht das Bild hoffnungslos unübersichtlich. Aus diesen Gründen ist es sehr zu begrüßen,

wenn in der Gegenwart jüngere Sozialisten sich darum bemühen, aus empirischen Feststellungen heraus ein den modernen Verhältnissen angepaßtes Bild über die soziologische Struktur unserer Gesellschaft zu gewinnen.

Die Auseinandersetzung, wie sie sich heute auf allen Ebenen zwischen älteren und jüngeren Sozialisten abspielt, ist nicht nur ein Generationenproblem. Es handelt sich vielmehr um eine Akzentverlagerung des Denkens. Die sozialistischen Theoretiker der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren von der Überlegung ausgegangen, daß wirtschaftliche Vorgänge den gewaltigen Hebel bilden würden für die Auslösung eines Erdrutsches, der den Kapitalismus verschütten und auf neuen Bergkonturen das Zion des Sozialismus entstehen lassen würde. So konzentrierte sich ihre Analyse auf die ökonomischen Vorgänge und auf die der Wirtschaft immanenten Gesetze. Dabei taten sie sicherlich des Guten ein wenig zuviel und unterschätzten die Eigenständigkeit politischer Denkvorgänge, die sie als einseitig durch die jeweilige ökonomische Situation des Denkenden bestimmt ansahen.

Die Reaktion auf diese Überbetonung der wirtschaftlichen Dinge konnte nicht ausbleiben. Der „homo oeconomicus“ hat mittlerweile auch bei den Liberalen ein wenig sein Prestige verloren: die kalte Rationalität des Denkens, die man diesem Wechselbalg der Aufklärungsperiode unterschob, reichte zweifellos nicht aus zur Erklärung komplexer gesellschaftlicher Vorgänge der Gegenwart. Hinzu kommt, daß der homo oeconomicus von Hause aus kurzsichtig ist; er sieht nicht, was er bei einseitiger Verfolgung seines wirtschaftlichen Vorteils an außerwirtschaftlichen Nachteilen über sein Haupt bringen kann. Mittlerweile ist auch in sozialistischen Kreisen der Glaube an die überwiegende oder gar ausschließliche Bestimmtheit des menschlichen Denkens durch die ökonomischen Bedingungen dem entgegengesetzten Extrem gewichen. Wer sich einen Wahlkampf unserer Zeit ansieht, wird sich rasch davon überzeugen können, daß allgemeinpolitische und nicht zuletzt weltpolitische Aspekte in den Vordergrund treten gegenüber der berühmten Politik, die da glaubte, es genüge, wenn man dem Esel eine Karotte vor die Nase halte, um ihn zum Laufen zu bringen.

Es ist nicht zu leugnen, daß man dabei vielfach ins entgegengesetzte Extrem verfallen ist und geglaubt hat, dem Wähler Atomphysik vorzuerzieren zu müssen, während er sich viel mehr für seine Kühltürkranken interessiert. Irgendwie wird der Pendelschlag von dieser modernen Abneigung gegenüber der Betrachtung banaler wirtschaftlicher Interessenvorgänge wieder zurückschwingen müssen zu einer nüchternen, realistischen Bewertung des wirtschaftlichen Alltags in seiner Bedeutung für die Mentalität der Gegenwartsmenschen. Hier mögen die Gewerkschaften, die in ihrer Kleinarbeit — vielleicht manchmal etwas enge Sonderinteressen vertretend — gewissermaßen am Mann geblieben sind, sozusagen am robusten Kern des homo oeconomicus, einige wesentliche Beiträge leisten können.

Wandlungen der Drei-Säulen-Theorie

In unserer Zeit mag diese Eigenschaft der Gewerkschaften, die eine ständige Mahnung zur Beachtung des ökonomischen Mikrokosmos darstellen, recht gesund sein gegenüber der Tendenz, in allzu weit gezogenen Makrokosmen zu denken. Damit hat sich aber die Aufgabe, wie sie ursprünglich in der sozialistischen Ideologie den Gewerkschaften zugewiesen war, ein wenig verschoben.

Man erinnert sich an das berühmte Bild: Da steht die politische Säule der Arbeiterbewegung, nämlich die Partei. Neben ihr flattert das Banner der wirtschaftlichen Säule, das von den Gewerkschaften hochgehalten wird: Wenn die Partei den Menschen auf der Straße organisierte, so sollte die Gewerkschaft in den Betrieben gewissermaßen den Propagandavortrupp für die Sozialisierung darstellen. Und da man nicht gut darauf hoffen konnte, daß die Unternehmer in den Betrieben kleine Experimente in Miniatursozialismus zuließen, hatte man

den Genossenschaften die Aufgabe zugeordnet, den Zukunftsstaat im Sinne einer Vollgenossenschaft, die sämtliche Daseinsvorgänge ihrer Mitglieder regelt, gewissermaßen vorwegzunehmen.

Was ist in Wirklichkeit daraus geworden? Die Partei, die den Mann auf der Straße zum realen oder geistigen Barrikadenkampf mobilisieren sollte, hat die Barrikaden in die Parlamentssäle umgebaut. Da dort nicht viel Platz ist, schrumpft die Zahl der potentiellen Barrikadenkämpfer zusammen, bis sie nahezu mit der Zahl der Parlamentarier zusammenfällt. Die Masse der Mitglieder wird zur Finanzierungsquelle und stellt gewissermaßen die Rohrleitung dar, durch die man den Frontkämpfern lebenserhaltende Flüssigkeiten zupumpt. Dafür, daß sie überhaupt an die Front kommen, hat der Wähler zu sorgen, der damit eine Art Katapult ist, um die funkensprühende Rakete des Parteivorsitzenden in den politischen Himmel emporzuschleßen — bis auf den Sessel des Bundeskanzlers. Daß er dort wieder herunterfallen kann und man die Raketenfunktion dann neu benötigt, ist eiserner Bestandteil der Spielregeln unserer Demokratie.

Was kann man nun bei dieser veränderten Sachlage noch mit den beiden anderen Säulen anfangen? Zunächst einmal ist auch diesen eine Veränderung nicht fremd geblieben. Wenn man in der Vergangenheit daran dachte, daß die Gewerkschaften gewissermaßen handfeste Stoßtrupps für die Übernahme der Betriebe bilden könnten, so ist dieser Gedankengang mit Betriebsverfassungsgesetz und Aufsichtsratsbeteiligung ein wenig degeneriert. Aus den Leuten, die die Maschinen übernehmen wollten, drohten — weitgehend gegen ihren Willen — Teilhaber an der kapitalistischen Verwaltungsmaschinerie zu werden. Das galt für die Aktion in den Betrieben selbst.

Die Gewerkschaftsorganisationen dagegen waren ihrer ursprünglichen Zielsetzung, wie sie von Marx etwa im Gegensatz zum Syndikalismus Sorels skizziert worden war, wesentlich treuer geblieben: Sie hatten die Aufgabe, im zähen Kleinkrieg Lohn- und Lebenshaltungsvorteile für die Arbeiter herauszuholen. Und es ist nicht bedeutungslos, daß einer der ersten, der die Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften im Kampf um das Reallohniveau der Arbeitnehmer bejaht hat, eben Karl Marx gewesen ist. Viele Sozialisten und Gewerkschafter, die heute den Namen Keynes in ihrer etwas einseitigen Verehrung moderner Vollbeschäftigungsgedanken zur Apotheose zu erheben geneigt sind, vergessen, daß eben dieser Keynes als Vertreter des modernen Liberalismus die alten Lohnfondstheoretiker insoweit noch übertroffen hat, als er praktisch gewerkschaftliche Erfolgsmöglichkeiten in der Anhebung des Lohnniveaus so gut wie völlig negiert.

Man wird es kaum leugnen können, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung vom Stoßtruppgedanken mehr und mehr zur bewußten Vertretung spezieller Arbeitnehmerinteressen übergegangen ist. Ist sie damit nolens volens auch in die Struktur unserer modernen Interessenverbände einzuordnen? Eine solche Betrachtungsweise dürfte sicherlich ein wenig einseitig sein, weil man den immer noch lebendigen Idealismus im Herzen zahlreicher Gewerkschafter ignorieren würde. Der Schwerpunkt der Aufgabe bei dieser zweiten Säule der Arbeiterbewegung hat sich jedoch verschoben: In der Praxis steht nicht mehr der Gedanke im Vordergrund, daß übermorgen etwa die Umgestaltung des gesamten Wirtschaftssystems käme, sondern man richtet sich mehr oder weniger darauf ein, wie man im Rahmen des gegebenen Wirtschaftssystems etwas mehr für den Arbeitnehmer herausholen kann.

Und das ist auch der Weg, den die dritte Säule, nämlich die Genossenschaftsbewegung, gegangen ist. Sie hat zu allererst — mit Ausnahme vielleicht allein der Israelis — den ursprünglichen Gedanken der Vorexerzierung sozialistischer Lebensweise in Form der Vollgenossenschaft, die alle Lebensvorgänge von der Wiege bis zum Grabe umfaßt, sang- und klanglos beerdigt. Was übrig blieb, war die Überlegung, daß man das Los der arbeitenden Klasse nicht nur von der Ein-

kommensseite verbessern sollte, sondern auch in der Form, daß man den Preis der Lebenshaltung zu ermäßigen trachtete.

Mit der Entdeckung der Verbrauchermassen wurde hier gewissermaßen die Antithese gesetzt zur Entdeckung der Produzentenmassen; O w e n erlebte eine späte Rehabilitierung gegenüber M a r x. Aber bei dem immer weitergehenden Auseinanderfallen von Produzenten und Konsumenten in der modernen Wirtschaftsstruktur, das nicht zuletzt auch durch das Anwachsen der „Nur-Konsumenten-Schicht“ in Form des Altersüberhangs der Rentner akzentuiert wird, mußte dieses Ausweichen in die Verbrauchersphäre früher oder später zu einer Differenzierung der Zielsetzung gegenüber der politischen und gewerkschaftlichen Sphäre führen. Man wird nicht verkennen dürfen, daß es auch in kapitalistischen Kreisen so etwas ähnliches wie den Willen zur Befriedigung der Verbraucherwünsche gibt; der Fordismus schöpft — ebenso wie D u t t w e i l e r mit seiner Schweizer Migrosbewegung, die auch politisch untermauert ist — aus eben diesen Gedanken sein Berufsethos.

So hat es die dritte Säule der Arbeiterbewegung besonders schwer, bei ihrer Gratwanderung aus den geistigen Höhen abstrakt-sozialistischer Denkweise auf die fetten Talweiden der modernen Wirtschaftsniederungen die in der Höhenluft angesetzte geistige Schutzschicht zu bewahren. Eine gewisse Abmagerung des ursprünglich sehr viel reicheren Genossenschaftsdenkens ist die Folge, und als weitere Konsequenz ergibt sich die Begrenzung auf immer engere Zielsetzungen, die für den Außenstehenden manchmal schwer unterscheidbar werden im Verhältnis zu ähnlichen, rein wirtschaftlich motivierten Bestrebungen anderer Kreise.

Arbeiter und Bürger heute

Wenn somit unter dem Einfluß der alles niederzerrenden Realität aus der ursprünglichen Troika, die den vernichtenden Sichelwagen des Sozialismus durch die feindlichen Reihen brausen lassen sollte, drei komfortable Kaleschen geworden sind, die in verschiedene Himmelsrichtungen auseinanderzufahren drohen, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn auch im Innern dieser bequemen Fahrzeuge mit den Insassen gewisse Veränderungen vor sich gegangen sind. Nicht nur der Politiker, sondern auch der politisch interessierte Mensch der Gegenwart hat ein wenig von jener Revolutionspsychologie eingebüßt, die die Frage stellte: „Was schert mich Weib, was schert mich Kind — lass' sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind!“ Das eigene Häuschen und die Lebensversicherung sind ebenso wie die Pensionsberechtigung weder für den Politiker noch für die von ihm geführten politisch denkenden Menschen etwas Anrüchiges. Und das ist vielleicht ganz gut so; denn Umwälzungen, die wirklich tiefgreifend werden sollen, funktionieren nicht, wenn man die Blüte der Revolutionäre in kurzfristigen Straßenkämpfen vorzeitig über die Klinge springen läßt. Man hat in der Zwischenzeit begriffen, daß die Neuordnung einer Gesellschaftsstruktur eine sehr langwierige Angelegenheit ist, für die man eben auch entsprechend lange leben muß. Der Tod auf der Barrikade und das Verhungern kürzen diese erforderliche Lebensspanne zu sehr ab.

Die Frage ist, ob man diese Auffassung nun als bürgerlich abstempeln soll. Wenn dem so wäre, so müßte jedes politisch nüchterne Denken als bürgerlich abgestempelt werden. Gerade dort, wo tiefgreifende revolutionäre Wirkungen ausgelöst werden sollen, ist nun einmal ein gewisser solider Hintergrund unerlässlich: Schon die Tatsache, daß Marx das Kapital nur schreiben konnte, weil der Kapitalist Engels es aus seinen Profiten finanzierte, gibt gewissermaßen die Aktivlegitimation dafür, daß der moderne Revolutionär sich und seine Familie gut ernährt, um einen langfristigen Kampf kräftig überstehen zu können. Das ist eigentlich nichts Bürgerliches, sondern eher gesunder Menschenverstand.

Es zeugt auch von einem Mißverständnis, wenn man eine gewisse materielle Wohlhabenheit der Arbeitnehmer dazu benutzen möchte, um ihre tatsächliche

Interessenlage wegzuinterpretieren. Eine solche Denkweise würde Tatsachen übersehen: Niemals hat das Lumpenproletariat in der Vergangenheit Revolutionen gemacht. Jeder Umsturz der Geschichte pflegt auszugehen von Männern, die im gewissen Sinne eine Elite darstellen — zum Beispiel von der Facharbeiterschaft. Gerade ein Facharbeiter, der gestern noch hochbezahlt war und heute arbeitslos wird, empfindet den Absturz viel intensiver als ein Gelegenheitsarbeiter, der stets von der Hand in den Mund lebt.

Die Umsturzneigung basiert nicht auf permanentem Hungerzustand; sie setzt im Gegenteil einen Mindeststandard gut genährter Kräfte voraus. Die Kolonialländer wurden erst dann aufsässig, als Europa sie mit verbesserten Verkehrsmitteln, erhöhten Ernteerträgen, moderner Medizin und Hygiene sowie dementsprechend verringerter Sterblichkeitsquote — nicht zuletzt auch durch die Verhinderung feudaler Kriege — aus dem Dämmerzustand des Elends herausgehoben hatte.

Die revolutionäre Siedehitze war in den ersten Jahren der großen Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre viel intensiver als nach jahrelanger Arbeitslosigkeit, weil da die Resignation und die Gewöhnung an den Elendszustand einsetzte. Die enragierten Gemüsehändler, die dann in SA-Uniform den Umsturzelan für sich usurpierten, hatten sich mit Hilfe hoher Gewinnspannen das Elend länger vom Halse gehalten; man darf sich nicht wundern darüber, daß nach allzu langen Krisen das faschistische Kleinbürgertum die Oberhand bekommt. Der Hunger gibt nur solange ein gutes Klima ab, als der Hungernde noch Kraft genug zur Erbitterung hat.

Es ist daher falsch, von einer Intensivierung des Elends eine Stärkung der sozialistischen Bewegung zu erwarten. Die Väter der alten Verelendungstheorie — bekanntlich wurde sie eigentlich von den Revisionisten erfunden und Marx in die Schuhe geschoben — haben sich nie darüber Rechenschaft gegeben, daß gerade dann, wenn sie mit ihrer These von der absoluten Verelendung der Massen im Kapitalismus Recht behalten würden, das Ende des politischen Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft heraufdämmern müßte. Sie haben sich nie die Mühe gemacht, einmal die politische Apathie wirklicher Verelendungsperioden — etwa des untergehenden römischen Reiches oder der industriellen Revolution in England — näher zu studieren.

Wenn somit der Arbeitnehmer der Gegenwart in eine gehobenere Lebenshaltung hineinwächst, so sollte man damit keineswegs das Gespenst der Verbürgerlichung an die Wand malen und nun auf ein entsprechendes Gemütlischerwerden in der Politik schließen. Gemütlich mag es in der modernen Massendemokratie zugehen, solange der Kapitalismus abliefert, was von ihm erwartet wird: nämlich den billigen Massenkonsum mit Tendenz zur Qualitätsverbesserung. Wenn der Kapitalismus nicht mehr funktioniert, wie das in der großen Weltkrise der dreißiger Jahre offensichtlich zutage trat, dann würde gerade der angeblich verbürgerlichte Arbeitnehmer unserer Zeit, eben weil er genau weiß, wieviele Stockwerke er dann in die Tiefe purzelt, ein sehr viel gefährlicheres Instrument in der Hand von Menschen, die zu einer echten gesellschaftlichen Umgestaltung entschlossen sind.

Hier liegt die große Chance derjenigen Sozialisten, die in ihrer Partei etwas mehr sehen als nur eine Wahlmaschine, die das harmonische Wechselspiel auf dem Parlamentsparkett in Gang halten soll. Aber — und auch das haben die dreißiger Jahre gezeigt — der potentielle Revolutionär im plötzlich arbeitslos gewordenen Facharbeiter, der die Kühlschranksrate nicht mehr bezahlen kann, muß natürlich dann wieder einschrumpfen, wenn er in seiner Führung nicht weit-sichtige, auf eine bewußte Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur hinarbeitende Köpfe findet. Das Erdbeben der dreißiger Jahre stieß auf eine Sozialdemokratie, die zunächst gar nicht glauben wollte, daß der Kapitalismus einmal nicht mehr funktionieren könnte. Wenn man sich keine Gedanken darüber macht, was man

selber an die Stelle des entthronten Götzen setzen will, so darf man nicht erstaunt sein, wenn man zusammen mit den Tonscherben der Götzenfiguren in den Papierkorb geworfen wird. Das passierte 1933.

Damals erlitten die Sozialisten nach jahrzehntelangen Predigten über die Unzulänglichkeit des Kapitalismus einen Schock, als diese Unzulänglichkeit in aller Nacktheit zutage trat. Der Feind, von dessem wohlgedecktem Tisch die nährenden Brosamen fielen, versagte plötzlich als Garant der Alltagsexistenz. Es ist dies die Kernfrage, die sich auch die Sozialisten der Gegenwart in aller Unerbittlichkeit vorlegen sollten: Inwieweit liefert der Kapitalismus heute für all diejenigen, die seine potentiellen Gegner wären, „die Ware ab“?

Die Mitglieder- und Mitarbeiterstruktur

Jede soziologische Überprüfung der Gefolgschar, die der moderne Sozialismus hat und haben könnte, sollte von dieser Vorfrage ausgehen. In der Beantwortung wäre zu unterscheiden zwischen dem Kreis der Wähler, dem der Mitglieder und dem der Führung. Wählersozioologie wird zur Zeit ausgiebig betrieben. Im Mitgliederkreis läßt sich eine große und tragische Antithese darstellen: Der Mensch im Betrieb, von der Intensität des modernen Arbeitslebens im Übermaß angespannt, mag noch zur Beitragszahlung bereit sein, in den Wohnbezirksversammlungen ist er immer schwerer „greifbar“. Es ist die Tragik der SPD, die — wenn man dem statistischen Bundesamt Glauben schenken will — einen besonders hohen Prozentsatz junger Wähler auf sich vereint, daß in ihren Mitgliederversammlungen der Rentner dominiert. Der manuelle Arbeiter — einschließlich des Ladenangestellten — erscheint wohnbezirksversammlungsmüde. Wollte man ihn erfassen, so müßte man die Betriebsgruppen reaktivieren. Das aber kann man nur, wenn man „Funktionäre“ dafür zu mobilisieren vermag. Deren einzige „Entlohnung“ besteht bekanntlich in den Ehren, die sie durch Teilnahme am Parteilieben gewinnen können. Dem Betriebsgruppenfunktionär aber blieb bisher das Mandat in allen Delegiertenversammlungen verwehrt, es sei denn auf Umwegen über Betriebsaktionsausschüsse usw. Daß er daneben auch noch im Wohnbezirk arbeitet, wäre eine Überforderung. Wer aktiv in Erscheinung treten will, verzichtet daher in der Regel auf Betriebsarbeit. Hier liegt die Hauptursache für die allmähliche Loslösung der Partei vom aktiven Betriebsarbeiter, der der „nüchternen“ Gewerkschaftsrealistik vorbehalten bleibt.

Damit sind wir bereits bei der Problematik der Führungsschichten in der SPD. Versteht man unter der Führung nicht den gesamten Funktionärskörper, sondern alle, die auf mittlerer und höherer Ebene — ob ehren- oder hauptamtlich — am Schalthebel der Parteimaschinerie sitzen, so wird die Frage nach der Herkunft wenig bedeutungsvoll gegenüber dem ernsteren Problem der gegenwärtigen Schichtung, das in dreierlei Form auftritt: Wer vertritt die Arbeitnehmer in Parlaments- und Parteigremien? Wer repräsentiert sie im hauptamtlichen „Apparat“? Und wer garantiert die Aufrechterhaltung der Zielsetzung in beiden Bereichen?

Die eigentlich entscheidende Fragestellung ist die dritte: Wie kann in beiden Bereichen die Konsequenz der Grundauffassungen, in deren Zeichen man angetreten ist, gewahrt werden?

Es ist weniger das Wort von der „Revolution der Manager“ — die bekanntlich in Form einer stillen Unterwanderung vor sich geht — als vielmehr die Akzentverlagerung in der Aufgabenstellung, die entscheidend wird. Eine Führungsschicht, die in kommunalen Stellungen, in der Großindustrie und in den regionalen Verwaltungsorganen in eine gewisse Verantwortung hineingewachsen ist, wird naturgemäß ihre Ehre darein setzen, das Räderwerk der überkommenen Hierarchie gut und immer besser rollen zu lassen. Damit tritt das ursprüngliche Wollen, das auf eine Umgestaltung dieser Hierarchie abzielte, folgerichtig in den Hintergrund.

Die Verführung der Alltagspolitik

Aus dieser Mentalität ergibt sich eine ähnliche Akzentverlagerung auf der staatspolitischen Ebene. Wollte man ursprünglich „an die Regierung kommen“, um von der politischen Sphäre her die wirtschaftliche umzugestalten — sei es auch erst allmählich und schrittweise —, so wird im parlamentarischen Parkettkampf das Regieren dieser Hebelfunktion entkleidet und zum bloßen Selbstzweck: Man will es einfach besser machen als die, die heute herrschen — besser für die Gesamtheit. Man empfindet sein Mandat nicht mehr in erster Linie als Auftrag zur ökonomischen Revolution, sondern als Legitimation zum Wettkampf um die beste Erfüllung der Aufgaben einer auf der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur basierenden Staatsmacht.

Aus dieser Blickrichtung dürften sich die vielfältigen Verschiebungen in der Thematik erklären, die heute die sozialistische Politik beherrschen: Aus dem Widerstand gegen die Rüstungsbelastung gelangt man zum Primat der Außenpolitik; statt der Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse konzentriert man sich auf die Palliativmaßnahmen der Sozialpolitik — und das Wort von der Sozialisierung tritt zurück gegenüber Begriffen wie Mittelstandspolitik und öffentlicher Kontrolle. Mit wahltaktischen Überlegungen allein läßt sich das kaum mehr erklären: Es ist einfach die realistische Anpassung an die parlamentarische Tagesordnung und Kleinarbeit, die diese Wendung von der Änderung des ökonomischen Unterbaus zu sogenannten „Tagesfragen“ bewirkt. Auf die Dauer kann jedoch die Qualität nur zu leicht in die Quantität umschlagen. Aus der Frage: „Wie ändere ich die Gesellschaft?“ wird dann die ruhige Überlegung: „Wie regiere ich besser?“

Je mehr sich die Mitarbeit der Sozialisten in Einzelfragen bewährt, desto größer ist die Gefahr, daß die sozialistische Partei ihrer selbstgestellten historischen Aufgabe — der Änderung der Gesellschaftsstruktur — nicht mehr gerecht werden kann. Dann steht sie plötzlich fassungslos vor elementaren Ereignissen, die das Vorhandensein von Strukturfehlern im Gesellschaftssystem offenkundig klarlegen — wie der Krise von 1929. Die Ursache dieser drohenden Sterilität gegenüber dieser größten „Herausforderung“ unserer Zeit — um Toynbees Terminus zu verwenden — aber liegt letztlich im Hineinwachsen der sozialistischen Führung in die gegebene Struktur. Kann sie über ihren eigenen Schatten springen, um wieder ins strahlende Sonnenlicht der sozialistischen Umgestaltungsflut zu gelangen?

Die Sozialdemokratie muß es versuchen. Für ihre führenden Schichten ergibt sich — in Abwandlung eines Wortes von Marx im „Elend der Philosophie“ — die schwere Aufgabe, ihre gegenwärtigen eigenen Klassenbindungen zu vergessen um der Klasseninteressen der Geführten willen.

Um das tun zu können, müssen die Sozialdemokraten jedoch wissen, wofür sie es tun. Was zu fehlen scheint, ist das Wissen darum, in welcher Richtung sie „herausgefordert“ werden — vom Gesellschaftsschicksal, vom Räderwerk der Geschichte. Und das eben ist die große Gefahr, die das Wirken im politischen Alltag für die Führung bringt: daß sie vergißt, sich jenen Grundproblemen zu widmen, zu deren Lösung sie angetreten ist — und daß sie nicht bewußt die Konsequenzen zu ziehen vermag aus den Lösungsmöglichkeiten, die sich anbieten.

Grundsatzproblem Sozialisierung

Es sollen hier nur zwei Beispiele gegeben werden: Da ist einmal die Frage nach dem Umfang der Sozialisierung, zum anderen die nach ihrem Sinn.

Es scheint sich im modernen Sozialismus die Auffassung durchzusetzen, daß die „sozialisierungsfähigen“ Bereiche in den Branchen zu suchen seien, die den Endverbrauchern ferner stehen: hier bieten Großbetriebe und relativ einheitliche

Produkte die Voraussetzung für zentralisierte Ordnungssysteme. Wenn die private Initiative in Verteilung und Konsumgüterindustrie erhalten bleiben soll, um hier eine möglichst rasche Anpassung an Konsumentenwünsche zu ermöglichen, so muß auf der anderen Seite die Wettbewerbsinitiative in diesen Wirtschaftszweigen lebendig bleiben. Dringt aber auch hier der bürokratisierte Mammutbetrieb oder das produktivitätshemmende Kartell durch, so wird früher oder später die Sozialisierung auch da akut, wo man sie gar nicht will. Möchte man also die totale Sozialisierungstendenz vermeiden, so braucht man die Kartellgesetzgebung mit Verbotsprinzip geradezu als Voraussetzung dafür. Damit wird diese aus dem Rahmen der Parlamentsopportunität herausgehoben und zu einer Grundsatzfrage.

In der Vergangenheit ist die Sozialisierung mehr aus ethischen Überlegungen, vom Gerechtigkeitsstandpunkt her — „Expropriation der Expropriateure“ — und als Selbstzweck verstanden worden. Akzeptiert man die vorstehend angedeutete Begrenzung, so verlieren diese Argumente an Gewicht: Man kann nicht die Gerechtigkeit durch „Enteignung der Enteigner“ auf ein Drittel oder die Hälfte der Gesamtwirtschaft beschränken wollen. Stellt man aber die Frage, wieweit Strukturveränderungen im Interesse der Vollbeschäftigung notwendig sind, so bietet sich die Sozialisierung — vorausgesetzt, daß man für eine Koordinierung sozialisierter Bereiche sorgt! — als Faktor der Konjunkturstabilisierung an. Sind die schwankenden Investitionsentscheidungen im privaten Sektor Ursache der Krisenerschütterungen, so wird ein breiter sozialisierter Bereich, in dem diese Schwankungstendenz einer langfristig geplanten Investitionspolitik weicht, nicht nur zur entscheidenden Voraussetzung für eine ernstgemeinte Vollbeschäftigungspolitik, sondern gleichzeitig auch Vorbedingung für ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum in den nicht sozialisierten Bereichen.

An beiden Beispielen läßt sich erkennen, in welchem Maße Grundsatzfragen des Sozialismus heute deutlicher denn je aus der Perspektive ethisch-moralischer Eiferer in das grelle Rampenlicht nüchterner ökonomischer Überlegungen gerückt werden. Eine gewisse Regeneration der nationalökonomischen Komponente im Gegenwartssozialismus erscheint notwendig, wenn dieser seine eigentlichen geschichtlichen Aufgaben erfüllen will. Das erfordert zwar nicht eine Unterbewertung, wohl aber eine etwas abgetönte Behandlung anderer, weniger fundamentaler Fragen allgemeinpolitischen und nationalen Charakters.

Im Grunde ist es nicht verwunderlich, wenn in der modernen Sozialdemokratie — speziell der deutschen — der Name Marx nicht mehr genannt wird. Dieser Denker hat sein Augenmerk niemals darauf gerichtet, wie man die bestehende Ordnung besser funktionieren lassen könnte. „Die Philosophie hat die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Das Instrument der Veränderung ist für Marx die ökonomische Entwicklung. Einmal auf die politische Ebene gezwungen, hat sich die Sozialdemokratie weitgehend in der Eigenständigkeit der politischen Tagesfragen verloren. Sie wird damit die Welt nicht verändern. Das vermag sie nur, wenn sie zurückfindet zum Primat der Ökonomie.



SOZIALISTISCHE STAATSPOLITIK — HEUTE

Das Thema „Sozialistische Staatspolitik heute“ habe ich dahin verstanden, daß ich über das Staatsverständnis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Gegenwart berichten soll, also daß von mir die Fragen zu behandeln sind: „Wie denkt ein Sozialdemokrat über den Staat?“, „Welches Leitbild eines Staates bewegt ihn?“, „Wie sieht er das Verhältnis zwischen Mensch und Staat?“ und „Welche Grundhaltung bestimmt ihn in seiner politischen Arbeit, um dem Ziel der Verwirklichung eines solchen Staates zu dienen?“

Ich darf die Auseinandersetzung mit meinem Thema mit einer gewagten oder vielleicht verwegenen, möglicherweise den einen oder anderen gerade meiner Freunde erschreckenden Gegenfrage eröffnen, der Frage, ob es denn überhaupt so etwas wie eine sozialdemokratische Staatslehre gibt? „Das Fehlen einer sozialistischen Staatslehre ist schmerzlich fühlbar.“ Dieser Satz stammt nicht aus meinem Referat, sondern steht in der Münsteraner Doktor-Dissertation eines damaligen Rechtskandidaten, Kurt Schumacher. „Das Fehlen einer sozialistischen Staatslehre ist schmerzlich fühlbar“, ein Zitat aus Schumachers Doktorarbeit über „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“. Das veranlaßt mich, von vornherein eine ganze Reihe von Eingrenzungen zu machen, die mir wesentlich erscheinen:

a) das Ausbilden einer eigenen Staatstheorie oder Staatsphilosophie um ihrer selbst willen liegt nach meiner Überzeugung nicht im Bereich der Möglichkeit einer politischen Partei. Erlauben Sie mir gleich eine Zwischenbemerkung: Eine erhebliche Schwierigkeit des Gesprächs hier in der Akademie liegt in der Unvergleichlichkeit, in der Inkommensurabilität des katholischen Lehrgebäudes mit einer politischen Partei, wobei oft nicht gesehen wird, daß eine politische Partei keine Akademie hat, keine wissenschaftliche Lehre für sich und um ihrer selbst willen hat.

b) die Geschichtlichkeit erreicht für eine auf Praxis gerichtete politische Partei einen besonderen Grad der Intensität. Notwendig für sie ist, daß sie immer in der Reform und unaufhörlich aufnahmebereit ist. Nur ein kleines praktisches Beispiel: Im Heidelberger Programm 1925 bekannte sich die deutsche Sozialdemokratie zum Einheitsstaat, während sie sich im Dortmunder Aktionsprogramm 1952 und Berlin 1954 zum Bundesstaat bekennt aus voller Überzeugung und aus einem Lernen durch die Geschichte. Ich fragte einmal Kurt Schumacher, ob er sich nach der Wiedervereinigung Gesamtdeutschland als einen Einheitsstaat vorstellte, worauf er sagte: „Um Gottes willen, das wäre ja ganz entsetzlich!“ Also Sie sehen hier solch einen Wandel in den Auffassungen, weil es für eine politische Partei eine Lebensnotwendigkeit ist, mit der Praxis, mit der Wirklichkeit in der

Es handelt sich bei diesem Beitrag um ein Referat auf der Münchener Tagung der „Katholischen Akademie in Bayern“ am 10. Januar 1958 über „Christentum und demokratischer Sozialismus“. Die Akademie wird alle Referate als Buch veröffentlichen. Wir berichteten im Heft 1/1958 über diese Tagung.

engsten Tuchfühlung zu sein. Möglicherweise zieht der eine oder andere jetzt in Gedanken die — entschuldigen Sie — verfrühte Schlußfolgerung: Arndt wird uns hier jetzt einen reinen Opportunismus oder Pragmatismus bringen. Sie werden sehen, daß ich diese Befürchtung hoffentlich angenehm enttäusche. Aber die Eingrenzungen sind notwendig. Eine solche parteieigene Theorie vom Staat kann auch nicht unbeschränkt in dem Willen einer politischen Partei liegen. Ich darf erneut Kurt Schumacher zitieren. Kurt Schumacher hat in seiner Rede, die er für den Düsseldorfer Parteitag am 12. September 1948 schrieb, wörtlich gesagt: „Eine einheitliche Parteitheorie wäre der Tod der Freiheit.“ Und Kurt Schumacher hat etwas früher in seinem Aufruf aus dem Sommer 1945, der ein sehr wesentliches Dokument der ihren Gegnern und den ihr ferner Stehenden unbekannten Sozialdemokratie darstellt, als eine Grundauffassung der deutschen Sozialdemokratie in der Gegenwart, den Satz gesagt, auf den ich mehrfach noch zurückkommen werde: „Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“ Ein Satz, der auch noch der Exegese, der Erläuterung, bedarf. Daraus folgt dann — wenn ich ihn einmal zunächst so stehen lassen darf —, daß eine solche parteieigene Staatsphilosophie, die erschöpfend ist und die bis in die letzte Tiefe geht, auch nicht im Wesen einer politischen Partei liegen kann; denn es gehört zum Wesen einer politischen Partei, daß sie nicht Ersatzkirche sein darf, sein kann und sein will, Ersatzkirche durch Entwicklung einer totalen oder totalitären Ideologie oder Weltanschauung. Ich werde in diesem Zusammenhang später im Verlaufe meiner Ausführungen auf die Frage kommen, ob eine Partei ohne Weltanschauung überhaupt eine politische Partei sei. Es wäre entscheidend, daß wir uns darüber auseinandersetzen und da uns nach Möglichkeit zu verstehen versuchen. Worum es mir hier geht, im Anschluß an Äußerungen von Kurt Schumacher, der, wie Sie wissen, eine außerordentliche moralische und politische Autorität in der Partei bis auf den heutigen Tag besitzt, ist die grundsätzliche Offenheit einer solchen politischen Partei. Was über den Bereich des Politischen oder besser den Gesichtspunkt des Politischen hinausragt oder in die Tiefe hinabragt, etwa was nicht mehr zum politischen Sachbereich, sondern in den Gewissensbereich hineingeht, überschreitet die Zuständigkeit einer solchen politischen Partei. Auch dafür ein Beispiel, z. B. die Frage nach der Rechtfertigung des Staates. Das Problem, ob der Staat als Ordnung eine Stiftung Gottes sei, ist eine Wahrheitsfrage, für die gilt, daß es über letzte Wahrheiten keine Abstimmungsmöglichkeit gibt, auch nicht innerhalb der politischen Partei.

c) schließlich eine letzte, subjektive Eingrenzung: Es kann hier nicht um meine persönliche Staatsauffassung in ihrer mehr oder minder erreichbaren Vollständigkeit gehen, sondern das Thema meines buchstäblichen „Referats“, meines Berichts, ist die *communis opinio* in der deutschen Sozialdemokratie, die Frage, welche typische Stellung der Sozialdemokratischen Partei als solcher zum Staate eigen ist, weil uns ja daran liegt, zunächst einmal mit diesen Sachverhalten vertraut zu werden. Selbstverständlich spreche ich dabei nun nicht etwa in einem parteioffiziellen Auftrag. Was ich sage, ist meine persönliche Sicht der Dinge, und alles, was ich sage, ist auch meine persönliche Auffassung, aber ich bemühe mich, von dieser persönlichen Auffassung her zu berichten über die *communis opinio* eines jeden Sozialdemokraten.

Daraus ergeben sich dann zwei Folgerungen. Erstens eine zur Methodik: nämlich, daß das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Staat oder dem jeweiligen Staat oder dem gegenwärtigen Staat weniger unmittelbar aus einer Summe von Theorien ablesbar ist als mehr mittelbar abzuleiten aus den Dokumentationen der Vergangenheit, vor allem dem praktischen Verhalten. Und zweitens, daß diese Beziehung zum Staat als ein Hintergrund dieser Praxis einsehbar wird, aber darum keineswegs nur pragmatisch oder gar bloß opportunistisch ist. Sie ist zwar fundamental, jedoch not-

wendig fragmentarisch, weil eben die Festlegung der Partei auf Grundsätze für ein Leitbild des Staates sich legitim allein innerhalb einer bestimmten Ebene des politischen Sachbereichs abspielen und halten muß. Dazu darf ich eine Erläuterung geben, die vielleicht verständlich macht, was ich hiermit gemeint habe: Die katholische oder die evangelische Theologie des Staates kann den demokratischen Gedanken nicht zu einem ihrer Prinzipien erheben und hat es auch niemals getan. Es gibt keine naturrechtliche Forderung, etwa, daß der Staat demokratisch sein müsse, und es hat Kirche gegeben, lange, jahrhundertlang ehe es Demokratie gab und ehe es eine Forderung nach der Demokratie gab. Es wird für die Gläubigen auch Kirchen geben, wenn in einer uns nicht vorstellbaren Zeit vielleicht einmal eine Fortentwicklung dessen, was wir Demokratie nennen, gefunden worden ist, die wir uns noch gar nicht ausdenken können, die aber dann in einer Zukunft einmal vielleicht als optimal erscheint. Aber eine politische Partei, die kann das Demokratische zu ihrem Prinzip machen, und das hat z. B. nicht nur die Sozialdemokratie getan, das tut auch die Unionspartei, das tut auch die Freie Demokratische Partei, also gegenwärtig nach dem Verbot der Kommunisten und der praktischen Nichtexistenz der Rechtsradikalen eben Deutschlands Parteien insgesamt. Hier sehen wir das Auseinanderlaufen, daß für eine politische Partei ein Prinzip sein kann, was für die katholische oder evangelische Staatstheologie als Prinzip nicht möglich ist. Für die Sozialdemokratie ist die Entscheidung für die Demokratie eine prinzipielle Entscheidung.

Nun komme ich auf einiges, weil es mir zum Verständnis unerläßlich scheint, aus der Geschichte der Sozialdemokratie: In ihren Anfängen stand die deutsche Sozialdemokratie vor der radikalen Frage, ob sie den Staat als solchen schlechthin verneinen sollte oder nicht. Ein praktischer Ausläufer dieser theoretischen Frage zeigte sich dann in der berühmten Parteitage Diskussion zwischen August Bebel und Wilhelm Liebknecht darüber, ob die Partei sich in Preußen trotz des Dreiklassen-Wahlrechts an den Wahlen und am parlamentarischen Leben beteiligen sollte oder nicht. Hier ist bereits ein erster Punkt der Praxis, aus der man dann mittelbar etwas ablesen kann: diese Parteitage Entscheidung und die praktische Haltung der Sozialdemokratie fielen bekanntlich im Sinne Bebels für die Beteiligung am Staat und an dem damaligen preußischen Landtage ungeachtet des Dreiklassen-Wahlrechts aus. Auch in dieser Frage, der Frage des Verhältnisses zum Staat, hat niemand das Gothaer Programm 1875 (vielleicht die eigentliche Geburtsurkunde der Partei, denn es war die Vereinigung der verschiedenen Vorläufer und Richtungen zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei, die sich damals konkretisierte) so scharf kritisiert wie Karl Marx in seinen im selben Jahr geschriebenen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“. Darin schreibt Marx: statt die bestehende Gesellschaft als Grundlage des bestehenden Staates zu nehmen—so wie er wollte—, zeige die Partei durch dieses Programm—wie Marx grollt—, daß sie, und nun zitiere ich Karl Marx wörtlich, „den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt“.

Entscheidung für die Demokratie

Das war eine geradezu geschichtsbildende Entscheidung des Jahres 1875, fast ein halbes Jahrhundert, bevor die Partei in die Lage kam, nach der Novemberrevolution vom Jahre 1918 selbst Regierungsverantwortung in deutschen Ländern und im Deutschen Reich zu übernehmen. Also bereits durch dieses Gothaer Programm 1875 fiel eine geschichtliche Entscheidung gegen ein staatsverneinendes Denken nach Art der Theorien von Karl Marx, für den zwischen der Klassengesellschaft mit ihrem Staat und der neuen als klassenlos konzipierten Gesellschaft dieses auch von ihm nie erklärte Gebilde der Diktatur des Proletariats als unüberbrückbare Kluft liegen mußte, und fiel die geschichtliche Entscheidung für die Staatsauffassung von Ferdinand Lassalle, der den Staat zum Verbündeten der

Arbeiter machen wollte. Kurt Schumacher, dessen bereits erwähnte Dissertation 1926 über den Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie dieses Ringen zwischen dem Denken von Marx und von Lassalle mit dem Akzent aufzeigt, daß, wie Schumacher sagt, Lassalle dem Staat besser gerecht werde, — Kurt Schumacher definiert Lassalles Staatsbild als „Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen“, also nicht als eine nur formale Integration von Individuen, sondern als „eine Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen“. Kurt Schumacher definierte Lassalles Ansicht über den Zweck des Staates wörtlich etwa folgendermaßen: durch diese Vereinigung sollen die einzelnen in den Stand gesetzt werden, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, wie sie als einzelne sie nicht erreichen können. Das Ethos dieser Entscheidung zum Staat 1875 in Gotha hat Kurt Schumacher ein halbes Jahrhundert später 1926 in seiner Dissertation präzisiert als die Erkenntnis — ich zitiere wieder wörtlich —: „Ein bloßes vom Staat Immer-nur-nehmen-Wollen reicht zur Staatsgesinnung nicht aus.“ Um es in der gegenwärtigen Ausdrucksweise zu sagen: also kein Versorgungsstaat, keine Verstaatlichung des Menschen und — um auch das sehr scharf zu betonen — keine Mediatisierung des Menschen durch den Staat. Die Entwicklung dieser Staatsgesinnung erwächst aus einem Ringen um die Polarität zweier Gedanken: des demokratischen Gedankens und des sozialen Gedankens. Seit Gotha 1875 ist die Sozialdemokratie mit dem Bekenntnis zur Demokratie unlösbar verknüpft. Es mag sein — ich will das nicht untersuchen —, daß hierbei ursprünglich vielleicht noch die Auffassung der Demokratie überwog als eines Mechanismus der großen Zahl, als eines bloßen Mittels zum Zweck, eines Instruments zur Herrschaft. Es lief ja damals und in späteren Jahrzehnten das heute zum Glück vergessene und auch der Vergessenheit würdige Wort um: „Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel.“ Es mag sein, daß solche Auffassungen anfangs auch mitgespielt haben, aber es ist hochinteressant, in der Geschichte der Partei zu sehen, wie die Wertschätzung des Demokratischen sich Herausschält durch Verschmelzung mit dem sozialen Gedanken. Den Prüfstein hierfür bildet das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu der Diktatur des Proletariats. Die praktische Entscheidung ist wiederum die von 1918/19, damals, als mindestens die Möglichkeit da zu sein schien, als ob man eine Macht nicht wieder aus der Hand zu geben brauchte, die man sozialdemokratischerseits nach dem 9. November 1918 durch die sechs Volksbeauftragten hatte, drei Mehrheitssozialdemokraten, drei Minderheits- oder unabhängige Sozialdemokraten. Damals ist etwas geschehen, was in der Geschichte selten vorkommt, daß eine Partei Macht, die sie besaß oder zumindest besitzen zu können glaubte, freiwillig aus der Hand gegeben hat um ihrer grundsätzlichen Überzeugung willen, ihrer Überzeugung zur Demokratie. Das war die praktische Entscheidung. Sie ist gerechtfertigt worden von Friedrich Stampfer im Jahre 1922 in seinen Erläuterungen zum Görlitzer Programm vom 23. September 1921. Ich will das wörtlich zitieren, was Friedrich Stampfer dazu geschrieben hat: „Erhöhe sich irgendwo über die Demokratie, ihre Ordnung zerbrechend, eine Diktatur des Proletariats, und das könnte nur gegen den Willen der SPD geschehen, dann müßte die Partei mit dem ganzen Schwergewicht ihrer grundsätzlichen Anschauung zur Demokratie zurückstreben.“

Und aus demselben Erläuterungsbuch von Friedrich Stampfer zum Görlitzer Programm noch einen anderen Satz: „Die Partei tritt nicht nur für die Erhaltung seiner äußeren Form, sondern für ihn selber (den Staat) ganz und gar ein.“ Darf ich wiederum einmal meinerseits erläutern: wer für den Staat ist, muß gegen jede Art von Bürgerkrieg sein, auch gegen jeden Mißbrauch des demokratischen Gedankens als bloßer Operation zur Machtgewinnung. Den Schlußstrich darunter zieht ein Aufsatz von Kurt Schumacher aus dem Jahre 1946, abgedruckt in seiner großen Biographie. Damals, 1946, hat Kurt Schumacher ausgeführt: Wer die Diktatur ablehne, der müsse auch den Klassenkampf ablehnen. Klassenkampf

sei, wie Schumacher sagt, „nur historischer Ausdruck“ oder „traditionelles Gebilde“. Er schreibt wörtlich: „Die Sozialdemokratie sollte den Mut haben, den Ausdruck Klassenkampf zu eliminieren“, denn jede Art von Klassenkampf sei — wiederum Schumacher wörtlich — „Verbote der Diktatur“. Bei der großen Autorität, die Schumacher in der deutschen Sozialdemokratie besitzt, sind jene Forderungen nicht ungehört verhallt. Sie finden den Beweis in dem, was nach 1945 zunächst in Gestalt der Aktionsprogramme und in der Plattform Dortmund 1957 dokumentiert wurde. Also Demokratie nicht als Waffe im Klassenkampf, sondern negativ als Abwehr des Klassenkampfes von oben, den es als Tatsache durchaus gegeben hat, wie es auch eine Klassengesellschaft gegeben hat — darüber ist, glaube ich, heute allgemein kein Zweifel mehr; Klassenkampf von oben ist leider eine Erscheinung, wie sie uns auch heute nicht fremd ist in Deutschland und anderswo —, sowie positiv Demokratie als Überwindung der tatsächlichen Klassenkampfsituation durch Partnerschaft. Die Durchdringung des demokratischen Gedankens mit sozialem Gehalt, mit humaner Substanz, bringt frühzeitig eine in der deutschen politischen Geschichte und Parteiengeschichte neuartige Forderung hervor: die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, also Demokratie nicht mehr verstanden als irgendein formales Prinzip oder eine bloß wertfreie Spielregel, sondern als ein eigenes Wertprinzip, als universales Partnerschaftsprinzip, das für alle Lebensbereiche gilt, deshalb auch für den der Wirtschaft, weil es sich um eine Lebensweise der Gesellschaft handeln soll. Das bedeutet negativ: keine Privilegien, keine Ausbeutung, positiv: Toleranz — was noch zu erläutern sein wird —, Gerechtigkeit — Gerechtigkeit in dem Sinne: dem wirklichen, dem leibhaften Menschen angemessen. Das verweist sich, um wieder Kurt Schumacher aus einem Aufruf vom Sommer 1945 zu zitieren, dahin, daß er wörtlich in seinem Aufruf sagt: „Die Sozialdemokratie ist Gegnerin der dumpfen und uniformierten Verfassung“, und zum ändern: „sie lebt aus dem Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit“. Das schreibt Kurt Schumacher 1945 in Anknüpfung und Fortentwicklung seines Gedankens aus der Dissertation vom Jahre 1926, wo er vom Sozialismus spricht als „einem Hebel zum Individualismus“, aber diesen Individualismus zugleich definiert, indem er sagt: „Dieser Individualismus geht nicht aus vom atomisierten, sondern vom gesellschaftlichen Menschen“, vom gesellschaftlichen Menschen, für den dann der Staat wiederum, wie Kurt Schumacher wörtlich sagt, „ein Wert ist“. Was Schumacher damals, 1926, schrieb, kommt erneut zum Ausdruck in der bekannten einstimmigen Entschliessung des Kulturpolitischen Ausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Ziegenhain vom 23. August 1947, aus der ich einige Sätze zitieren darf. Sie wird eingeleitet durch den Satz: „Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie und ihre Voraussetzungen, den Sozialismus, um des Menschen willen.“ Es wird dann abgelehnt die Einseitigkeit einer nur ökonomischen Betrachtung als unzureichend, und dann heißt es wörtlich von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: „Sie anerkennt die geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des geschichtlichen Prozesses. Sie kämpft für ihre letzten politischen Ziele nicht allein in Verfolgung der ökonomischen Entwicklung oder aus Gründen der materiellen Zweckmäßigkeit, sondern um der Würde des Menschen willen.“ Hier ist also Demokratie verstanden als ein Wertprinzip, etwas Substantielles, nicht Formales, als etwas, was den Gedanken von Marx fortführt, daß der Mensch aus der Selbstentfremdung durch Änderung der Gesellschaft wieder die Möglichkeit bekommen soll, zu sich selber zu gelangen: Demokratie als ein Weg zur Individuation. Aber nicht in dem altliberalen Sinne der Ungebundenheit, sondern im Gegenteil im Sinne eines Wertbezogenenseins, dem die Sozialität, die Ordnung, immanent ist. Dazu wiederum ein Prüfstein: die Wandlung der Sozialisierungsvorstellung. Ursprünglich Negation des Privateigentums, dann nach dem Umwege einer Forderung nach allgemeiner Verstaatlichung (wobei man sehr

zweifeln kann, ob sie je im Sinne auch nur von Karl Marx gelegen hat) mit der Ablehnung der Staatsallmacht, der Ablehnung einer Mediatisierung des Menschen durch den Staat und mit dem Wachsen der Erkenntnis, daß Demokratie ein universales Prinzip der Partnerschaft und ein Wertprinzip ist, jetzt eine Auffassung, wie sie etwa der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn in seiner Regierungserklärung des Jahres 1951 dokumentierte — ich darf wörtlich zitieren —: „Aus dem Sozialismus in der utopischen Form der reinen Verstaatlichung hat sich ein freier Sozialismus entwickelt, der die freie schöpferische Initiative des einzelnen nicht nur nicht hindern will, sondern sie geradezu zur Voraussetzung hat.“ Selbst möchte ich das so zu formulieren versuchen, daß es sich nicht um Ent-eignung handelt, sondern um Ein-eignung des Menschen. Was sich hier vollzogen hat, ist die Verschwisterung des demokratischen Gedankens mit dem Doppelgedanken des Sozialstaats und des Rechtsstaats, eine Synthese, die man vielleicht als die des Kulturstaats bezeichnen könnte und die in den bekannten Formulierungen des Dortmunder Aktionsprogramms vom Jahre 1952 ihren Niederschlag findet, wo es heißt: „Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der religiösen und politischen Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung“, oder im Aktionsprogramm der Formulierung von Berlin 1954: „Der Sozialismus ist nicht denkbar ohne den Schutz des einzelnen und seiner sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür, deshalb befehlt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den demokratischen Rechtsstaat“. Wenn ich daran wieder meine Erläuterung anknüpfen darf: also ein Verständnis des Staates weder als wertfreien Staates noch als selber wertsetzenden Staates, sondern als eines wertempfangenden, wertgebundenen, wertoffenen und Werten dienenden Staates.

Das kommt besonders zum Ausdruck in dem Bedeutungswandel der Grundrechte in sozialdemokratischer Auffassung aus Ungebundenheit vom Staate im altliberalen Sinne, einer Ungebundenheit, die die Sozialdemokratie absolut ablehnt, zu sozialen, gemeinschaftsbildenden, staatsfundamentalen Grundrechten, zu Legitimationsgrundlagen des Staates, wie mein Freund Carlo Schmid es einmal in einem juristischen Aufsatz, ich glaube aus dem Jahre 1946, schrieb. Demokratie wurde also nicht etwa verstanden als eine Mehrheitssouveränität im positivistischen Sinne, sondern als Mündigkeit im politischen Sachbereich des Abstimmbaren auf der Grundlage einer Einigkeit über unabstimmbare Werte — besteht sie doch zugleich in der Partnerschaft zwischen Mehrheit und Minderheit. Weder also ist in diesem Sinne Mehrheit der naturwissenschaftlich-experimentell durch einen Wahlmechanismus gefundene Ausdruck eines imaginären utopischen Gemeinwillens aller, noch stehen Mehrheit und Minderheit unverbunden in einem Freund-Feind-Verhältnis zueinander, sondern in dieser Sicht, in dieser sozialdemokratischen Sicht: in der Bindung gemeinsamer Verantwortung für das Ganze.

Die Eingliederung von jeweiliger Mehrheit und Minderheit in die partnerschaftliche Verantwortung für den gemeinsamen und aus den Grundrechten legitimierten Staat sollte allerdings ideologische Parteibildungen ausschließen und begründet das Ethos des dienend-verantwortlichen Staates sozial durch seine Verantwortung auch für die Mitmenschlichkeit der gesellschaftlichen Ordnung, d. h. für die Gerechtigkeit auch in der Wirtschaftsgestaltung, also ein Staat nicht der Daseinsreglementierungen, jedoch ein Staat der Daseinsvorsorge um der personalen Würde der zwar nicht gleichen oder gar gleich gemachten, aber gleichberechtigten Menschen, also zum Ziel der Selbstentfaltung und Eigenverantwortung der wirklichen und einmaligen einzelnen.

Kirche und Staat

Die Kirche fragt, ob der Sinn des Staates anerkannt wird, und sie wendet sich gegen eine falsche Majestät der liberalen Gesetzgebungsmaschine. Darauf liegt

in meinem Referat die Antwort; aus dieser Geschichte, dieser Praxis und dieser Dokumentation, nicht aus meiner persönlichen Spekulation: daß Staat bejaht wird als ein Wert und daß dieser Staat verstanden wird als eine unlösbare Zusammengehörigkeit des demokratischen Prinzips als Prinzip einer universalen Partnerschaft und einer Mündigkeit der Menschen im politischen Sachbereich, mit dem sozialen Wesen des Staates und mit der Rechtsstaatlichkeit des Staates, i. h. den Menschen- und Bürgerrechten als der Legitimation. Mithin setzt in diesem Sinne das Abstimmen auf dem demokratischen Wege, das dann jeweils eine Mehrheit mit dem Willen des Ganzen identifiziert, voraus die Einigkeit über unabstimmbare Werte und die Unbedingtheit dieser unabstimmbaren Werte, worauf ich noch in anderem Zusammenhange kommen werde. Das ist das, was sich aus Schumachers Formulierung vom Jahre 1926 ergibt: eine Staatsgesinnung als Hebel zum Individualismus nicht des atomisierten, sondern des gesellschaftlichen Menschen.

Dafür ein zweiter Prüfstein: das Verhältnis von Staat und Kirche. Bekannt ist die alte programmatische Forderung der frühen Sozialdemokratie: absolute Trennung von Staat und Kirche, wenn ich auch persönlich glaube, daß sie weniger auf Kirchenfeindschaft als auf Kirchenfremdheit beruht hat, und die bestenfalls eine Art von dos à dos-Leben ergab. Aber Äußerungen, die Kurt Schumacher 1945 tat, sind nicht etwa jetzt eine Kurve oder ein Bruch, sondern ergeben sich praktisch und theoretisch aus einer Notwendigkeit. Theoretisch nämlich aus der Logik der Entwicklung des Leitbildes vom Staat zu einem freiheitlich-demokratischen, sozialen Rechtsstaat, das für jeden Sozialdemokraten, wie auch immer er denken mag, die Absolutheit gewisser Werte zur Voraussetzung macht, und praktisch aus dem geschichtlichen Erlebnis der gemeinsamen Verfolgung im Konzentrationslager.

Wir sind gemeinsam verfolgt worden: Katholiken, Protestanten und humanistische Skeptiker. Auch die Skeptiker, die Humanisten, sind um ihrer Grundüberzeugung willen, um dessentwillen, was man die Würde des Menschen nennen kann, die Einmaligkeit, die Unvertauschbarkeit, diesen unmittelbaren Wert des Menschen — wie der Christ sagt: als Geschöpf — in die Konzentrationslager gegangen und gestorben. Alle waren sie am 20. Juli 1944 miteinander vereint. Das ist außerordentlich geschichtsprägend gewesen, auch wenn leider Gottes eine gewisse parteipolitische Entwicklung seit 1945 dieses wesentliche Bild — ich hoffe: nur vorübergehend — etwas getrübt oder verwischt hat. Ich habe diese Bemerkung deshalb eingeschoben, um zu sagen, daß das, was Kurt Schumacher 1945 äußerte, hier keinen Bruch, keine plötzliche Kurve darstellt, sondern sich theoretisch und praktisch aus dieser geschichtlichen Entwicklung des sozialdemokratischen Denkens zum demokratischen sozialen Rechtsstaat hin mit Folgerichtigkeit ergibt. So versteht sich das Wort von Schumacher, das ich schon früher erwähnte, aus dem Sommer 1945: „Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei“, woraus sich nach seinem Aufruf von damals zwingend ergebe, die Partei habe — das bedarf gleich der Erläuterung — „neutral und unabhängig gegenüber jeder Kirche und jeder Weltanschauung“ zu sein. Das Wort „neutral“ ist 1945 anders gebraucht worden, als es leider heute im Schwange ist; seitdem „neutralistisch“ eine bedauerliche Abwertung erfahren hat. Was Schumacher meinte, wenn er 1945 sagte „neutral“, war ganz gewiß nicht etwa eine Gleichgültigkeit oder ein Indifferentismus. Das ergibt sich aus Schumachers Toleranzvorstellung. Seine Toleranzvorstellung war nicht die des Indifferentismus („ist ja ganz gleich, ob wir dieses oder jenes glauben“), sondern seine Toleranzvorstellung, und ich meine, die communis opinio der Sozialdemokraten, ist die einer wertgebundenen Toleranz, einer Toleranz aus — Schumacher — „Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit“ nur in der Begrenzung durch die Gegenseitigkeit. Wenn Kurt Schumacher damals im Sommer 1945 sagte, daß jeder für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit

und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei haben solle, so darf das nicht losgelöst werden aus dem Zusammenhang seines Gesamtauftrages, worin sich die unbedingte Ablehnung jedweder Diktaturbestrebungen befindet und jeder totalitären Bestrebung, insbesondere des Kommunismus oder gar etwa neuer rechtsradikaler Richtungen. Es muß sich also bei diesen geistigen Persönlichkeiten und der Verkündung dieser Motive mit dem gleichen Recht um solche handeln, für die die Menschenwürde ein unbedingter Wert ist, über den es keine Abstimmbarkeit gibt. Die Menschenwürde, die Einmaligkeit des Menschen als Selbstwert — ich darf einmal eine Anleihe machen bei Romano Guardini —, der sich selbst gehört und seine eigene Mitte ist, oder, damit gar kein Mißverständnis aufkommt, für den gläubigen Menschen seine Unmittelbarkeit zu Gott und vor Gott.

Von da ausgehend folgt aus dieser Staatsvorstellung alles, was wir an Menschen- und Bürgerrechten kennen: der Glaube als ein absoluter Wert, Gewissen als ein absoluter Wert, die Freiheit der Rede als ein absoluter Wert und das übrige: Freiheit der Person, die Achtung vor dem Leben usw. Also nicht im Sinne eines Indifferentismus ist bei Schumacher die Rede von einer Neutralität, sondern im Sinne einer Wertanerkennung. Das geht hervor aus seinen weiteren Sätzen, die sehr bemerkenswert sind, daß er über die Sozialdemokratische Partei von damals sagt: „So wie diese Partei jetzt konzipiert ist in ihrer neuen Fassung von 1945, erstrebt sie die gleiche Stellung für den Staat, der sein Verhältnis zu den Kirchen durch Verträge regelt.“ Das Wort „durch Verträge“ ist unerhört bemerkenswert, denn das ist nun der Schlußstrich unter die alte Programmatik der Trennung. Wo es die Trennung gibt zwischen Staat und Kirche, da kann es nicht das geben, was Kurt Schumacher nannte „durch Verträge“. Das zeigt die Auffassung der Eigenständigkeit von Staat und Kirche in ihrem Zueinandergeordnetsein, und zeigt, daß Religion keine Privatsache ist im überholten Sprachgebrauch. Ich betone nochmals: das alles sind Äußerungen, die zwar in einer politischen Partei nicht kanonisiert werden können, aber die eine ungeheure moralische und politische Durchschlagskraft haben. Aus dem Jahre 1945 ist das die Reform und etwas, was auch in der Partei lebt. Damit Sie sehen, daß ich hier nicht etwas hineinlege in Schumachers Äußerungen aus dem Jahre 1945, darf ich dann weiter zitieren aus seinem grundlegenden Aufsatz aus dem Jahre 1947, wo er sich mit der Religion auseinandersetzt und drei Thesen aufstellt. Erste These Schumachers: Religion ist „eine notwendigerweise sich 'gut auswirkende Macht'“. Zweite These Schumachers: Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber Religion und Kirche ist „nicht die einer gleichgültigen, mehr oder weniger wohlwollenden Toleranz gegenüber dem Christentum“, sondern dritte These Schumachers: „Der einzelne weiterblickende Sozialist, mag er nun in seinem religiösen Glauben und seiner philosophischen Erkenntnis stehen, wo er will, er wird die Unverzichtbarkeit der Religion für eine große Gemeinschaft nicht leugnen können.“

Die Weltanschauung und die Werte

Das sozialdemokratische Leitbild des Staates kann gleichwohl — und nun komme ich zu etwas anderem — nicht die These eines christlichen Staates sein. Das ist das, was auch in dem Wort von der Neutralität liegt. Denn es ist nicht möglich in einem konfessionsgespaltenen Volk, weil es ja keine allgemeine Christlichkeit gibt, sondern christlichen Glauben nur in Konfessionen, und weil Christlichkeit des Staates (— ich weiß, daß es, soweit ich das als Laie und Außenstehender zu beurteilen vermag, in der katholischen Glaubenslehre zur Diskussion steht, aber jedenfalls für gläubige Protestanten —) nicht vollziehbar ist. Auf diese Wirklichkeit ist ja die politische Partei bezogen, auf ein Volk, ein wirklich vorhandenes Volk, das konfessionsgespalten ist in Katholiken und in verschiedene Arten der Protestanten, die ja (von den Freikirchen und Sekten abgesehen) allein in 27 Kirchen organisiert sind in Westdeutschland, aber auch in Christen und Nichtchristen und auch in Mosaische, soweit man die Juden nicht ermordet hat.

Man sollte sie nicht vergessen, sie werden merkwürdigerweise immer vergessen. Und der christliche Staat ist nicht möglich für eine tolerante Partei, die sich im Sachbereich des Politischen bewegt, ohne daß die wertgebundene Toleranz gegenüber der Gleichberechtigung der Kirchenfremden und Kirchenfernen, Andersdenkenden und Ungläubigen verletzt würde, also das, was Kurt Schumacher den Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit genannt hat.

Nun möchte ich noch einmal herangehen an den großen Stein, der bei uns im Wege liegt: Wie ist das mit der Weltanschauungspartei? Man hat gemeint, wenn man sage, die Sozialdemokratie sei keine Weltanschauungspartei, dann stelle man doch die Dinge auf den Kopf und dann könne man auch keine politische Partei sein. Ich habe etwas den Eindruck, daß wir hier für zwei ganz verschiedene Vorstellungen ein und dasselbe Wort verwenden und daß die Dinge sich verhältnismäßig leicht erklären, wenn wir versuchen, uns darüber auszusprechen, was unter dem Wort „Weltanschauung“ verstanden wird. Wenn damit gemeint sein soll, daß alle politische Entscheidung auch sittliche Entscheidung ist und daß es keine politische Auffassung gibt ohne eine ethische Fundamentierung und Motivierung, dann sind wir darüber völlig einig; nur würden wir das nach dem bisherigen Sprachgebrauch noch nicht eigentlich als Weltanschauung bezeichnen.

Eine politische Partei muß selbstverständlich, wenn sie nicht ein Interessentenhaufen sein will, einen Grundbestand gemeinsamer politischer Überzeugungen haben und d. h. auch eine Bindung an Werte. Ich habe mich ja bemüht, klar zu machen, daß in der Staatsvorstellung eines Sozialdemokraten, ganz gleich wo dieser Sozialdemokrat herkommt, aus welchem Glauben oder aus welcher Philosophie, für ihn absolute Werte bestehen; auch für den Skeptiker besteht z. B. Gewissen, Glaube, Freiheit des Glaubens, Betätigung der Kirche als ein absoluter Wert nach den Dokumentationen, die die Partei im ganzen vorgelegt hat. Wenn man das Weltanschauung nennen wollte oder nennen würde, dann wäre die Sozialdemokratie eine solche Partei, denn sie ist keine etwa wertfreie Partei, und sie denkt sich auch keinen wertfreien Staat. Aber bisher hat man unter Weltanschauung doch etwas ganz anderes verstanden, nämlich die Verpflichtung eines Menschen auf ein Totales, auf eine Norm, die nun sein gesamtes Denken beherrscht, nicht nur den politischen Sachbereich, sondern darüber hinaus sein Denken über die Rechtfertigung des Staates und über alles, was zwischen Himmel und Erde ist. In diesem Sinne hat man etwa die Weltanschaulichkeit der Unionspartei daraus hergeleitet; das Naturrecht sei für den Christen die primäre verbindliche Norm aller Politik. Bitte haben Sie jetzt keine Sorge, daß ich meinerseits in eine Polemik eintreten würde gegenüber der Unionspartei, aber um zu verdeutlichen, worum es hier geht, muß ich mich mit einer These wenigstens auseinandersetzen, weil daraus ja die Weltanschaulichkeit hergeleitet wird. Man sagt, daß ja die Naturrechtsprinzipien heute auch überwiegend von evangelischen Kreisen bejaht würden mit Ausnahme eines militanten Barthianismus. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich jetzt einen etwas theologischen Exkurs machen muß, aber ich glaube, er dient doch dem Gespräch und ist einfach notwendig. Es gibt kein evangelisches Werk über Ethik oder Dogmatik, das ein Naturrecht anerkennt oder gar ein thomistisches Naturrecht anerkennt. Auch Emil Brunner, der zwar von seinem reformierten Standpunkt aus sich um eine Neubelebung des Naturrechtsdenkens bemüht, denkt nicht thomistisch, weil hier die Alternative zwischen der analogia entis im Sinne des hl. Thomas von Aquin und der analogia fidei eine der radikalen Scheiden in der Wahrheitsfrage zwischen dem katholisch-konfessionellen Glauben und dem evangelisch-konfessionellen Glauben ist, die man sicherlich beklagen kann und beklagen muß, aber die man nicht mit leichter Hand wegschieben darf. Infolgedessen ist es nicht etwa nur Karl Barth in seiner Dogmatik, sondern man mag es nachlesen bei einem Lutheraner wie Künneth, der in Erlangen lehrt, oder in der Ethik von Helmut Thielicke

in Hamburg, die nun wirklich Antipoden zu Karl Barth sind. Bei beiden werden Sie die theologisch begründete, radikale Ablehnung des Naturrechts aus evangelischer Sicht finden. Deshalb ist es etwas merkwürdig, wenn man sagt, ein Christ darf einer Partei, die naturrechtsfeindlich ist, nicht angehören oder gar für sie stimmen, denn auf dem Hamburger Parteitag der Unionspartei hat in Gestalt von Professor Helmut Thielicke einer der theologisch radikalsten Gegner des Naturrechts selbst ein Grundlagenreferat gehalten. Hier wird auch jetzt vielleicht nochmals deutlich, was ich anfangs meinte, nämlich daß es gar nicht Sache einer politischen Partei sein kann, über Fragen wie die der Naturrechtslehre zu entscheiden. Hier gilt, daß in einer Partei nicht eine Abstimmung über Wahrheit möglich ist, wohl aber — und das darf ich unterstreichen — Eini-gung über Werte. Keine Partei — und das tut auch die Unionspartei nicht — kann etwa ihre Mitglieder auf die thomistische Naturrechtslehre verpflichten. Dann wäre die Zugehörigkeit von Protestanten zur Unionspartei nicht mehr möglich. Wir haben ja auch erlebt, daß der Evangelische Arbeitskreis in der Union sich mit beachtlicher Warnung distanzierte von den Äußerungen des Bischofs von Münster, der die Bejahung des Naturrechts zum Maßstab für die Christlichkeit in der Politik machen wollte. Aber wohl kann man sich einigen über Werte, und da glaube ich, daß, wenn man ausgeht von der Würde des Menschen, in diesem Verstande hier diese Verständigung möglich ist über die Absolutheit der Werte, die den sozialen Rechtsstaat ausmachen, oder man mag ihn auch Wohlfahrtsstaat nennen — das ist kein genuin sozialdemokratischer Ausdruck — als Grundlage des dann abstimmbaren Werdenden in der Demokratie. Worauf es mir ankommt, ist, daß die politische Partei in ihrem Sachbereich den Menschen nicht normen kann und nicht festlegen kann auf eine letzte Auffassung, sondern daß das über die Partei und deren Zuständigkeit hinausreicht, daß sie offen stehen muß in einer pluralistischen Weise genau wie unser Staat, der keinen Menschen, der auf dem unabdingbaren Boden der Grundrechte, der Menschen- und Bürgerrechte steht, zu einem Nichtarier machen kann.

In diesem anderen Verstande ist eine Weltanschauungspartei dann eben, wenn sie eine so total den Menschen erfassende ist, nicht mehr mit einer rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie vereinbar. Ich kann mich da beziehen — ich weiß, das ist keine Äußerung, die ein Imprimatur trägt — auf Ausführungen, die Erich Przywara einmal dazu gemacht hat: Ich darf das kurz zitieren. Er sagte, christliche Parteien ließen sich nur von dem her in etwa rechtfertigen, daß — wie einmal ein kluger Beobachter sagte — deutsche Parteien immer Weltanschauungsparteien seien. In diesem Sinne konnten die alten preussischen Konservativen als evangelische Partei angesprochen werden, während man das alte Zentrum als katholische Partei ansprach. Daß der Marxismus eine Weltanschauung war und ist, werde nicht zu leugnen sein. Er sei als Umkehrung Hegels, wie Marx es ausdrücklich wollte, Partei des Materialismus. Allen liberalen Parteien aber sei dann ein weltanschaulicher Liberalismus eigen. „Nimmt man es so (schreibt Przywara), dann hat gewiß gemäß dem Vatikanischen Konzil die Kirche Recht und Pflicht, für ihre Gläubigen eine marxistische oder liberalistische Partei auszuschließen, entsprechend der Verurteilung eines weltanschaulichen Liberalismus durch den Syllabus Pius IX., des weltanschaulichen Materialismus durch das Vatikanische Konzil. Aber im Geist sowohl echter Politik wie im Geist der Staatsenzyklika Leos XIII. wird man ein solches Parlament der Weltanschauungen als solches ablehnen müssen. Es entspricht nicht dem echten Staat, für den alles Politische — außen- wie innenpolitisch — autonomes Gebiet ist, mit den Worten der Enzyklika Leos XIII. Eine echte deutsche Demokratie wird sich also im Gesicht aller ihrer Parteien klar entscheiden müssen, ob sie Wettbewerb sachlicher politischer Richtungen sein will — wie es die angelsächsischen Parteien sind — oder ein Konzil wetteifernder Weltanschauungen. Tertium non datur.“ Demokratie als ein Konzil wetteifernder Weltanschauungen

kann nicht leben, jedenfalls nicht ein Staat mit Opposition, um es noch präziser zu sagen. Aber das, was ich hier darüber sagte, daß aus diesen Gründen um ihrer wertgebundenen Toleranz willen und um ihres Respekts vor der menschlichen Persönlichkeit willen sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht als christliche Partei deklarieren kann und deklarieren will, bedeutet keineswegs etwa Indifferentismus oder gar Bejahung der Unchristlichkeit des Staates und noch weit weniger etwa eine Antichristlichkeit. Das Grundrecht auf Glaubens- und auf Gewissensfreiheit im Sinne einer wertgebundenen Toleranz ist eben in diesem Verständnis eines sozialdemokratischen Leitbildes für einen Staat keine wertlose Ungebundenheit vom Staat im Sinne einer negativen Privatisierung, sondern Anerkennung der absoluten und gemeinschaftsbildenden Werte. Die Legitimitätsgrundlage ist, daß diese Werte einen vom Staat zu verantwortenden Dienst erfordern, daß er Raum geben muß für den Glauben, d. h. auch das unverzichtbare Hineinwirken der Kirche in das Ganze einschließlich des Rechtlichen, Gesellschaftlichen, Wirtschaftlichen, Politischen. Diese Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie fand ihren vorläufigen Abschluß in der Dortmunder Plattform des Jahres 1957, worin es heißt, daß die Öffentlichkeitsaufgabe der Kirche zu achten und zu schützen ist. Unsere Vorstellung eines Staates ist also die, daß ein solcher Staat seinen Bürgern sowohl schuldet Verantwortung auch für die Wirtschaft, auch für das Sozialwesen, aber auch die Möglichkeit des Bürgers, nach seinem Glauben zu leben. Ich weiß, das ist kein Ende. Das ist erst ein Anfang, denn hinter dieser Formel verbirgt sich die ganze Gewalt der immerwährenden Spannung zwischen Staat und Kirche.

DAS PROBLEM DER INNERPARTEILICHEN DEMOKRATIE

Max Weber hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Bürokratisierung auch der politischen Parteien „das spezifische Mittel ist, ‚Gemeinschaftshandeln‘ in organisiertes Gesellschaftshandeln zu überführen“¹⁾. Die Bürokratie sei, schrieb er, ein Machtmittel allerersten Ranges für den, der über den bürokratischen Apparat verfüge. Gesellschaftliches Handeln in der Politik ist ohne das Instrument einer Bürokratie heute nicht mehr möglich, jedenfalls nicht mit Aussicht auf Erfolg. Diese nüchterne Hinsicht läßt uns den Ratschlag des klugen Beobachters der SPD der Weimarer Zeit, A. Schiffrin, beherzigen, die Frage nach der Bürokratisierung der politischen Parteien „sachgerecht“ zu stellen und uns dabei nicht von Emotionen oder mitempfindenen Interessen beeinflussen zu lassen²⁾.

Schiffrin stellte dem Führerprinzip undemokratisch organisierter Parteien den Funktionär als Ausdruck demokratischer Organisationsmöglichkeiten gegenüber. Er glaubte, daß eine möglichst breite Schicht ehrenamtlicher Mitarbeiter in politischen Parteien in der Lage wäre, der Bürokratisierung enge Grenzen zu ziehen³⁾. Die Bürokratisierung zu beseitigen oder einzuschränken, heißt aber seit Robert Michels, den oligarchischen Tendenzen in den Parteien entgegenzutreten⁴⁾; denn die bürokratischen Apparate der politischen Parteien sind die spezifischen Träger einer oligarchischen Entwicklung.

Aufgaben und Interessen der Bürokratie

Das Interesse der Bürokratie — das Wort hier im soziologischen, nicht im landläufig abwertenden Sinne gebraucht — der Parteien richtet sich, wie H. Sultan treffend bemerkt hat, vorerst und vor allem auf Geld, Wähler und Experten⁵⁾. Die Angehörigen der politischen Bürokratie sind selbstverständlich, da für sie Politik zum Beruf geworden ist wie für keine andere Gruppe sonst, in ihrem Verhalten an der Stabilisierung ihrer politischen und damit persönlichen Position interessiert. Ihre Einflußmöglichkeiten ergeben sich aber letzten Endes aus der Anzahl der Wähler, die für die Partei votieren. Diese Wähler zu gewinnen, ist wiederum unter den Voraussetzungen unserer politischen Wirklichkeit nicht zuletzt eine Frage des Geldes, das man für die propagandistische Beeinflussung der Staatsbürger zur Verfügung hat.

Das Interesse der Bürokratie an Experten ist ebenso einleuchtend. Man braucht „Experten“ nicht nur, um von „befreundeten Organisationen“ Geld zu beschaffen. Ihre Aufgaben erschöpfen sich auch keineswegs mit der richtigen psychologischen Beeinflussung der Wähler oder mit der Rolle, als Exponenten dieser oder jener

1) „Wirtschaft und Gesellschaft“, J. C. B. Mohr, Tübingen 1926, S. 577.

2) „Parteibürokratie und Parteidemokratie“, in „Die Gesellschaft“, Heft 4/1930, S. 505 ff.

3) Schiffrin a. a. O., S. 505 ff.

4) „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Leipzig 1910; Neuauflage, Stuttgart 1957.

5) „Bürokratie und politische Machthaberschaft“, in „Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie“, Hannover 1955, S. 7 ff.

sozialen Gruppe in Erscheinung zu treten, auf die die Parteien bei Wahlen besonderen Wert legen, weil dort möglicherweise „Stimmreserven“ verborgen sind. Die Experten interessieren die Bürokratie neben diesen Erwägungen deshalb, weil sie mit ihrer Hilfe auf die Parlamente Einfluß zu gewinnen hofft, ebenso auf die Ministerien.

Dieses Interesse der Bürokratie deutet darauf hin, wie sehr die Politik heute zur Bewältigung ihrer speziellen Aufgaben Sachkenntnis voraussetzt und wie weitgehend andererseits die „allgemeinen Richtlinien“ der Politik zu einer Summe von Expertenentscheidungen geworden sind. Eine Beherrschung des politischen Geschehens ist, nimmt man alles in allem, für die politische Bürokratie heute nur noch möglich, wenn sie in ihrer Ausstrahlung über die personelle Einflußnahme auf „allgemeine“ politische Positionen hinausgeht und sich der Unterstützung des Fachmannes versichert.

Die bürokratischen Instanzen suchen die verschiedenen Fäden der Expertenpolitik in ihrer Hand zusammenzuziehen. Gleichmaß und Berechenbarkeit des Geschehens in den Parteien sind für sie wesentliches Gesetz. Dabei sind die Inhaber bürokratischer Schlüsselpositionen kaum in allen Fällen in der Lage, von sich aus politische Sachprobleme zu beurteilen. Die zu lösenden Sachaufgaben, mögen sie nun in der Wirtschaftspolitik, im sozialpolitischen Raum oder in der Außenpolitik liegen, verlangen von den dafür verantwortlichen Politikern spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Angehörigen der politischen Bürokratie haben dieses Wissen und diese Fähigkeiten nicht immer, aber sie nutzen die Arbeitsteiligkeit in der Politik für ihren integrierenden Einfluß. Macht ohne hinreichende Sachkenntnis bei den bürokratischen Instanzen und Sachkenntnis mit sehr beschränkter Macht ohne Übersicht über das Ganze auf Seiten der Experten ist zuweilen der Ausdruck dieser Konstellation.

Damit soll nicht angedeutet werden, daß die Parteien eigentlich der Demokratisierung wegen in ihren Führungsgruppen ein Spiegelbild verschiedener Expertenauffassungen sein sollten. Zu konstatieren ist nur, daß die Identität von Sachwissen und organisationspolitischem Einfluß nicht uneingeschränkt besteht, mit der Folge, daß auf diese Weise die oligarchischen Tendenzen der Bürokratien verstärkt werden.

Der Grad der Einsicht in Sachprobleme bei den Experten einerseits und den Geführten andererseits wird immer unterschiedlicher, und darin liegt ein anderes Problem. Die Funktion der Bürokratie verengt sich demgegenüber darauf, Verhaltensweisen in Übereinstimmung zu bringen. Hinsichtlich vieler Sachprobleme bewegen sich die Geführten und die politischen Bürokratien oft auf die gleiche Stufe der Uninformiertheit hin mit dem einen und entscheidenden Unterschied, daß die Bürokratie die vielfach auf das Emotionale und Ideologische reduzierte Integration der Parteien leistet. Da die Mitglieder in ihrer Mehrheit mit den Verhaltensweisen der Bürokratie eher synchronisierbar sind als mit denen der Experten, „bewegen“ sie sich meist nur dann, wenn die bürokratischen Instanzen es wollen.

Die sachgerechte Wahl der Führer, d. h. in erster Linie der Bürokratien und ihrer Vorstände und in zweiter Linie der Experten (soweit sie nicht kooptiert werden), wird den Mitgliedern deshalb zunehmend schwerer. Bei einer relativ einfachen Struktur der Gesellschaft und einer entsprechenden Aufgabengliederung ließ sich diese Funktion der Wahl der Führer beschränken auf ein allgemeines politisches, emotionales und ideologisches Votum. Heute stellt die Fähigkeit zur Wahl der Führer den Mitgliedern politischer Parteien zwei verschiedene Aufgaben: Erstens sollen sie erkennen, welche Experten für die Bearbeitung der jeweiligen Aufgaben zu bevorzugen sind, ohne selbst von diesen Aufgaben mehr als eine prinzipielle Vorstellung zu haben, und zweitens werden sie in ihrer Meinungsbildung zur Auswahl der Führungsgruppen zurückgeworfen auf die Tuchfühlung mit diesem oder jenem Kandidaten oder auf die durch die innerparteiliche Mei-

nungsbildung ihnen nahegebrachten Vorstellungen von dieser oder jener Persönlichkeit. Die Chance der Mitglieder zu einer sachgerechten Auswahl ihrer Führer ist jedoch nicht durch ihre mindere Qualität geringer geworden, sondern infolge des größeren Abstandes, der sich zwischen ihnen und den Führungsgruppen auftut.

Im Hinblick auf die Demokratisierung erinnert einen dieser Tatbestand an die Anmerkung Schiffrins, politisches Leben herrsche eigentlich vorwiegend innerhalb der Bürokratien⁹⁾. Wenn man „leben“ hier als ein Ringen um Meinungen und Entscheidungen nehmen darf, dann verblüfft diese These auf den ersten Blick, und doch hat sie sehr viel für sich. Die Angehörigen der politischen Bürokratien der Parteien sind zu einem guten Teil mit den Mitgliedern der formalen politischen Führungsgremien identisch, mindestens aber wirken sie außerordentlich stark auf deren Meinungsbildung ein. Es ist also nur natürlich, daß es innerhalb der zuständigen Bürokratien „Fraktionskämpfe“ gibt. Solche internen Auseinandersetzungen enden fast immer mit einem Kompromiß, über dessen Zustandekommen oder von dessen Motivierung der „Außenstehende“, das Mitglied, meist nichts erfährt. Der Abgeordnete Reif hat in den Verhandlungen des 38. Deutschen Juristentages diese Bereitschaft zum Kompromiß eine Tugend der Demokratie genannt, als er sich mit dem Fraktionszwang in den Parlamenten beschäftigte¹⁰⁾. Wir zögern nicht, seine versöhnliche Note hier zu vermerken, aber diese Version läßt doch wohl die Frage nach der Demokratisierung der Meinungsbildung offen.

Arnold Gehlen meint dazu einmal, daß die „allen Institutionen wesenseigene Entlastungsfunktion von der subjektiven Motivation und von dauernden Improvisationen fallweise zu vertretender Entschlüsse“ eine der großartigen Kultureigenschaften sei¹¹⁾. Daß die Bürokratie in diesem nächsten Sinne praktisch und nützlich ist, wird man kaum bestreiten können. Keine Frage ist es auch, daß den Mitgliedern ein tiefes Bedürfnis nach Dauer ihrer Organisation, Gemeinsamkeit des Wollens und nach Sicherheit eigen ist. Die Entlastung von subjektiven Motivationen geschieht jedoch auf Kosten der demokratischen Bewältigung von Sachproblemen. Dauer, Gemeinsamkeit und Sicherheit im Leben und Zusammenwirken der Mitglieder werden erkaufte mit dem aus welchen Gründen auch immer erfolgenden Verzicht oder der Unmöglichkeit, Entscheidungen von Belang zu beeinflussen oder solche Entscheidungen selber zu fällen.

Die Funktion der ehrenamtlichen Mitarbeiter

Der ehrenamtliche Mitarbeiter, von Außenstehenden im Hinblick auf die SPD oft etwas herablassend „Funktionär“ genannt, wird von den Deutschen meist als das Gegenstück einer Persönlichkeit empfunden. Der Funktionär ist nicht aus „unserer“ Welt, so meint man. Er steht in dem Verdacht, unauffällig, beschränkt und verwendbar zu sein¹²⁾, wie Plessner einmal gesagt hat. Gehlen findet jedoch, die moderne hochrationalisierte und durch und durch bürokratisierte Gesellschaft verlange „die Verwandlung der Person in einen ‚Funktionsträger‘ in einem bedeutenden Grad“, ja sie lege eine „Annäherung an diesen unter anderen Ansprüchen farblosen Typus nahe“. „Diejenigen Eigenschaften, die dies erschweren, erscheinen dann zunächst einmal als unerwünscht, gleichgültig, ob es sich um asoziale oder geniale handelt“¹³⁾. Der Funktionär hat also, wenn man seine Beschreibung durch Plessner und Gehlen miteinander vergleicht, seine endgültige Form und Bewertung offenbar noch nicht gefunden. Welche Rolle aber spielt er?

⁹⁾ „Parteibürokratie und Parteidemokratie“, a. a. O., S. 505 ff.

¹⁰⁾ „Verfassungrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien“, Tübingen 1931, S. 34.

¹¹⁾ „Urmensch und Spätkultur“, Bonn 1956, S. 48.

¹²⁾ In „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Heft 10/1933.

¹³⁾ „Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft“, J. C. B. Mohr, Tübingen 1949, S. 37.

Vorerst ist festzuhalten, daß der Funktionär nicht mit dem „Parteibürger“ identisch ist¹¹⁾. Die Funktionäre sind vielmehr eine Zwischenschicht, eingefügt in den Raum zwischen den Parteibürgern und der Parteiführung bzw. ihrer politischen Bürokratie. Nicht die Mitglieder machen die tatsächliche Aktivbürgerschaft der Parteien aus, sondern eben diese Zwischenschicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter. Praktisch wäre deshalb die These von Leibholz, die Mitglieder politischer Parteien seien die Aktivbürgerschaft des Volkes schlechthin, einzugrenzen auf den Kreis der ehrenamtlichen Mitarbeiter, der natürlich in seinen Übergängen zu den „bloßen“ Parteibürgern fließend ist.

Schiffrin erkennt das große Gewicht der Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter sehr klar und meint, die Verbindung des Parteiapparats mit dem „Funktionärkörper“ bewirke eine Auflockerung des Partellebens¹²⁾. Das ist sicher richtig, aber es bleibt die Frage, ob diese Zwischenschicht sich in ihrem Aktionsradius und -vermögen eher einfügen läßt in die Tendenzen zur Oligarchiebildung, oder ob sie die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Parteien verstärkt.

Das Verbindende in der Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter sind neben der Tradition und der aktuellen politischen Zielsetzung die Reste der Parteiideologien. Das sind ein Ritus des Verhaltens, der Glaube an die gute Sache, eine gewisse „Exklusivität“ gegenüber den „normalen“ Parteibürgern und erst recht gegenüber der Öffentlichkeit. H. Freyer hat den Charakter dieser Gruppe — ein wenig überspitzt — beschrieben:

„Eine gegenseitige Ansteckung und Bestätigung setzt ein, dazu ein Wettlauf um die Palme der Linientreue, gerade zwischen den individuellen Nuancen, die es auf dem eingeebneten Felde der Ideologien-Gleichheit gibt, z. B. zwischen den jüngst Bekehrten und den Altgläubigen, ferner zwischen denen, die durch ihre Klassenzugehörigkeit in die Ideologie hineingeboren worden sind, und den Outsiders, die auf persönlichen Wegen zu ihr hingefunden haben. Die Suggestivkraft der Ideologien wird weiterhin dadurch gesteigert, daß sie nicht nur theoretische Lehrsysteme sind, sondern zugleich vollständige geistige Apparaturen mit eingestimmten Gefühls- und Verhaltensreaktionen, mit festgelegten Selbpreisungen und Verdammungen. Wen und was (sogar wie) man zu hassen hat, ob man in bezug auf den Menschen ein Optimist oder ein Pessimist zu sein hat, wo die Ehrfurcht, wo die Verachtung, wo der Heldenmut und die Standhaftigkeit ihren würdigen Gegenstand zu suchen haben, für all das bietet die Ideologie das Kategoriensystem, oft die ausgearbeiteten Muster. Literatur, Theater, Kino und Bildkunst bringen Modelle heraus, die als Vorbilder gelten können, oder idealisieren sie so, daß sie wie ein Glanz über dem Dasein liegen: so könnte das Leben sein, so wäre es gewiß, wenn wir an die Macht kämen. Es ist auffällig, daß der ideale Mensch auf den Plakaten der verschiedensten Ideologien nahezu gleich aussieht; immer der Mann mit dem aufwärtsgerichteten Blick und der geballten Faust, immer das Mädchen mit dem gläubigen Auge“¹³⁾.

Dieser Haltung entspricht es, daß viele Funktionäre in ihren Zusammenkünften „gegenwartspolitische, sensationelle und sentimentale Themen“ bevorzugen¹⁴⁾. Sultan nennt den Funktionär etwas skeptisch, aber nicht ohne Wohlwollen einen „unbezahlten Freizeitarbeiter“¹⁵⁾. Eben diese Tatsache, daß der ehrenamtliche Mitarbeiter nicht bezahlt wird, erhöht seine Aufnahmebereitschaft für prestigemäßige Entschädigungen, die wiederum zur Geschlossenheit und Festigkeit des Funktionärskörpers beitragen. Der ehrenamtliche Mitarbeiter bezieht im Regelfall seine Bestätigung in den Parteien nicht aus Besitz, Bildung oder beruflichem Können, sondern aus seiner Rangstufe in der Prestigehierarchie der Parteien. Darin unterscheidet er sich grundlegend von den Honoratioren, die die Politik bürgerlicher Parteien im 19. Jahrhundert mitbestimmt haben.

¹¹⁾ Werner Weber: „Welmarer Verfassung und Bonner Grundgesetz“, 1946, S. 18.

¹²⁾ „Parteibürokratie und Parteidemokratie“, a. a. O., S. 505 ff.

¹³⁾ „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“, Stuttgart 1853, S. 143.

¹⁴⁾ Michels a. a. O., S. 51.

¹⁵⁾ „Bürokratie und politische Machtbildung“, a. a. O., S. 7 ff.

Dennoch sind die ehrenamtlichen Mitarbeiter von großem Gewicht für das Leben der Parteien. Maurice Duverger meint dazu, daß in den modernen Massenparteien um so weniger Demokratie herrsche, je näher man an die Basis, also an die Parteibürger herankomme¹⁶⁾. Er schreibt: „Es ist völlig außergewöhnlich, daß die Mitglieder dieser Urgruppen nicht den Kandidaten als Führer nominieren, den man ihnen vorschlägt. Die Schwierigkeit, sich zusammenzutun, um den Erfolg einer eventuellen Opposition zu sichern, der Mangel an Persönlichkeiten, die fähig sind, Opposition zu bilden, die Nichtbeteiligung der Mehrheit der Mitglieder an den Versammlungen erklären dieses Befolgen autokratischer Methoden“¹⁷⁾. Wenn es, meint Duverger, etwa auf Parteitag einmal zur Opposition gegen die Führung komme, dann sei das „mehr eine Sache des Kampfes um Einfluß zwischen mehreren Chefs, die alle autokratischer Herkunft sind, als eines demokratischen Widerstandes der Masse der Mitglieder“¹⁸⁾.

Die beiden Gruppen der Führung und der Funktionäre sind in sich pyramidenförmig, um mit Leibholz zu sprechen, aufgebaut. Das bedeutet nichts anderes, als daß die jeweils obere Gruppe dieser Schichten auf die nächst untere in oligarchischer Weise ihre Stellung zu befestigen und Einfluß zu nehmen sucht. Eine Demokratisierung der Meinungsbildung, der Auswahl der Führer und der Entscheidungen zeigt sich jeweils im wesentlichen innerhalb dieser Gruppen, bleibt aber meist auf sie beschränkt, so daß man von einer effektiven demokratischen Gestaltung des Parteilbens bei der untersten Gruppe der Parteibürger kaum noch sprechen kann. Die Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter verstärkt somit die Tendenzen zu einer Demokratisierung in ihrer Einwirkung auf die Parteiführungen und deren Bürokratie; gleichzeitig mindert diese Zwischenschicht die Demokratisierungsmöglichkeiten durch ihr Verhalten nach unten gegenüber den Parteibürgern.

Soweit man die Tendenz zur Bürokratisierung (mit der dadurch gegebenen Oligarchiebildung) und die Bereitschaft zu einer Demokratisierung des innerparteilichen Geschehens bei den oberen und unteren Funktionären miteinander vergleichen kann, geht es beiden Gruppen um die efficiency, wobei die Frage, ob diese Wirksamkeit demokratisch begründet werden kann oder oligarchisch erreicht werden muß, oft eine Sache der Zweckmäßigkeit zu werden scheint.

Diese Haltung ergibt sich keineswegs aus Herrschsucht oder Bequemlichkeit. Die Funktions- und Arbeitsteiligkeit unserer Gesellschaft hat es mit sich gebracht, daß auf der jeweils nächstunteren Ebene normalerweise ein geringeres Maß an Sachwissen erwartet werden muß, so daß sich eine Spannung zwischen den zu lösenden Sachaufgaben und der Kompetenz der für ihre Beurteilung und Entscheidung formal zuständigen Gremien ergeben kann. In diesem Tatbestand liegt zwar nur eine neben anderen Erklärungen für die Oligarchisierung, aber er deutet auf eine wesentliche Ursache hin. Eben weil die jeweils unteren Gruppen weniger geneigt sind, Sachargumenten den Vorzug vor emotionalen oder ideologischen Entscheidungen zu geben, greifen die um einiges sachverständigeren jeweils höheren Gremien zur Technik der Manipulation. Jede Gruppe innerhalb der Parteihierarchie ist somit zugleich Nutznießer und Opfer der Oligarchiebildung.

Die Einflußnahme auf die politische Willensbildung in den Parteien ist zu einer Frage der Stellung in ihrer Hierarchie geworden. Zum Aufstieg in diese Hierarchie gehören wiederum drei Voraussetzungen, über die nur sehr wenige Parteimitglieder verfügen: Sachkenntnis und Zeit, um sich der Politik widmen zu können, vor allem für den Übergang von der mittleren zur höheren Gruppe der Funktionäre kommt als dritter Faktor das „Dienstwissen“¹⁹⁾ hinzu.

¹⁶⁾ „Les Partis Politiques“, Paris 1954, S. 168.

¹⁷⁾ a. a. O., S. 169.

¹⁸⁾ a. a. O., S. 169.

¹⁹⁾ Max Weber a. a. O., S. 863.

Manche Beobachter fragen sich, warum verhältnismäßig vernünftige Menschen, die man auf den oberen Rängen der Parteitribünen zu sehen gewohnt ist, sich von Tagung zu Tagung laden lassen. Sie tun das nicht aus Neigung, sondern weil das bloße Dabeisein eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist, sich zu informieren und Einfluß auf Entscheidungen zu behalten. Wenn man nennenswerter als der Parteibürger an der effektiven Meinungsbildung teilhaben will, muß man sich in möglichst weitgehendem Maße der drei Faktoren Zeit, Sachkenntnis und Dienstwissen versichern. Wie viele Parteibürger, auch in der Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter, sind dazu in der Lage?

Die Wahrnehmung dieser Sachlage mag neben anderen Überlegungen O. Stammer dazu veranlaßt haben, die Gefahren der Oligarchiebildung in den Parteien vor allem dann als gegeben anzusehen, wenn die Funktionäre nicht funktionieren. Er bezeichnet diese Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter als „den unteren Rang der Führungshierarchie und den oberen Rang der Mitgliedschaft“²⁰⁾. Die Frage ist aber zu stellen, wie denn die Funktionäre besser funktionieren können als heute, wie sie im Sinne einer Demokratisierung der Parteien wirksam werden sollen. Schiffrin spricht von der notwendigen „Erweiterung der Massengrundlagen“²¹⁾ der Partei. Er würde vermutlich heute seinen zweiten Hinweis ebenso ernsthaft zur Diskussion stellen, die Gruppe der ehrenamtlichen Mitarbeiter zur regelrechten „Parteinstanz“²²⁾ zu machen, wenn das auch bei Lage der Dinge wahrscheinlich zunächst nur zu einer Legalisierung des bestehenden Zustandes führen würde.

Der ehrenamtliche Mitarbeiter wird von den Sachaufgaben der Politik, wenn auch in geringerem Grade als der Parteibürger, oft überfordert. Er hat andererseits ebenso wie die meisten Parteibürger ein ausgeprägtes demokratisches Selbstbewußtsein und zieht aus dem Widerspruch zwischen dem häufig begrenzten tatsächlichen Einfluß und seinem Wunsch danach die Folgerung, sich dann mit prestigemäßigen und ideologischen Surrogaten zu begnügen, ohne sich immer über diese Transformation seiner Parteisouveränität klar zu sein.

Die Stellung der Abgeordneten

Im Art. 38 GG wird zum Ausdruck gebracht, daß der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, an Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen verantwortlich sei. Leibholz hat demgegenüber festgestellt, daß unserem Parteienstaat eigentlich das imperative Mandat entspreche²³⁾. Der Abgeordnete, sagt er, sei Teil seiner Partei, aber nichtsdestoweniger müsse der im Art. 38 zum Ausdruck gebrachte repräsentative Parlamentarismus harmonisch mit der Massendemokratie und ihren Parteien verbunden werden²⁴⁾.

Wie ist nun aber die Stellung der Abgeordneten und der Fraktionen innerhalb des Parteifüßes? Die personelle Verzahnung von Partei- und Fraktionsführungen ist so eng, daß hier ein Unterschied wesentlicher Art kaum noch gesehen werden kann. (Der 38. Deutsche Juristentag hat sich, was in diesem Zusammenhang interessant ist, einstimmig dagegen ausgesprochen, die Unvereinbarkeit von Parteiamt und Mandat zu fordern²⁵⁾.) Mit Einschränkung und bei Berücksichtigung der Wechselwirkung kann man R. Wildenmann folgen, der die Fraktionen insoweit als Orte der politischen Entscheidungen in den Parlamenten gelten läßt, „als sie Teil des Parteiführungsstabes sind und die dort gefällten Entscheidungen nicht im Widerspruch zur Willensbildung des gesamten Parteiführungsstabes stehen“²⁶⁾. Parteiführungen und Fraktionen gleichen einander in ihrer Zusammen-

²⁰⁾ „Politische Soziologie“ in Gehlen-Schelsky: „Soziologie“, Düsseldorf 1955, S. 281.

²¹⁾ „Parteibürokratie und Parteidemokratie“, a. a. O., S. 505 ff.

²²⁾ ebd.

²³⁾ „Verfassungsrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien“, a. a. O., S. 3 ff.

²⁴⁾ „Der Parteienstaat des Bonner Grundgesetzes“, in „Recht, Staat und Wirtschaft“, Düsseldorf 1951, S. 163.

²⁵⁾ „Verfassungsrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien“, a. a. O., S. 86.

²⁶⁾ „Partei und Fraktion“, Meisenheim u. G., 1954, S. 28.

setzung über bestehende personelle Verbindungen hinaus in einem wesentlichen Merkmal: Ihre Angehörigen sind überwiegend Berufspolitiker, d. h. „das Schergewicht ihrer gesamten Tätigkeit liegt zeitlich und ökonomisch im Politischen“²⁷⁾. Obwohl viele qualifizierte Angehörige des Parlaments nicht für dauernd als Abgeordnete tätig sind, sondern das Parlament seiner Machtlosigkeit gegenüber der Exekutive wegen als Durchgangsstation werten, ist es für manche Abgeordnete eine „reale und wirksame Arbeitsschule“²⁸⁾. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß auch die Tätigkeit im Parlament die Tendenz zum Berufspolitiker verstärkt. Dem entspricht das Gewicht, das die Parteien bei der Auswahl ihrer Kandidaten für die Parlamente den einzelnen Gruppen der Fraktionshierarchie beimessen.

Die Auswahl der Kandidaten läßt das Spannungsverhältnis, das zwischen den Parteiführungen und ihrer Bürokratie, der Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter und den Parteibürgern besteht, in besonderer Weise sichtbar werden. Der Abg. Reif hat darauf aufmerksam gemacht, daß gewichtige Gründe für ein Mitspracherecht der Parteiführungen bei der Auswahl der Kandidaten sprechen und daß man nach einer Lösung suchen müsse, „die diese nationalpolitischen Belange mit den vernünftigen lokalen Wünschen abzustimmen“²⁹⁾ ermögliche. Das ist um so schwieriger, je mehr sich der Zwang, Berufspolitiker zu werden, für die Mehrheit der Abgeordneten dahingehend auswirkt, aus ihrer Delegation ein „moralisches Recht“ auf diese Delegation zu entwickeln und sie schließlich „als ihr Eigentum zu betrachten“³⁰⁾.

Fragt man nun, in welcher Weise und ob überhaupt die Abgeordneten zu einer Demokratisierung der Partei, von der sie für die Kandidatur benannt worden sind, beitragen können, so ergeben sich einige Möglichkeiten. Die Zusammensetzung der Parlamente in beruflicher und soziologischer Hinsicht zeigt, daß heute vorwiegend hauptamtliche Funktionäre, Beamte und Angehörige freier Berufe als Abgeordnete darin tätig sind. Eben diese Gruppen verfügen über die Voraussetzungen, die in anderen Berufen oder sozialen Schichten nicht so weitgehend gegeben sind: Zeit, Sachkenntnis und allmählich auch Dienstwissen. Sachkenntnis zu erwerben, hängt dabei von der verfügbaren Zeit ab, und das ist wiederum eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Der Verfassungskonvent in Herrenchiemsee hatte diesen Zusammenhang offenbar erkannt, als er einen Artikel 19 für das Grundgesetz vorschlug, demzufolge jeder Arbeitnehmer die zur Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Rechte nötige freie Zeit erhalten sollte³¹⁾. Der Parlamentarische Rat hat aus nicht ersichtlichen Gründen diesen Vorschlag verworfen, aber er hat seine Aktualität deshalb keineswegs verloren.

Die arbeitsteilige Gliederung der parlamentarischen Arbeit führt auch in den Fraktionen zur Verstärkung oligarchischer Tendenzen. Diese Tendenzen sind daneben eine Folge sowohl des unterschiedlichen organisationspolitischen Einflusses der Angehörigen des Parlaments auf die Parteien als auch des verschiedenen Grades an Sachkenntnis. Die Parlamentsfraktionen treten also als eine vierte Gruppe neben die Parteiführungen und ihre Bürokratie, die Schicht der ehrenamtlichen Mitarbeiter und die Parteibürger. Dabei verfügen die Abgeordneten über sehr viel günstigere Voraussetzungen als die ehrenamtlichen Mitarbeiter, sich die für eine Lockerung der Oligarchisierung unerläßlichen Bedingungen zu schaffen. Der Aufbau der eigenen Expertengruppen und die soziologische und berufliche Auflockerung in der Zusammensetzung der Fraktionen könnten hier zwei Hebel sein, die man zugunsten einer Demokratisierung der Willensbildung in den Parteien ansetzen vermöchte.

²⁷⁾ Dolf Sternberger a. a. O.

²⁸⁾ Max Weber a. a. O., S. 853/856.

²⁹⁾ „Verfassungsgeschichtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien“, a. a. O., S. 35.

³⁰⁾ R. Michels a. a. O., S. 45.

³¹⁾ „Jahrbuch des Öffentlichen Rechts“, NF, Bd. 1, S. 290 ff.

Mobilität und Stabilität

Die einer Mobilität des Parteibürgers entgegenstehenden Faktoren deuten darauf hin, daß es nicht genügen würde, seinen Aktionsradius im ideologischen Raum zu erweitern oder zu stabilisieren. Die Chance zu einer größeren Beweglichkeit des aktiven Parteibürgers ist vielmehr abhängig davon, ob sich seine Mobilität stützen kann auf ein differenziertes Vermögen, Sachprobleme der modernen Gesellschaft zu verstehen und sie politisch zu bewältigen. Eine in diesem Sinn für eine größere Zahl von Parteibürgern gegebene Beweglichkeit muß sich damit zwangsläufig einen Verzicht auf ideologische Formeln zum Ziel setzen.

Eine an Sachfragen und Sachkönnen orientierte Mobilität könnte den Pluralismus der Gruppen in den Parteien ergänzen und die Gleichheit als eine Grundforderung der Demokratie deutlicher sichtbar werden lassen als heute. Der Funktionär wäre dann nicht mehr das ideologisch und emotional beladene Vehikel, sondern er könnte in unterschiedlichem Grade dazu beitragen, in den Parteien so etwas wie eine Funktionselite zu bilden. In dieser Funktionselite die von Gehlen geforderte Verhaltenssicherheit und eine geistige Individualität zu bewahren, wäre um so eher möglich, je weitgehender sich die Parteibürger und die Funktionäre der zu lösenden Sachaufgaben in der Politik annähmen.

Die soziale Beweglichkeit wird ein Wesenszug dieser demokratischen Elite sein müssen²²⁾, und das hängt wiederum ab von einer „bestimmten allgemeinen Bildung, einem bestimmten Lebensstandard, einer bestimmten sozialen Gleichstellung und einem bestimmten politischen Gleichgewicht“²³⁾. In einer zur Gleichheit der Startchancen tendierenden Gesellschaft wie der unseren gewinnen diese Voraussetzungen an Realitätsgehalt.

Einer Bedrohung der Freiheit in den Parteien läßt sich nur durch einen institutionell gesicherten Pluralismus und eine damit gegebene Konkurrenz verschiedener Machsträger begegnen. O. Stammer stellt dazu mit Recht fest, daß der Bestand der Demokratie in der „organisierten Großgesellschaft“ ein „System differenzierter Gruppenfilter“ voraussetzt²⁴⁾. Entscheidend für die innerparteiliche Demokratie bleibt somit der Pluralismus der in den Parteien wirksamen Gruppen, Institutionen und Personen. Unter bestimmten Voraussetzungen wird man sogar der Meinung sein dürfen, daß sich politische Bürokratien als Hilfsmittel für alle um die Beeinflussung der Willensbildung ringenden Gruppen und Personen als notwendig erweisen können. Kommt es zu nur einer bürokratischen Ausformung der Parteiführungen, dann ist die oligarchische Beherrschung der Parteibürger, der ehrenamtlichen Mitarbeiter und der Experten nahezu sicher. Diese Gruppen können einer solchen Beherrschung nur dadurch entgehen, daß sie sich ihrerseits der Hilfe bürokratischer Instanzen versichern.

Die bestehenden „Spannungen zu stabilisieren“²⁵⁾, wird damit zu einer Notwendigkeit, gerade wenn man die Mobilität als einen Ausdruck der Gleichheit der Staatsbürger in und durch Institutionen wie die politischen Parteien anstrebt und sie realer gestalten will. Der komplizierte Mechanismus der arbeitsteiligen Massengesellschaft bedarf zu seiner Steuerung der Institutionen und damit der Parteien, um überhaupt intakt zu bleiben. Diesen Mechanismus in Gang zu halten, ist an sich mit totalitären Mitteln ebenso möglich wie auf demokratische Weise. Freiheit und Gleichheit lassen sich jedoch auf die Dauer den Menschen nicht vorenthalten. Daß sie sich diese Werte in ihrem Alltag bewahren können und zugleich ihre gesellschaftliche Organisation bewältigen, ist das Grundproblem eines demokratischen Gemeinwesens in unserem Jahrhundert. Es stellt sich auch der Sozialdemokratie in ihrer inneren Ordnung.

²²⁾ O. Stammer a. a. O., S. 305.

²³⁾ M. Duverger a. a. O., S. 485.

²⁴⁾ „Politische Soziologie“, a. a. O., S. 305 f.

²⁵⁾ A. Gehlen: „Urmensch und Spätkultur“, a. a. O., S. 88.

AUFGABEN UND GRENZEN EINES PARTEIENGESETZES

Ein Gesetz sollte der Staat nur machen, wenn alle anderen Mittel, seine Bürger zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen, versagt haben. Das Gesetz ist ultima ratio. Würden die Menschen im Straßenverkehr instinktiv das richtige tun, der Staat könnte auf Führerscheine und auf die Straßenverkehrsordnung verzichten. Nicht auf allen Gebieten hat sich unser Staat seit 1949 an diesen Grundsatz gehalten: rund tausend Gesetze in acht Jahren, darunter manches, das besser unterblieben wäre, aber kein Gesetz über die Parteien, obwohl ein solches in Artikel 21 des Grundgesetzes vorgeschrieben ist. Zweierlei verlangt dieser Artikel von den Parteien: ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen, und über die Herkunft ihrer Mittel muß öffentlich Rechenschaft gelegt werden. Niemand hätte freilich die Parteien daran gehindert, diesem Befehl des Grundgesetzes auch ohne Ausführungsgesetz zu Artikel 21 nachzukommen, so wie es die SPD tat, die regelmäßig auf ihren Parteitage der Öffentlichkeit Einblick in ihre Finanzen gibt. Es ist an der Zeit, daß die öffentliche Meinung ihren fast neun-jährigen Langmut aufgibt und vom dritten Bundestag das Parteiengesetz fordert. Die Materie ist für den Gesetzgeber neu. Er wird gut daran tun, so wenig orthodox wie möglich voranzugehen. Das Gesetz soll Mißständen entgegenzutreten, die auf andere Weise nicht abzustellen sind, mehr nicht. Je komplizierter und umfassender ein solches Gesetz ist, um so schwieriger wird seine Anwendung, um so weniger lassen sich Verstöße erkennen.

Was ist eine Partei?

Schon die Frage nach der Definition dessen, was wir eine Partei nennen, kann auf den Weg des Perfektionismus führen. Allen bisher versuchten Begriffsbestimmungen ist gemeinsam, daß in ihnen Begriffe und Umschreibungen vorkommen, die dehnbar sind und die man besser der Gesetzessprache fernhalten sollte. Das Gutachten der vom Bundesminister des Innern eingesetzten, aus siebzehn Professoren bestehenden Parteienrechtskommission¹⁾ versucht es mit folgender Umschreibung: „Die Vorschriften dieses Gesetzes finden Anwendung auf organisierte politische Vereinigungen, die sich in der Absicht länger dauernder Tätigkeit zum Ziele setzen, unmittelbar auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluß zu nehmen, und die dieses Ziel durch Beteiligung an den Wahlen zum Bundestag oder zu den Vertretungskörperschaften der Länder zu verfolgen bereit sind.“ Hierin liegt bereits ein Verzicht auf die umfassende Darstellung dessen, was eine Partei ist. Aus einer Vielzahl von Gebilden werden jene herausgegriffen, von denen mit Recht zu vermuten ist, daß sie die politisch relevanten sind. Aber was ist „Absicht länger dauernder Tätigkeit?“ Die Spanne, während der eine Partei tätig werden will, reicht von dem Zukunftsbild einer umgewandelten Gesellschaft (Erfurter Programm) bis zu den Tagesfragen einer Legislaturperiode

¹⁾ „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt/M. und Berlin, 1957.

²⁾ s. a. O. S. 134.

(Notgemeinschaft für den Frieden Europas, später: Gesamtdeutsche Volkspartei). Was also ist eine „länger dauernde Tätigkeit?“ Eine Behörde — und solche müssen schließlich Gesetze anwenden und Verstöße ahnden — kann damit nichts anfangen. Jeder politischen Vereinigung wird man unterstellen dürfen, sie wünsche ihre Organisation lieber länger als kürzer aufrechtzuerhalten. Dafür sorgt schon das Beharrungsvermögen ihrer Funktionäre. Verschwinden die ursprünglichen Aufgaben, dann sucht sich die Organisation neue. Kriegsofferverbände füllen ihre Reihen mit zivilen Rentnern und Invaliden auf, eine Vertriebenenpartei versucht, durch Umbenennung in „Gesamtdeutscher Block“ Anschluß an neue Ziele zu bekommen.

Es kann für eine Partei nur ein Kriterium geben: Beteiligung an Wahlen zu Funktionen in Gebietskörperschaften auf jeder Ebene. Das Gutachten der Parteienrechtskommission schreckt davor zurück, kommunalen Wählervereinigungen („Rathausparteien“) den Parteienstatus zuzuerkennen; es meint, den Akt „politischer Willensbildung des Volkes“ auf die Parlamente des Bundes und der Länder beschränken zu können⁴⁾. Bemühen wir uns, hier das Grundsätzliche von dem gesetzgeberisch Zweckmäßigen zu trennen. Grundsätzlich kann ich der Feststellung der Kommission „In Gemeinden und Gemeindeverbänden findet keine politische Willensbildung des Volkes“ im Sinne des Art. 21 GG statt“ nicht zustimmen. Es spricht einfach die tägliche Praxis dagegen. Kommunale Wahlkämpfe werden heute — leider — mit den Argumenten der Bundespolitik geführt. In Groß- und Kleinstädten bemühen sich die Parteien um ihre Prominenten aus dem Bundestag, statt auf den Wahlversammlungen die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlungen herauszustellen. Es fällt schwer, sie deswegen zu tadeln, denn tatsächlich erwartet der Wähler von ihnen diese Verschlebung der politischen Bühnen. Auch die parteifreie Wählergemeinschaft kann angesichts der Konkurrenz nicht umhin, einige Worte zur Preispolitik schlechthin zu sagen, statt sich auf die Tarifpolitik der Stadtwerke zu beschränken. Die Ergebnisse der Gemeindewahlen werden von allen Parteivorständen (siehe Herbst 1956) im Sinne des pro oder contra der jeweiligen Bonner Regierungspolitik ausgelegt. Sind die Wahlen vorüber, werden in den Rathäusern Koalitionen gebildet, bei denen häufig Bonn oder die jeweilige Landeshauptstadt das Vorbild abgeben. Auch die föderative Gliederung unseres Bundesgebiets macht die Trennung zwischen Stadtgemeinde und Land schwer. Eine Wählervereinigung für die Bremische Bürgerschaft (Einwohnerzahl: 635 000) wirkt an der politischen Willensbildung mit, eine ähnliche Gruppe für den Münchener Stadtrat (Einwohnerzahl: 1 000 000) dagegen nicht? Gewiß, Bremen sendet drei Vertreter in den Bundesrat, aber interessiert das den Bürger bei der Stimmabgabe? Die Hansestadt Lübeck, im Reich von 1919 ein Land mit Stimme im Reichsrat, ist heute nur noch kreisfreie Stadt. Der Hanseatische Volksbund war im Lande Lübeck 1929 zweitstärkste Partei. Unterstellt man, es gäbe ihn heute noch, hätte er dann seine Parteieigenschaft verloren, weil Lübeck nicht mehr Land ist?

Man mag das mit dem Hinweis auf die staatsrechtliche Wandlung bejahren, dennoch wird eine solche Betrachtungsweise der sozialen Wirklichkeit und der Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte nicht gerecht. Schließlich ist denkbar, daß sich Gesinnungsfreunde einer etwa in Westfalen bodenständigen Partei auch in Hessen zusammenfinden, um dort eine Landesorganisation auf die Beine zu stellen. Weil es am Anfang immer nur wenige sind, kandidieren sie zunächst einmal für die Gemeindewahl des Ortes, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Ist das dann eine kommunale Wählergemeinschaft oder eine Partei? Es stünde dem Gesetzgeber frei, den Parteienbegriff in der umfassenden Form (Kriterium: wahlwerbend) zu verwenden; er würde nur so jeder Kritik standhalten, — aber die Handhabung des Gesetzes würde erschwert. Es kann darüber hinaus auch nicht im Interesse eines gut funktionierenden Staates liegen, jeder beliebigen Gruppe den

⁴⁾ a. a. O. S. 135 f.

Schutz des zweiten Absatzes von Artikel 21⁴⁾ zu gewähren. Es ist nicht einzusehen, warum das Parteiengesetz nicht den Weg beschreiten könnte, den die Gutachterkommission gezeigt hat: diejenigen Parteien bestimmten Regeln zu unterwerfen, die sich an den Wahlen zu den Volksvertretungen des Bundes und der Länder beteiligen. Um das Problem der Legaldefinition käme man auf diese Weise herum. Es besteht kein unabweisbares Bedürfnis, die Finanzen der lokalen Parteiorganisationen, die den Kommunalwahlkampf führen, unter öffentliche Kontrolle zu bringen. Zudem würde es schwerfallen, bei 24 000 Gemeinden im Bundesgebiet einen Überblick zu behalten.

Eine letzte Möglichkeit klarzustellen, was eine Partei ist und was nicht, gibt es wohl seit der Veröffentlichung des Parteienrechtsgutachtens nicht mehr: die der Registrierung mit rechtsbegründender Wirkung. Verschiedene Entwürfe eines Parteiengesetzes, so der der bayerischen Landtagsfraktion der SPD vom 9. Januar 1950, wollten auf dem Wege über eine Registrierung bei einem obersten Gerichtshof diesem die Entscheidung über die Parteieigenschaft überlassen. Die Gutachter haben jedoch unmißverständlich festgestellt, daß dieses Verfahren grundgesetzwidrig wäre, weil die Gründung von Parteien nach Artikel 21 Absatz 1 frei ist und „jede Vereinigung, die den Merkmalen des Parteibegriffs entspricht, bereits kraft grundgesetzlicher Normierung Partei ist“⁵⁾. Eine solche Abdrosselung politischer Bewegungen, die man mit der Registrierungspflicht erzielen könnte, kann auch in einer Demokratie, die zum Zwei-Parteien-System tendiert, nicht willkommen sein. Die Hand an staatsbürgerliche Freiheiten legen — und dazu gehört das Recht, auch eine Splitterpartei zu gründen — bedeutet, die Poren für eine in der Demokratie notwendige Transpiration zu verstopfen. Jedem demokratisch denkenden Menschen muß die Vorstellung unerträglich sein, wie beamtete Staatsdiener, und seien es Richter, Programme neuer Parteien nach Gemeinnutzen, Ernsthaftigkeit oder praktischer Durchführbarkeit prüfen und davon vielleicht die Registrierung abhängig machen. Jeder Bürger hat das Recht der Meinungsäußerung, die auch das Recht einschließt, sich öffentlich mit seinen Ideen zu blamieren. Abstruse politische Ideen bekämpft man nicht mit dem Verbot oder mit der Lizenzverweigerung, sondern durch den Appell an die Vernunft des Wählers.

Innere Ordnung und demokratische Grundsätze

Der Gesetzgeber sollte sich getrost auf diejenigen Parteien beschränken, die sich an den Wahlen zu den Parlamenten von Bund und Ländern beteiligen. Wie ist es um deren „innere Ordnung“ bestellt? Entspricht sie demokratischen Grundsätzen? An dieser Stelle ist die Versuchung am größten, einem Hang zum Perfektionismus nachzugeben. Parteireformer könnten versucht sein, auf dem Wege über Rahmenbestimmungen in einem Parteiengesetz ihre Partei zu den Satzungsänderungen zu zwingen, für die sonst kaum eine Mehrheit zu gewinnen ist. In den Satzungen aller großen Parteien gibt es Bestimmungen, die nicht unbedingt als Muster einer demokratischen Parteistruktur anzusehen sind. Man kann sehr darüber streiten, ob es demokratischen Grundsätzen entspricht, wenn der Parteitag der CDU von 41 Mitgliedern des Bundesvorstandes nur fünf zu wählen hat. Auf Parteitagen der SPD ist es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten darüber gekommen, ob es gerechtfertigt ist, dem von den 300 Delegierten gewählten dreißigköpfigen Parteivorstand Sitz und Stimme im Parteitag zu geben, praktisch also eine Kooptation von Parteitagsdelegierten vorzunehmen. Für eine Organisation, die sich im übrigen weitgehend an das Vereinsrecht des BGB anlehnt, ist es auch fragwürdig, die Repräsentanz der Mitglieder auf den Vertreterversammlungen nach der Zahl der bei öffentlichen Wahlen gewonnenen Stimmen zu kontingentieren, unbeschadet der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder. Das aber ist der Delegiertenschlüssel

⁴⁾ Verbot nur durch das Bundeverfassungsgericht.

⁵⁾ „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“, a. a. O. S. 142.

für die Vertretung der Landesverbände auf den Parteitag von CDU, FDP und GB/BHE. Wer tiefer in die innere Organisation einer Partei eindringt, wird vieles finden, was zu beanstanden wäre. Aber hat das Sinn?

Das Bundeswahlgesetz (auch verschiedene Wahlgesetze der Länder) regelt im übrigen auf diesem Gebiet bereits das Wesentliche. Schon das Bundeswahlgesetz für 1953 enthielt sehr eingehende Vorschriften über die Kandidatenaufstellungen, die für 1957 noch weiter verfeinert wurden. Sämtliche Kandidaten sind nach diesen Bestimmungen ausschließlich durch Delegierten- oder Mitgliederversammlungen aufzustellen; es ist also formal ausgeschlossen und praktisch erschwert, daß irgend ein Vorstand seine Macht mißbraucht und von sich aus bestimmt, wer zum Bundestag kandidiert. Da es eine Bundesliste nach unserem Wahlrecht nicht gibt, sind die Parteivorstände auf der Bundesebene in Fragen der Kandidatenaufstellung für den Bundestag so gut wie entmacht. Fest steht, daß diese Vorschriften des Bundeswahlgesetzes den örtlichen Parteiorganisationen nicht wenig Kopfschmerzen bereitet haben. Es hat in mancher Partei Schwierigkeiten gegeben, die Parteisatzung dem Wahlgesetz anzupassen. Bei der Einreichung der Wahlvorschläge mußte auf viel Papier nachgewiesen werden, daß die Weisungen des Wahlgesetzes eingehalten worden waren.

Immerhin hat sich hier gezeigt, wie groß die Gefahr der Interventionen von außen für die Parteien ist, wenn erst einmal ein Anfang gemacht ist. So fordert das Wahlgesetz die Kandidatenaufstellung durch Mitglieder- oder „Vertreter“-Versammlungen. In den Vorbesprechungen über die Bundeswahlordnung verlangte das Bundesinnenministerium von den Parteien „chemisch reine“ Delegiertenversammlungen, denen neben den „gekorenen“ keine „geborenen“ Mitglieder angehören dürften. Es mag noch angehen, diese Auslegungsfragen mit den Beamten eines Ministeriums zu erörtern. Es geht jedoch nicht an, wenn die Parteien von der Exekutive Weisungen hinzunehmen hätten, nach denen sie ihre innere Struktur gestalten müßten. Der Beschränktheit und dem Ubelwillen subalternen Verwaltungsangehöriger wäre Tür und Tor geöffnet, wenn etwa ein Parteiengesetz statutarische Vorschriften für die Parteiorganisationen auf der Ortsebene brächte und deren Einhaltung dann von Stadtobersekretären kontrolliert würde. Darum sollte es das Parteiengesetz vielleicht dabei bewenden lassen, ganz allgemein die Wahl sämtlicher Funktionäre vorzuschreiben, um die in autoritären Parteien beliebte Einsetzung von Amtsträgern zu verhindern. Vielleicht ist es weiter ratsam, den Mitgliedern von Parteien durch das Gesetz einen gewissen Schutz vor Willkür ihrer Vorstände zu geben — durch eine allgemein gehaltene Vorschrift, die einen Ausschluß nur unter Angabe von Gründen und nach einer satzungsmäßig festzulegenden Prozedur gestattet.

Die Parteienfinanzierung

Die entscheidende Frage für unser ganzes innerpolitisches Gefüge ist die Finanzierung der Parteien. Das Parteiengesetz wird sich mit seinem Schwergewicht dieser Frage widmen müssen, da die Zustände hier unhaltbar geworden sind. Der Ruf nach dem Gesetzgeber bleibt die einzige Möglichkeit, eine Lage herzustellen, die einstmals allen Parteien vorschwebte, die das Grundgesetz verabschiedeten. Das völlige Dunkel um die Parteikasse verletzt zudem auf die Dauer auch die innere demokratische Ordnung einer Partei, wenn nicht einmal die Parteitage-delegierten, geschweige die Zehn- oder Hunderttausende von Mitgliedern eine Ahnung über die Größe des Vermögens ihrer Partei haben. Das Parteiengesetz hätte einen jährlichen Kassenbericht von jeder Partei zu verlangen, der in gebührender Form veröffentlicht werden müßte. Eine Beschränkung dieser Publizitätspflicht auf diejenigen Parteien und Wählergemeinschaften, die Kandidaten zum Bundestag und zu den Landtagen aufstellen, würde der Übersichtlichkeit zugute kommen, denn diese würden 95 v. H. aller politischen Kräfte repräsentieren. Von diesen Kräften wäre der entscheidende Teil durch die Parteien vertreten, die

zum Bundestag kandidieren. Sie müßten einen Bericht über die Gesamtorganisation mit der Bundesgeschäftsstelle an der Spitze geben. Die Einnahmen wären nach Herkunftsgruppen zu gliedern. Das Parteienrechtsgutachten schlägt dazu vor¹⁾: Mitgliedsbeiträge mit Angabe der Mitgliederzahl und der Beitragsstufen, Sammlungen, Veranstaltungen, Publikationen, Spenden von Mitgliedern sowie von Nichtmitgliedern, Sach- und Dienstleistungen, Darlehen, Vermögenserträge und Fraktionsbeiträge. Diese Aufzählung erscheint erschöpfend.

Zu fragen ist aber, wie Umgehungen des Gesetzes verhindert werden können. Zunächst ist eine Vorschrift erforderlich, die die Lücke schließt, die sich durch die föderative Gliederung der meisten Parteien zu öffnen anbietet. Es könnte nämlich geschehen, daß sich im Kassenbericht einer Partei der Posten „Überweisungen der Landesverbände ... 20 Millionen DM“ findet. In den Kassenberichten der Landesverbände (die diese analog zu geben hätten, weil sie zum Landtag kandidieren) könnte es dann weitergehen mit „Überweisungen der Kreisverbände“ usw. bis hinunter in die letzte Parteigliederung von 20 oder 30 Mitgliedern. Kein Mensch könnte sich ein Bild über die Finanzen z. B. der SPD machen, wenn er die 7000 Berichte der Ortsvereine nachprüfen müßte. Dabei hätte sicher manche Parteizentrale Schwierigkeiten, von ihren Untergliederungen wahrheitsgetreue Angaben zu erhalten. Andererseits aber liegt auch in der am weitestgehenden föderalistischen Partei das finanzielle Schwergewicht bei der Führung eines Bundestagswahlkampfes in der Zentrale. Die Mittel der modernen Werbung wie Film, Fernsehen, Rundfunk und public-relations-Anzeigen verlangen im Interesse eines größtmöglichen Nutzeffekts eine zentrale Gestaltung. Diese Medien der Werbung indessen verschlingen den weitaus größten Teil eines Wahlkampfetats; die vielfach von den örtlichen Organisationen zu tragenden Kosten für Versammlungssäle und Handzettel treten dahinter zurück. Der Löwenanteil muß also im Bereich des Bundesvorstandes ans Licht kommen. Beim Posten „Mitgliedsbeiträge“ ist die Nennung der Mitgliederzahl unerlässlich. Nur so läßt sich feststellen, ob unter diesen Posten Spenden eingeschmuggelt worden sind. Da der durchschnittliche Beitrag eines Parteimitgliedes nicht über vier Mark liegt, kann dieser Posten schon mit einer überschlägigen Rechnung auf seinen Wahrheitsgehalt überprüft werden.

Das heikelste Kapitel sind zweifellos die „Spenden“. Gewiß ist es aufschlußreich, einem Kassenbericht zu entnehmen, daß eine Partei zu 90 v. H. aus Spenden und nur zu knappen 10 v. H. aus Beiträgen ihrer Mitglieder finanziert wird. Aber die Forderung des Grundgesetzes nach Offenlegung der Herkunft der Mittel ist solange nicht erfüllt, wie nicht der Name des Spenders genannt wird. Man wird eine Grenze setzen müssen, oberhalb deren der Name des Spenders im Kassenbericht genannt werden muß. Die höchsten Mitgliedsbeiträge hat die SPD mit der obersten Stufe von 432 DM im Jahr als Mindest-Pflichtbeitrag. Bei CDU und FDP sind die Pflichtsätze niedriger als in der SPD. Man könnte daran denken, etwa den zehnfachen Betrag des höchsten Pflichtbeitrages einer Partei, in unserem Falle also 5000 DM, als die Grenze anzusetzen, von der ab der Name erwähnt werden muß. Diese Bestimmung wäre anzuwenden bei den Spenden, die an eine Landesorganisation einer Partei oder Parteiverbände unterhalb dieser Ebene gezahlt werden. Da nach der hier dargelegten Konzeption Kreis- und Ortsverbände nicht berichtspflichtig sind, sollten sie es in dem Augenblick werden, in dem sie von jemandem Spenden in dieser Höhe erhalten. Die Erfahrung spricht nicht dafür, daß damit in erwähnenswerter Zahl zu rechnen wäre. Wer Geld in dieser Höhe politisch anlegen will, tut das der Effektivität wegen mindestens bei einem Landesverband. Aber es wäre Versuchen ein Riegel vorgeschoben, Beiträge in Millionenhöhe zu stückeln und sie an örtliche Parteigliederungen zu zahlen mit der Auflage, sie von dort, geschickt getarnt, als normale Beitragseinnahmen wieder nach oben wandern zu lassen. Das wäre ein eindeutiger Verstoß

¹⁾ J. a. a. O. S. 206.

gegen das Gesetz, bei dem man sich kaum dem Wohlwollen einiger hundert Mitwisser würde aussetzen mögen. — Oder die lokalen Organisationen könnten, wie das nicht selten der Fall ist, die Idee haben, das Geld sei in ihren Händen besser angelegt als beim Bundesvorstand, sie würden jetzt die Propaganda in die Hände nehmen. Was könnten Spender und Bundesvorstand anders tun, als betreten zuzusehen? Vertragsstrafen oder andere Zwangsmittel wären unwirksam angesichts der Tatsache, daß der Befehl der Zentrale als gesetzwidrig und damit nichtig angesehen würde, die „Obrigkeit“ der Partei zudem mindestens in schlechten Ruf käme, je nachdem, welche Strafbestimmungen das Gesetz enthielte. Und schließlich müßte auch der Spender vor diesem Hintertreppenweg zurückschrecken, denn Bank- und andere Verwaltungsspesen würden sich bemerkbar machen, und es gäbe für ihn keinen Schutz gegen Unterschlagungen.

Bei Spenden an die Zentrale der Partei könnte man die Grenze auf das Doppelte erhöhen, auf 10 000 DM. Sie wäre immer noch niedrig genug, horizontale Umwege zu inhibieren, das Geld also von mehreren Freunden einzahlen zu lassen. Erfahrungsgemäß wären in den Berichten der zentralen Parteivorstände kaum noch Einzelpersonen als Spender zu erwarten. Selbstverständlich müßten auch Verbände, Wirtschaftsorganisationen und Interessengruppen genannt werden, am besten mit Hinzufügung der Namen ihrer Vorstandsmitglieder, damit die Öffentlichkeit ein Bild über den Charakter der sich vielfach recht farblos tarnenden Vereinigungen bekommt. Zu versuchen, Verbänden die Hergabe von Spenden an Parteien zu verbieten, dürfte aussichtslos sein. Niemand kann z. B. die Mitglieder einer Bauernorganisation daran hindern, einen agrarfreundlichen Bundestagskandidaten durch unentgeltliche Dienstleistungen, wie das Verteilen von Flugzetteln, zu unterstützen. Das aber unterscheidet sich in nichts von einer Geldspende aus der Verbandskasse. Darum scheint mir auch der Weg nach angelsächsischem Muster, Spenden gesetzlich überhaupt zu begrenzen, nicht gangbar, ganz abgesehen davon, daß er bei der gegenwärtigen Machtkonstellation im Bundestag nicht die geringste Chance der Verwirklichung hätte. Entscheidend ist vor allem, daß eine Begrenzung der Wahlkosten nur beim reinen Mehrheitswahlrecht funktioniert. Die Wirtschaftsverbände ihrerseits zu einer Offenlegung der Finanzen zu zwingen, sprengt den Auftrag des Artikels 21.

Gegen die Vorschrift, den Namen des Spenders zu nennen, werden die Widerstände am stärksten sein. Innerhalb der Parteienrechtskommission wurde die Ansicht vertreten, daß sich aus der Pflicht zur Namensnennung für bestimmte Parteien Wirkungen ergäben, die die Finanzierung dieser Parteien beeinträchtigten. Weiter ist (nicht in der Kommission) die Befürchtung laut geworden, eine solche Vorschrift in einem Parteiengesetz könnte das grundgesetzlich gesicherte Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung und auf die Geheimhaltung der Wahl verletzen. Diese beiden Einwände haben wenig Gewicht. Dem Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) steht der weitere Text des Grundgesetzes entgegen „soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt“. Das Wahlgeheimnis bleibt unberührt, auch wenn sich der Wähler vorher als Unterstützer einer Partei öffentlich bekannt hat. Dieselbe öffentliche Erkennbarkeit muß das Mitglied oder gar der Funktionär einer Partei hinnehmen. Der in der Kommission gemachte Einwand, wonach ein Ausbleiben der Mittel für bestimmte Parteien befürchtet wird, ist real begründet. Die Vertreter dieser Ansicht in der Kommission haben gemeint, es könne nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, „die Mitgliederparteien (zu)begünstigen und damit eine erkennbare und vorhersehbare Einwirkung auf die Lage der Parteien herbei(zu)führen“⁷⁾. Dem ist zu widersprechen. Weder ist erwiesen, daß die jetzige Machtkonstellation vorzüglich auf dem unterschiedlichen finanziellen Gewicht der Parteien beruht, noch kann ein bestehender ver-

fassungswidriger Zustand als Ausgangspunkt für die Gestaltung der Verfassungsordnung anerkannt werden.

Die Kontrolle der Kassenberichte sollte tunlichst nicht von staatlichen Instanzen, gleich welchen Charakters, vorgenommen werden. Sie muß durch Institutionen erfolgen, denen in keinem Fall Befangenheit unterstellt werden kann und von denen die Gewißheit besteht, daß sie die bei der Prüfung erworbenen Kenntnisse nicht zum Schaden der Geprüften ausnutzen. Auch die in dem Parteienrechtsgutachten vorgeschlagenen Wahlleiter ermangeln der Objektivität, sind sie doch vielfach mit dem (politisch gewählten) Landrat oder Oberbürgermeister identisch. Vereidigte Wirtschaftsprüfer würden am ehesten etwa zu erwartenden Anwürfen widerstehen können. Die Prüfung einer Kapitalgesellschaft, an der Vorstand, Aktionäre und Finanzamt die unterschiedlichsten Interessen haben, dürfte an Schwierigkeit der Prüfung einer Partei nicht nachstehen. Um der Gefahr der Befangenheit einzelner Wirtschaftsprüfer auszuweichen, könnte man sie jährlich neu durch das Los bestimmen lassen.

Für die Steigerung einer Wirksamkeit der Finanzkontrolle der Parteien hat zu allem Überfluß im Jahre 1954 die damalige Bonner Regierungskoalition eine wichtige Voraussetzung geschaffen — gegen die Stimmen der SPD⁹⁾. Es handelte sich um das Gesetz zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954, das erstmalig Geldspenden an politische Parteien „für staatspolitische Zwecke“ steuerabzugsfähig machte. Hatte man im Bundestag ursprünglich nur an die Parteien selber gedacht, so war die Bundesregierung der Meinung, dieses Steuerprivileg auch auf die Finanzierungsgesellschaften ausdehnen zu müssen und verfügte entsprechend in der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Man darf infolge dieser Neuregelung einen vermehrten Zufluß an Spenden unterstellen. Mit Sicherheit sind von diesem Zeitpunkt ab keine politischen Spenden mehr gegeben worden, für die nicht die Vergünstigungen des § 10b des Einkommensteuergesetzes in Anspruch genommen wurden. Durch dieses Verfahren eröffnet sich die wirksamste Möglichkeit der Kontrolle der Kassenberichte. Es genügt ein Zusatz zum Einkommensteuergesetz, der für die Abzugsfähigkeit den Nachweis der Erfüllung der Bestimmungen des Parteiengesetzes (Nennung des Namens bei Spenden über 5000 bzw. 10000 DM) verlangen würde. Dem Eifer und der Gewissenhaftigkeit unserer Finanzämter dürften wir sicher vertrauen. Zum andern ist auch der Egoismus der Spender von fünf- und sechsstelligen Beträgen hoch genug einzuschätzen; er wird sie davor bewahren, ihre Spenden fortan aus dem versteuerten Einkommen zu zeichnen.

Subventionierung der Parteien durch den Staat?

Im Zusammenhang mit einer Kontrolle der Finanzen wird immer wieder die Frage der Finanzierung der Parteien durch die öffentliche Hand aufgeworfen. Manches spricht für eine Subventionierung durch den Staat. Es bestünde die Chance, die Parteien aus der Abhängigkeit ihrer Geldgeber zu lösen, wenn man zugleich die Annahme von Spenden verbieten würde. Ob das verfassungsrechtlich zulässig ist, wurde oben schon bezweifelt. Würden nämlich neben den staatlichen Subventionen die privaten Zuwendungen weiter fließen, wäre die staatliche Unterstützung sinnlos. Sie würde allenfalls den Parteien einen Vorteil verschaffen, die bisher aus ihren Mitgliedsbeiträgen kaum die Beträge zusammenbringen, die die Erhaltung eines Apparats und die Führung eines Wahlkampfes nun einmal jede Partei, gleich welcher Größe, kostet. Aber der Unterschied und damit das Übel „Ungleichheit der Chancen“, das durch die Staatssubventionierung ausgeschaltet werden sollte, bliebe auch zwischen Parteien erhalten, die infolge annähernd gleicher Stimmenzahl Subsidien in gleicher Höhe empfangen würden.

Die Zuteilung eines gewissen Betrages pro Wähler ist von allen bisher gemachten Vorschlägen der brauchbarste. Nicht annahmbar wäre wohl der ent-

⁹⁾ Vgl. Parteienrechtsgutachten, S. 109 f.

gegengesetzte Weg, allen Parteien Geld in gleicher Höhe zuzuschießen, was die Zahl der Parteineugründungen in beängstigende Höhe treiben würde. Aber die starre Subvention pro Wählerstimme ist ebenfalls unbefriedigend, weil sie nicht in das Bild einer sich ständig wandelnden Gesellschaft paßt. Sie konserviert künstlich Machtverhältnisse, die ihre Entstehung unter Umständen längst vergangenen Ereignissen verdanken, sie belohnt die ohnehin vierjährige Herrschaft über den Staatsapparat mit ihren tausenderlei Möglichkeiten zur Ausrichtung der politischen Konstellation des Wahltages zugunsten der regierenden Partei nun zu allem Überfluß noch mit einer Geldprämie. Ein solches Verfahren begünstigt eindeutig die Herrschenden und unterdrückt jeden neuen Gedanken. Für deutsche Verhältnisse würde es vermutlich ärgere Folgen haben als für manches andere Land. Wenn es der Vorzug des parlamentarischen Systems ist, daß rivalisierende demokratische Parteien einander in der Herrschaft ablösen können, ohne daß der Staat Schaden nimmt, dann haben wir in Deutschland noch kein Beispiel dafür. Wie anders hätte Konrad Adenauer mit der in Nürnberg ausgegebenen Parole vom Untergang Deutschlands⁹⁾ eine Wahl gewinnen können?

Die öffentliche Parteifinanzierung pro Wählerstimme begünstigt allein die Mächtigen. Es gibt schließlich noch den Vorschlag, die Entscheidung, welche Partei wieviel an Staatszuschuß erhalten soll, in die Hände der Bürger zu legen¹⁰⁾. Der Staat druckt Wertcoupons, die der Bürger zusammen mit seiner Steuerabrechnung dem Finanzamt abgibt, und zwar gekennzeichnet, welcher Partei der Betrag angerechnet werden soll. Der Bürger nähme also eine Art Wahl vor. Das aber spricht gegen den Vorschlag. Wir haben unsere Erfahrungen mit der Veröffentlichung von politischen Meinungsumfragen und wissen, wie derartige Vorergebnisse das Hauptergebnis beeinflussen können. Immerhin sind die Resultate der Meinungsforschung nur eine Sache politisch Interessierter. Wie aber wäre es, wenn der Beliebtheits-Test unter der Mitwirkung von Millionen geschähe? Das Ergebnis wäre eine Vorwegnahme des Wahlaktes, mit allen Konsequenzen wie Regierungssturz und Koalitionsbildungen, aber ohne Wahlgeheimnis und unter Außerkraftsetzung des Grundsatzes der Unmittelbarkeit der Wahl. Diese Konsequenzen muß man sehen.

Stellt man die Vorzüge einer öffentlichen Finanzierung der Parteien den Nachteilen gegenüber, so überwiegen meiner Auffassung nach die Nachteile. Ein letzter Grund aber sollte allein dafür sprechen, es nicht auf diese Weise zu versuchen. Unsere Parteien sind — neben den Gewerkschaften — die Massenorganisationen, in deren Struktur sich der Verwaltungsstaat noch am wenigsten festgesetzt hat. Nahezu alle kulturellen Organisationen, die Verbände der Vertriebenen und der Geschädigten, die Sportvereine und vor allem die Jugendverbände (Bundesjugendplan!) sind — teils mehr, teils weniger — auf dem Wege über die öffentlichen Kassen in die Abhängigkeit des Staates geraten. Ihrer jeweiligen Initiative liegt weniger der ideelle Wille ihrer Mitglieder zugrunde als vielmehr die Bereitschaft irgendeines Haushaltsreferenten, ein bestimmtes Vorhaben zu fördern. Der Verband ist nicht mehr eine Plattform Gleichgesinnter zur Erringung hochgesteckter Ziele, sondern er wird eine halböffentliche wohltätige Anstalt zur Befriedigung der verschiedenartigsten Bedürfnisse ihrer Benutzer. Aus Aktivität wird Konsum.

Das Parteienrechtsgutachten führt mit Recht auch die Gefahr an, die den Parteien bei einer Unterhaltung aus öffentlichen Mitteln durch Verlust von Vertrauen und Ansehen in der unbeteiligten Bevölkerung erwachsen würden¹¹⁾. Wenn nach einer Befragung des Instituts für Demoskopie 36 v. H. der Meinung waren, der öffentliche Haushalt würde am stärksten von den Ministergehältern strapaziert¹²⁾, so

⁹⁾ „Wir sorgen dafür, daß die Sozialdemokratische Partei niemals an die Macht kommt. Wir sind dazu zuletzt entschlossen, weil wir glauben, daß mit einem Sieg dieser Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist“ (Adenauer am 7. Juli 1957 in Nürnberg).

¹⁰⁾ Vgl. Parteienrechtsgutachten, S. 214 ff.

¹¹⁾ „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“, a. a. O. S. 218.

¹²⁾ „Jahrbuch der öffentlichen Meinung“, Allensbach 1957, S. 200.

kann sich jeder ausrechnen, an welche Stelle dieser negativen Popularitätsskala wohl die Parteien rutschen würden, wenn „die Funktionäre“ auch noch vom Staat bezahlt würden. Die von Rabus geäußerte Vermutung, ob nicht amtlicher Einfluß auf Parteien diese in der öffentlichen Meinung heben könnte¹³⁾, weil die Deutschen obrigkeitsgläubig seien, kann (setzt man hier einmal den finanziellen Einfluß mit dem administrativen gleich) die schlechten Folgen nicht beseitigen. Wirkt die öffentliche Honorierung der Parteien bei dem kritischen Teil der Bevölkerung negativ, weil ein Vertrauensverlust eintritt, so ist die Wirkung beim autoritätsgläubigen Teil nicht minder gefährlich, denn sie tötet dort den letzten Anreiz zeitweiliger Spontanität ab, weil man sich ja nun getrost auf „die da oben“ verlassen kann. Möglicherweise wäre die Verkümmern des Partellebens bei den nichtsozialistischen Parteien gar nicht einmal so stark, denn dort dominiert jetzt schon weitgehend das Vertrauen auf „die da oben“, die den Wahlkampf bezahlen werden.

Für eine Massenpartei wie die deutsche Sozialdemokratie wäre ein Verzicht auf die Initiative der Mitglieder lebensgefährlich. Gerade das Wissen eines jeden Sozialdemokraten um die finanzielle Misere seiner Partei im Vergleich zu den anderen fördert und erschließt eigenes Mittun, eigene Vorschläge und vor allem Bereitwilligkeit zu materiellen Opfern. In der Führung eines Wahlkampfes weiß die Sozialdemokratie, daß die Partei völlig auf sich gestellt ist und nur die äußerste Anstrengung den Sieg näher bringen kann. Als sich der Vorstand der SPD während des Bundestagswahlkampfes 1957 an die Wähler und Anhänger der Partei wandte und sie unter Hinweis auf die materielle Unterlegenheit der SPD um Geldspenden bat, folgten fast 3000 Menschen diesem Aufruf. Sie spendeten kleine und zum Teil kleinste Beträge, die (zusammen etwa 85 000 DM) gewiß nicht die finanzielle Überlegenheit der anderen Seite aufhoben. Jedoch die Aktivierung von 3000 Bürgern zu einem für den einzelnen oft fühlbaren Opfer, die daraus folgende Identifizierung mit einer Sache, die keinen greifbaren persönlichen Vorteil verspricht — das war, unabhängig vom Wahlausgang, ein Erfolg für die Sache der Demokratie selber, der durch eine Million Mark für staatsbürgerliche Bildungsarbeit nicht aufgewogen werden kann. Bekäme die SPD — und andere — ihr Geld pünktlich am Ersten vom Staat, wie könnte sie ihre Wähler zu einem Opfer aufrufen oder von ihren Mitgliedern etwa die Zahlung eines besonderen Wahlbeitrages erwarten?!

Ein Parteiengesetz wird zwangsläufig ein Anfang sein; wie fast jedes Gesetz werden ihm erst die Erfahrungen der Praxis den zweckmäßigen Inhalt geben. So läßt sich jetzt noch kein Weg sehen, der auch die indirekte propagandistische Unterstützung („Waage“-Inserate) mit in eine Veröffentlichung bringt. Vermutlich wird das nie möglich sein, denn mit wieviel Mark will man einen Leitartikel für die NATO in einer Provinzzeitung auf die Einnahmen der CDU anrechnen, mit wieviel Mark gar eine Predigt von der Kanzel gegen die Marxisten? Was wiegt andererseits eine gewerkschaftliche Aufforderung, nur Kandidaten zu wählen, die sich zum DGB-Aktionsprogramm bekennen, in den Büchern der SPD? Ein Parteiengesetz wird auch keine völlig gleichen Wettbewerbschancen schaffen können. Es wird aber der rasch um sich greifenden Tendenz entgegenwirken, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse über das menschliche Unterbewußtsein zur Mobilisierung eben dieses Unterbewußtseins gegen den Intellekt benutzt, statt durch Vermittlung von politischem Wissen den Geist zu schärfen. Es wird Abhängigkeitsverhältnisse deutlich machen, die wir bisher nur ahnen, und es wird sie der öffentlichen Kritik aussetzen. Es wird die Parteiführer nicht zu reinen Toren machen, und es wird Verstöße geben, wie gegen jedes andere Gesetz. Doch das Parteiengesetz wird den Grundsatz der Redlichkeit für jeden sichtbar machen und manchen zu erbärmlichen Ausflüchten zwingen, dessen Ehrenhaftigkeit zu bezweifeln heute ein Sakrileg ist.

¹³⁾ Günther Rabus: „Die innere Ordnung der Parteien im gegenwärtigen deutschen Staatsrecht“, Archiv d. öf. Rechts, Bd. 78 (1952), S. 172.

Albert Schiefer

DEUTSCHLANDS VORSICHTIGE JUNGE MÄNNER

DIE JUNGE GENERATION IM SPIEGEL EMPIRISCHER UNTERSUCHUNGEN

Der Leser möge sich durch die Überschrift nicht täuschen lassen. Was folgt, hat nichts mit jenen Dingen zu schaffen, durch die Englands „zornige junge Männer“ berühmt geworden sind; nichts mit Bühnenstücken, nichts mit Büchern. Derlei wäre bei uns auch gar nicht aufzutreiben; denn im Gegensatz zu den zornigen jungen Männern Englands schreien und schreiben die vorsichtigen jungen Männer Deutschlands nicht. Schreien und schreiben paßt nicht zu ihnen, eher schon Beobachten und Abwarten. Auch sind ihre Probleme nicht nur die einiger zurückgestoßener Begabter, sondern sie sind der ganzen Generation eigen. Einer schweigsamen und — wie Helmut Scheisky sie nennt — „skeptischen“ Generation.

Vielleicht liegt es gerade an diesem Schweigen, daß die jüngste deutsche Generation so viel Unruhe um sich verbreitet — Unruhe bei den anderen, den Erwachsenen, die nicht wissen, wo und wie sie diese Generation in das Archiv ihrer Meinungen einordnen können, und die dann dicke Bücher schreiben, um endlich Klarheit zu schaffen. Das sind jene Bücher, in denen zu lesen ist, wie Väter und Großväter sich die „Jugend von heute“ denken, wie gut und wie schlecht. Nur nicht, wie sie ist. Die Verleger dieser Bücher machen Geschäfte wie die Apotheker: Man weiß nun endlich, woran man mit der Jugend ist! So entstanden die Legende vom „Schlurf“ und der Mythos von den „Halbstarken“.

Der „lautlose Aufstand“

Im Jahre 1950 beauftragte die UNESCO den finnischen Soziologen Knut Pipping, das Verhältnis der deutschen Jugend zur Autorität zu untersuchen¹⁾. Den Er-

¹⁾ Die Darstellung stützt sich im wesentlichen auf folgende Forschungsberichte: Viggo Graf Blücher: „Freizeit in der industriellen Gesellschaft“, Stuttgart 1936; DIVO, Institut für Marktforschung, Meinungsforschung, Sozialforschung: „Zur ideologischen und politischen Orientierung der westdeutschen Jugend und ihrer Führer“, Frankfurt 1957 (holographiert); Wolfgang Ernst: „Jugendliche heute“, München 1954; Rolf Fißhner u. a.: „Wie stark sind die Halbstarken?“, Bielefeld 1956; Knut Pipping: „Gespräche mit der deutschen Jugend“, Helsinki 1954; Erich Reigrotski: „Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik“, Tübingen 1956 (keine spezielle Jugenduntersuchung, aber wegen ihrer demographischen Aufteilungen für Analysen wertvoll); Helmut Scheisky: 1. „Arbeitslosigkeit und Berufswut der Jugend“, Köln 1952; 2. „Arbeiterjugend gestern und heute“, Heidelberg 1953.

gebissen dieser Untersuchung nach zu urteilen, ist die autoritäre Erziehung (die Erziehung zur Autoritätshörigkeit) bei uns auch heute noch recht verbreitet. Das zeigt sich in der Wahl der Erziehungsmittel: Anstatt an das kindliche Liebesbedürfnis und (geduldig) an die Einsicht zu appellieren, wird den Kindern vornehmlich die Angst vor Strafe eingeflößt. Von den 444 repräsentativ ausgewählten Jungen und Mädchen, die von Pipping und seinen Mitarbeitern befragt wurden, berichteten nicht weniger als 326 von schwerer körperlicher Züchtigung im Elternhaus, 186 von leichter körperlicher Züchtigung, 128 von Bestrafung durch Freiheitsentzug (ein Teil der Befragten erzählte von mehreren Strafarten, so daß die Zahl der hier angeführten Antworten die der Befragten übersteigt). Von liebevolleren Erziehungsmitteln sprachen nur wenige. So erwähnten gerade 14 gütiges Zureden, 6 einen Appell an die Ehre, 5 kurzwährenden Liebesentzug durch die Eltern. Von den milden Strafen war die meistgenannte „ins Bett geschickt zu werden“, aber auch hiervon wußten nur 44 der Jungen und Mädchen zu erzählen. Die körperliche Züchtigung erwies sich mit Abstand als die meistgebrauchte Strafart überhaupt. Die meisten Eltern verlangten unbedingten Gehorsam. Nahezu die Hälfte der Befragten äußerte, daß sie sich zu Hause nicht rechtfertigen dürften.

Eine solche Erziehung muß auf die Geltesteshaltung Jugendlicher abfärben. Gemeinhin führt die autoritäre Erziehung dazu, daß die autoritären Prinzipien verinnerlicht werden, der Jugendliche also selbst autoritär wird (mit allen Eigenschaften des „Untertans“, der die moralischen Voraussetzungen von Macht und Gesetz nicht mehr erkennen kann).

Pipping versuchte, die autoritäre Haltung der Jugendlichen mit einigen Testfragen zu messen. „Ist man im Alter dankbar für die Schläge, die man als Kind bekommen hat?“, fragte Pipping seine 18- bis 22jährigen Jugendlichen. Vier Fünftel der Jugendlichen antworteten mit ja. Nahezu ebenso viele glaubten auch, daß elterliche Milde ein Kind eher „verderbe“ als Härte. Mehr noch räumten willig ein, daß Kinder in Gegenwart Erwachsener zu schweigen hätten. (Weitere Testfragen bezogen sich auf das „böse geborene“ Kind, Entscheidung nach Herz oder Gebot etc.)

Zeugen diese Antworten nicht von einer geradezu unjugendlichen Bejahung strenger traditionaler Erziehungsgrundsätze und starrer Autorität? Und dennoch hallt die Presse bei uns von Klagen wider, die Jugend sei ordnungsfeindlich, in den Straßen der Großstädte werde ihr Protest laut, und ihre Verwahrlosung schlage sich in den Kriminalstatistiken nieder.

Hier liegen Widersprüche, die auch dann nicht aus der Welt geschafft werden, wenn man die „Halbstarkenkrawalle“ auf das reduziert, was sie sind, auf die Aktionen einer Minderheit. Mehr noch aber muß es irritieren, daß so erzogene junge Menschen (wie sich z. B. an den Arbeitsstätten erweist) außerhalb der Familie oft ein gänzlich anderes, man möchte sagen, „menschenwürdigeres“ und selbstbewußteres Verhältnis zur Autorität suchen. Es macht stutzig, daß nur wenige der jungen Leute, die die autoritären Erziehungsgrundsätze („Man ist im Alter dankbar für Schläge...“) bejahen, ihre Kinder ebenso erziehen wollen, wie sie selber daheim erzogen worden sind.

Hier zeichnet sich ein Wandlungsprozeß ab. Viele Jugendliche vertreten noch, durchaus überzeugt, die von den Erwachsenen überlieferten und von der Gesellschaft als allgemeinverbindlich anerkannten Wertvorstellungen. Aber diese Normen stehen im Gegensatz zu den psychischen Erwartungen der jungen Menschen. Da diese Erwartungen in unserem Erziehungssystem nur unzureichend erfüllt werden, löst der daraus resultierende Verzicht seelische Mechanismen aus, die eine ohnehin während jeden Erziehungsprozesses nur unruhig schlummernde Aggressivität schüren und die jungen Menschen so der Gesellschaft entfremden. Die Jugendlichen können ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr mit der ihnen aufgezungenen Ideologie, dieser Summe übernommener „Ansichten“, verein-

baren. Sie antworten auf ideologische Fragen zwar so, wie man sie zu antworten gelehrt hat — aber sie fühlen anders.

Dies wiegt um so schwerer, als der junge Mensch von heute kein Generationsbewußtsein mehr hat. Die jungen Menschen können sich dem Zweifel an ihren Eltern nicht durch eine Flucht in eine „Jugendkultur“ entziehen. Folgerichtig sprechen die Soziologen von einer „subjektiven Vereinsamung“ des jungen Menschen (die sich in seiner Freizeit besonders auffällig zeigt).

Die Mädchen leben allerdings nicht in der gleichen Unruhe wie die Jungen. Von dem seelischen Preis, den sie dafür entrichten, zeugt ein unterentwickeltes Selbstwertgefühl, verbunden mit einer übertriebenen Empfindsamkeit und einer allgemeinen Säuerlichkeit in den sozialen Beziehungen. „Warum müssen alle hübschen Mädchen mürrisch sein?“, läßt Koeppen in seinem Roman „Das Treibhaus“ seinen Helden fragen.

Wie kann sich der seelische Zwiespalt im Intimbereich für die Gesellschaft auswirken? Die Kurven der Jugendkriminalität weisen nicht auf das Fehlen einer strengen und harten Erziehung, sondern eher auf das Fehlen jeglicher Erziehung (wohl typisch bei Gewaltverbrechen) und auf Liebesentzug hin. Die so ausgiebig diskutierten „Halbstarkenkrawalle“ sind lediglich eine Randerscheinung. Für die Zukunft unserer Gesellschaft stellt sich eine viel wichtigere Frage: Wie reagiert die Mehrzahl der Jugendlichen (und damit der späteren Erwachsenen) auf die Autoritäten außerhalb des Intimbereiches? Wenn man die Umfragen der Sozial- und Meinungsforscher verfolgt, vernimmt man zuweilen recht Unangenehmes. So stellte beispielsweise Reigrotzki schon 1953 fest, daß unter den Jugendlichen mehr Anhänger eines Einparteiensystems (oder: Staatsparteiensystems) zu finden sind als unter den Erwachsenen. Trotzdem reagieren die Jugendlichen in der Politik — sobald konkrete, vorstellbare Fragen laut werden — demokratischer als die Erwachsenen. Es ist auch kein Indiz für verwurzelte Autoritätshörigkeit, wenn zwei Jugendliche die „Hitlerjugend“ loben und nur einer sie tadelt. Die Frage nach den Gründen dieser Wertschätzung hat die Interviewer wie folgt belehrt: Jeder dritte erwähnte lobend den in dieser Organisation betriebenen Sport, aber nur jeder dreizehnte bejahte die dort gehandhabte Form der Machtausübung.

Indes: Der weitgehende Verzicht darauf, die damalige Staatsjugend mit ethischen Maßstäben zu messen, darf schon alarmierend wirken. Und die politische Indifferenz, die sich darin zeigte, daß die Befragten die politischen Aspekte der „HJ“ ignorierten, entspricht ihrer offenkundigen Gleichgültigkeit gegenüber dem öffentlichen Leben.

Die Passivität im öffentlichen Leben und die Unsicherheit in der Intimsphäre wurzeln in den ungeklärten Beziehungen zur Autorität in der Familie. Hier koexistieren Ideologie und Wirklichkeit. Während die Autoritätshörigkeit bereits weitgehend aus der Empfindungswelt der Jugendlichen verbannt ist, ragen die Ruinen überkommenen autoritären Denkens noch immer in das Weltbild der jungen Menschen hinein. Die Umwelt aber erlaubt es ihnen noch nicht, diese Ruinen abzutragen und so ein nichtautoritäres Empfinden zu legitimieren. Also fliehen sie die Öffentlichkeit.

Die Lohntüte allein entscheidet nicht

Seit Karl Bednarik nach seinem Studium der Psyche des Wiener Vorstadt-„Schlurfs“ ein verallgemeinertes Bild des „jungen Arbeiters von heute“ gezeichnet hat, gehört es zu den landläufigen Klagen, die Jugend suche nur den „job“. Unter „job“ versteht man in Deutschland etwas Unsolides, Flüchtiges — im Gegensatz zum Beruf. Zusätzlich wird dann noch mit dem hübschen Wort „Arbeitsethos“ operiert, und das macht die Sache vollends konfus.

Wenn man mit dem Wort „job“ ausdrücken will, daß die jungen Arbeitnehmer

nur ihre Lohntüte im Auge und keine innere Beziehung zur Arbeit hätten (womit man zugleich das unterschiedliche Prestige der Arbeitsarten leugnet), so trifft dies jedenfalls nicht zu. Die Lohntüte entscheidet nicht allein die Wahl des Arbeitsplatzes, und auch die sozialen Vergünstigungen tun es nicht. Der Arbeitsinhalt und das Verhältnis zum Vorgesetzten spielen eine maßgebende Rolle. Das stellte Pipping bereits fest. Ihm gaben 50 von 100 Jungen, die mit ihrer Arbeitsstelle zufrieden waren, an, daß ihnen in erster Linie der Arbeitsinhalt zusage, und 30 wiesen ausdrücklich auf das gute Verhältnis zum Vorgesetzten hin. Umgekehrt: Von 100 unzufriedenen Jungen sagte 36 der Arbeitsinhalt nicht zu, 22 litten unter schlechten Beziehungen zum Vorgesetzten. Nur bei 20 Prozent aller Unzufriedenen spielten wirtschaftliche Gründe eine Rolle.

Pipping stellte ferner fest, daß sich insbesondere Mädchen auch dann mit einer unliebsamen Arbeit abfinden, wenn sie bei ihren Vorgesetzten Anteilnahme und Güte wahrnehmen. Die Jungen suchen in ihren Vorgesetzten den guten Fachmann, der sie überzeugen kann, und den „Kamaraden“ (also den nichtautoritären Vorgesetzten). Dagegen sind die Beziehungen zu den Arbeitskollegen Jungen wie Mädchen weitgehend gleichgültig.

Als das Bielefelder EMNID-Institut in den vergangenen Jahren jugendliche Arbeitnehmer fragte, ob sie mit ihren Arbeitsplätzen zufrieden seien, erwies sich, daß nahezu jeder zweite, der in einem Großbetrieb — mit 200 und mehr Personen — beschäftigt war, eine Arbeit in einem kleineren Betrieb vorgezogen hätte. Dieses „Sehnen nach dem kleineren Betrieb“ wurde durch Jugendliche in anderen Betrieben bestätigt. In den Mittelbetrieben — von etwa 50 Beschäftigten an — war schon jeder dritte der jungen Leute mit der Größe seines Betriebes durchaus zufrieden. In den Klein- und Kleinstbetrieben wuchs der Anteil entsprechend an. Von allen Befragten, denen der Umfang der Belegschaft gerade recht war, gehörten 75 Prozent zu den Klein- und Kleinstbetrieben.

Ist das nicht ein verblüffendes Ergebnis? Haben sich nicht von Jahr zu Jahr die Schulentlassenen in die Personalbüros der großen Werke gedrängt, deren soziale Einrichtungen und deren eigene Lehrlingswerkstätten mit qualifizierten Auszubildern die jungen Menschen anzogen? Klagen nicht gerade die Kleinstbetriebe über Nachwuchsmangel? Hat man nicht allen Grund zu der Annahme, das jenes Drittel aller Jugendlichen, das einst bis zur Erreichung der Volljährigkeit den Beruf gewechselt hat, aus diesen Kleinstbetrieben gekommen ist? Und geißelte nicht Schelsky die „Lehrlingszüchterei“ mancher handwerklichen Betriebe, für die der Geselle als teure Arbeitskraft uninteressant wird — ein Verfahren, das dann den 18jährigen ungelerten Arbeiter hervorbringt? Ist das, was die jungen Arbeiter und Angestellten unzufrieden stimmt, nur mit dem Begriff der Betriebsgröße zu erfassen?

„Weil man dann nicht eine unter vielen ist“ — so antwortete ein Mädchen auf die Frage, warum es denn in einen kleineren Betrieb überwechseln möchte. Dieser Satz ist kennzeichnend. Von zehn Jugendlichen, die einen kleineren Betrieb gegenüber ihrer jetzigen Arbeitsstelle vorziehen würden (was nicht heißt, daß sie auch die Konsequenz ziehen und wechseln!), suchen sieben bessere menschliche Beziehungen und mehr Anerkennung.

Man darf mutmaßen, daß es in den großen und größeren Betrieben oft an einer engeren menschlichen Beziehung zum Vorgesetzten mangelt. Die fachlichen Qualitäten eines Meisters werden gewiß hoch eingeschätzt, aber sie allein tun es nicht immer, und der Meister ist auch nicht in jedem Fall der „psychologische Vorgesetzte“, dessen Aufmerksamkeit und Anerkennung der junge Mensch finden möchte. Die jungen Arbeitnehmer erwarten vom Vorgesetzten ein gewisses Maß an „Gefühlswärme, Anteilnahme, Güte, Fairneß, Gerechtigkeit, Toleranz“ — und sie lehnen „Erregbarkeit, Launenhaftigkeit, Unfairneß, Egoismus, Pedanterie, Ungerechtigkeit“ als negative Wesenszüge ab.

Hier zeigt sich, wie stark der Wunsch nach guten menschlichen Beziehungen (der

persönlichen Anerkennung) mit der Hoffnung verknüpft ist, es einmal „weiterbringen“ zu können (im Sinne der gesellschaftlichen Anerkennung und des sozialen Aufstiegs). Gut zwei Drittel aller männlichen Jugendlichen äußerten Pipping gegenüber bestimmte Berufspläne; die meisten strebten eine „mittlere Stellung“ und zum Teil auch eine „leitende Stellung“ in einem fremden Betrieb an. Man darf vermuten, daß in diesem Fall auch die Position eines gutbezahlten Facharbeiters von den Jugendlichen als „mittlere Stellung“ gewertet wurde.

Es erscheint symptomatisch, daß eine der stereotypen Antworten derjenigen jungen Menschen, die in einem Großbetrieb beschäftigt und mit ihrer Arbeitsstelle unzufrieden waren, besagte, in einem kleineren Betrieb habe man „mehr Chancen, aufzusteigen“. Liegt dieses Problem nicht auf der gleichen Ebene wie die Klage über einen mangelnden Kontakt zum Vorgesetzten? Heißt „Chancen vermissen“ nicht zugleich, sich übersehen fühlen?

Man wundert sich nicht, daß vor allem die jungen Facharbeiter und Handwerker einen besseren menschlichen Kontakt wünschen. Bei den jungen Arbeiterinnen hingegen wird dies Bedürfnis im Lauf der Jahre schwächer; bei ihnen wird die Wahl eines Arbeitsplatzes mit zunehmendem Alter immer abhängiger vom Lohn, immer unabhängiger von Kontakt, Aufstiegschance, Arbeitsinhalt — sie bereiten sich auf den Ehestand vor.

„Freizeit“ hinter Fachbüchern

Seit Jahren beobachten die Sozialforscher, daß ein nicht geringer Teil der männlichen Bevölkerung freie Zeit in Arbeitszeit umwandelt, um sich beruflich weiterzubilden oder — wie man so sagt — „auf dem laufenden“ zu halten. So berichtet Reigrotzki, daß sich von den Männern zwischen 25 und 29 Jahren zwei Drittel zusätzliche Freizeit wünschen, um sich beruflich fortzubilden, von denen zwischen 30 und 44 Jahren immerhin noch die Hälfte und von denen zwischen 45 und 60 Jahren noch ein Drittel. (Die Zahl derjenigen, die sich in ihrer gegenwärtigen freien Zeit weiterbilden, wird gewiß geringer sein; die genannten Zahlen zeigen nur ein Bedürfnis an.) Nicht minder typisch ist, daß von den Vierzigjährigen etwa jeder zweite „Zeit für die Familie“ vermißt; auch hier dürfte eine überhöhte berufliche Inanspruchnahme mitwirken.

Wir dürfen dementsprechend von den Jugendlichen annehmen, daß viele ihre freie Zeit zu einer freiwilligen Weiterbildung nutzen. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß bei der nachrückenden Generation die Konturen zwischen freier Zeit und Arbeitszeit gänzlich verschwimmen.

Pipping beobachtete bereits zu Beginn dieses Jahrzehnts, daß ein Fünftel aller Jugendlichen in seiner Freizeit lernt und Kurse besucht. Einige Jahre später bezeichnete Graf Blücher (der Unterlagen der Abteilung Hörerforschung des NWDR ausgewertet hatte) die berufliche Weiterbildung als das zentrale Interessengebiet jedes fünften Jugendlichen. Nahezu jeder zweite Jugendliche greift zumindest gelegentlich in seiner freien Zeit zur Fachlektüre. Noch mehr wünschen sich zusätzliche freie Zeit hierfür. Kaum einer dieser Jugendlichen sieht hierin jedoch eine sonderlich angenehme Beschäftigung: Es ist ein Weg zu künftigen besseren Verdienstmöglichkeiten — mehr nicht.

Die eifrige Anhäufung von Spezialwissen, wie wir sie beobachten, hat nichts mit einem Bildungsstreben zu tun. Noch nicht einer von hundert Jugendlichen nimmt allgemeinbildende Zeitschriften zur Hand. Ein unjugendlicher Ernst und ein nüchternes Zweckdenken zeichnen den Drang zu vermehrtem Fachwissen aus. Dies entspricht durchaus einem anderen Zug der Zeit: der Lebensstandard wächst sich immer mehr zum Maßstab des gesellschaftlichen Prestiges aus.

Man fragt sich, was den Jugendlichen den Ausgleich bringt. Sie lesen gern und viel. Sie finden Vergnügen am Basteln und an Hausarbeiten, aber eine bewußte Erholung scheinen sie sich selten zu gönnen. Das Kino wird oft besucht, sehr oft,

aber das ist schon mehr eine mechanische, nicht mehr recht wahrgenommene Tätigkeit; so kann z. B. von einer nachhaltigen Identifizierung mit Leitbildern, also Kinohelden, kaum die Rede sein. Viele meinen, daß sie gern tanzen; aber in den Tanzlokalen ist nur ein kleiner Kreis häufig zu Gast. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob der Freizeit der jungen Leute eine gewisse Lustlosigkeit innewohnt.

Politische Probleme

Die Neigung der Jugendlichen zur Enthaltung von der Politik ist bekannt, und sie entspricht auch den anderen Äußerungen ihres Verhaltens. Offen bleibt die Frage: Handelt es sich hier um eine (vorübergehende) Alterserscheinung oder ein Generationsproblem? Wenn man beobachtet, daß mit zunehmendem Alter z. B. die Wahlbeteiligung steigt, auch die freiwillige Teilnahme an Organisationen, möchte man von einem Altersproblem sprechen. Aber die Skepsis der vorsichtigen jungen Männer von heute, ihre Distanz gegenüber öffentlichen Angelegenheiten, trägt ohne Zweifel auch Züge eines Generationsproblems. Zudem muß man hier die zeitlichen Abstände der letzten Untersuchungen berücksichtigen; jugendliche Befragte von 1950 trugen gewiß noch mehr Ballast aus der nationalsozialistischen Zeit und der Nachkriegsära mit sich herum als Jugendliche heute. Eindeutige Rückschlüsse sind einfach nicht möglich — außer eben der einen Folgerung, daß die Söhne vorsichtiger und mißtrauischer sind als ihre Väter es waren.

Die politische Abstinenz ist nicht allein ein Merkmal der Jugendlichen. Das beweist am besten die mangelhafte Mitarbeit auch der Erwachsenen in den politischen Parteien. Den Statistiken zufolge gehören nur 3 bis 4 v. H. aller wahlberechtigten Einwohner der Bundesrepublik als Mitglied einer politischen Partei an. In unseren Nachbarländern umfaßt die Mitgliedschaft oft mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung, so in Schweden 35 bis 36 v. H., in Österreich gar 37 bis 38 v. H.

Daß die Bundesrepublik dennoch in der Wahlbeteiligung nicht hinter ihren Nachbarn zurücksteht, läßt darauf schließen, daß die politische Integration sich auf anderen Ebenen vollzieht. Es sind vor allem die großen Organisationen und Institutionen, die den Bürger zur Teilnahme am politischen Leben veranlassen — allerdings auf eine höchst unterschiedliche Weise. So stellte Reigrotzki fest, daß eine Mitgliedschaft z. B. im Bauernverband oder in den Gewerkschaften die Wahlbereitschaft erhöht, daß aber die Landwirte über politische Fragen weniger informiert sind als die Gesamtbevölkerung, hingegen die Gewerkschaftsmitglieder mehr.

Aus Reigrotzkis Untersuchungen darf man herauslesen, daß politische Unwissenheit mit dem Mißtrauen gegen die parlamentarische Demokratie Hand in Hand geht — und nicht immer zwingend die Wahlbereitschaft schwächt, aber bestimmt den Wahlentscheid beeinflußt. Politische Unwissenheit macht den einzelnen anfällig für antidemokratische Agitation und somit für die freie Gesellschaft gefährlich. Auch die Jugendlichen verfügen nur über ein unterdurchschnittliches politisches Wissen. Das DIVO-Institut maß Ende 1956 die Anfälligkeit für totalitäre Bestrebungen an einem repräsentativen Querschnitt von etwa 1600 Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren. Die Ergebnisse wurden einer Umfrage in der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt:

1. *„Wir sollten wieder eine einzige starke nationale Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt.“*

	Jugendl. zwisch. 16 u. 24	Gesamtbevölkerung
Stimme zu	41 v. H.	25 v. H.
Lehne ab	42 v. H.	47 v. H.
Unentschieden	17 v. H.	28 v. H.

2. „Wir sollten, wie es früher war, wieder eine nationale Führerpersönlichkeit haben, die Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“

	Jugendl. zwisch. 16 u. 24	Gesamtbevölkerung
Stimme zu	21 v. H.	16 v. H.
Lehne ab	62 v. H.	55 v. H.
Unentschieden	17 v. H.	29 v. H.

3. „Angenommen, es käme bei wichtigen politischen Fragen zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundestag und dem Bundeskanzler: Welche Meinung sollte dann ausschlaggebend sein, die des Bundestages oder die des Bundeskanzlers?“

	Jugendl. zwisch. 16 u. 24	Gesamtbevölkerung
Meinung des Kanzlers	13 v. H.	12 v. H.
Meinung des Bundestages	73 v. H.	52 v. H.
Unentschieden	14 v. H.	36 v. H.

Ein Vergleich der Antworten auf die drei Fragen zeigt, daß die Jugendlichen politisch abstrakten und demagogisch formulierten Fragen verhältnismäßig hilflos gegenüberstehen. Hingegen neigen sie bei konkreten Fragen, die die gegenwärtigen Verhältnisse betreffen, zu demokratischem Verhalten, und zwar in einem weit größeren Ausmaß als die Erwachsenen.

Die langsame Abkehr der Jugend vom starren (und autoritären) Denken muß durch politische Bildung unterstützt werden. Politisches Wissen kommt — darin sind sich die Sozialforscher einig — in erster Linie der parlamentarischen Demokratie zugute. Hierzu können die großen Organisationen und Institutionen wesentlich beitragen. Der Widerwille der Jugendlichen gegen autoritäres Verhalten im persönlichen Bereich dürfte es leicht machen, auch die Aufmerksamkeit gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Politik zu wecken. Auch die öffentlichen Kommunikationsmittel können sich hier als sehr nützlich erweisen, insbesondere der Rundfunk (allerdings nicht durch sogenannte „Parteisendungen“). Reigrotzki hat einmal eine Rangliste der Sendungen ermittelt. Dementsprechend bringt jeder zweite junge Mann dem Hörspiel sehr großes Interesse entgegen, jeder fünfte dem politischen Kommentar — aber nur jeder zwanzigste der „Parteisendung“ oder „Gewerkschaftssendung“. Bei Mädchen und jungen Frauen, die allgemein für autoritäre Tendenzen anfälliger sind als die jungen Männer, steht das Hörspiel noch höher im Kurs, die anderen Sendungen noch niedriger.

Der Kommunismus wird von den Jugendlichen weitgehend abgelehnt. Deutlich zeigt sich ihre Abneigung gegenüber kommunistischen Einflüssen in der Politik darin, daß zwei Drittel „starke Bedenken“ haben würden, einem Kommunisten eine hohe Stellung in der deutschen Bundesregierung einzuräumen (bei den Jugendführern sind die Bedenken noch stärker). Das Mißtrauen gegenüber Kommunisten ist ausgeprägter als gegenüber früheren führenden Nationalsozialisten (die allerdings an zweiter Stelle folgen). Kennzeichnend ist es, daß die absolute Mehrheit der Jugendführer machtpolitische Ziele (so „Weltherrschaft“) und nicht sozial- oder wirtschaftspolitische Ziele (so „Sozialisierung“) als Hauptziele des Kommunismus sieht. Dies deutet bereits an, daß der Widerstand gegen den Kommunismus vornehmlich aus dem Freiheitsbedürfnis der Jugendlichen erwächst, weniger aus dem Wunsch nach eigenem Wohlstand und höherem Lebensstandard.

Die Jugendlichen schätzen den kommunistischen Einfluß um so höher ein, je ausgeprägter ihr eigenes intellektuelles Niveau ist. Von den Abiturienten und Studenten mutmaßt jeder zweite, daß der Kommunismus in der nächsten Zeit einflußreicher wird; aber nur 13 v. H. aller Jugendlichen glauben, daß die kommunistischen Ideen die jungen Menschen mehr anziehen können als die westlichen Ideen. Und von denen, die dies glauben, steht noch nicht fest, ob sie mit diesen „jungen Menschen“ auch sich selbst meinen — oder etwa junge Menschen in den unterentwickelten Ländern der Erde.

Diese skeptische Haltung ist wiederum typisch für die „vorsichtigen jungen Männer“. Die Skepsis ist kein Defaitismus! Vielmehr gewinnt man den Eindruck, daß die befragten Jugendlichen sich sehr bemüht haben, zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu unterscheiden — daß sie einfach „realer“ denken als mancher Erwachsene.

Wie die junge Generation die spezielle Entwicklung in Deutschland einschätzt, darüber liegen leider nur die Aussagen von Jugendführern vor. Die Jugendführer sind recht zuversichtlich. Von zehn Jugendführern meinen sechs, daß der kommunistische Einfluß in einem wiedervereinigten Deutschland nicht größer sein könne als heute in der Bundesrepublik. Nur jeder zehnte erwartet „viel mehr Einfluß“. Die Pessimisten gehören wiederum den höheren Bildungsschichten an; in den unteren Bildungsschichten verspricht man sich von einer Wiedervereinigung kaum Vorteile für die Kommunisten. Von allen Pessimisten glaubt jedoch kaum einer, daß es nicht möglich sein werde, einen eventuellen stärkeren Einfluß zu überwinden — wenn auch mit Schwierigkeiten. Vielleicht hängt es mit diesen für Pankow so ungünstigen Voraussagen zusammen, daß Jugendführer und auch Jugendliche die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung ebenfalls wesentlich ungünstiger beurteilen als die Gesamtbevölkerung. Die Mehrzahl der Jugendlichen und Jugendführer meint, daß es bis zum Tag der Wiedervereinigung noch an die zehn Jahre und länger brauche.

Hans Paul Bahrdt

BETRIEBSORGANISATION IN DER NACHFLIESSBANDPERIODE

SOZIOLOGISCHE PROBLEME DER AUTOMATION

Man kann der Öffentlichkeit nicht den Vorwurf machen, daß sie die sozialpolitische Bedeutung der neueren technischen Entwicklung nicht erkannt habe. Allenfalls werden Tagungen abgehalten, Arbeitsausschüsse gegründet, Druckschriften veröffentlicht, die sich mit dem Thema der Automation befassen. Es besteht die Hoffnung, daß uns die neue Technisierungswelle nicht überrascht. Negative soziale Auswirkungen, falls sie auftreten, könnten rechtzeitig aufgefangen werden.

Jedoch scheint es bisher, als ob sich das Interesse allzu einseitig auf die im engeren Sinne sozialpolitischen Aspekte erstreckt: auf das Problem der technologischen Arbeitslosigkeit, auf Fragen der Umsetzung von Beschäftigten, durch die Berufswechsel und Ortswechsel von Arbeitskräften nötig würden. Weniger werden beachtet die arbeitssoziologischen und betriebssoziologischen Probleme, die die Automation aufwirft.

Gerade mit diesen Fragen müßten sich aber die interessierten Kreise, Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmerorganisationen, vertraut machen, wenn sie zu einer Konzeption der Betriebspolitik kommen wollen, die der neuen Entwicklung angepaßt ist.

Freilich darf hierbei die Automation nicht als ein isoliertes Phänomen betrachtet werden. Vor allem darf der Blick sich nicht bannen lassen von dem phantastischen Bild einer industriellen Anlage, in der alle Vorgänge automatisiert sind und die menschliche Arbeit nur noch aus Planung und einigen wenigen, an sich überflüssigen Kontrollgängen besteht, die nur deshalb stattfinden, damit überhaupt ein Mensch an der Stätte industrieller Fertigung anwesend ist.

Dieses Bild sich zu vergegenwärtigen, ist zwar nützlich, weil es in seiner grandiosen Einseitigkeit das prognostische Denken anregt, aber es ist unvollständig und deshalb gerade unter soziologischem Aspekt irreal und irreführend. Ganz abgesehen davon, daß die Belegschaft einer solchen Anlage umfangreiche Reparaturkader umfassen muß und deshalb in ihrer Zusammensetzung eine gewisse Ähnlichkeit mit ausgesprochenen Facharbeiterbetrieben haben könnte, bei einem freilich wesentlich größeren Anteil an Technikern mit Fach- oder Hochschulausbildung: Dieser Grad der Automatisierung läßt sich nur ganz selten in der Industrie verwirklichen. Daneben wird es große Industriezweige geben, die zwar durch jene Technisierungswelle, die wir uns angewöhnt haben als „Automation“ zu bezeichnen, stark betroffen werden, in denen das Phänomen der „automatisierten Fabrik“ aber niemals auftauchen wird, es sei denn in einzelnen Unterbetrieben größerer Werke.

Entwicklungstendenzen der Automation

Der Begriff „Automation“ ist unseres Erachtens nicht glücklich gebildet, nicht nur in sprachlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Sache, die er bezeichnen soll. Er meint, technisch gesehen, sicherlich ein einheitliches Phänomen: Die neuere Entwicklung der Regeltechnik und der Elektronentechnik, die in enger Wechselwirkung stehen, führt zu einer Kette von Erfindungen, die es ermöglichen, Funktionen, die bisher von Menschen wahrgenommen wurden, Maschinen oder Apparaten zu überlassen. Dies verursacht einen allgemeinen Schub „nach vorn“ in Richtung auf einen fiktiven, utopischen Zustand, in dem „alles automatisch“ ist. Im Einzelfall aber werden ganz verschiedene Stufen der Technisierung menschlicher Arbeit erreicht, je nachdem, welcher Technisierungsgrad schon vorher gegeben war. In manchen Bereichen der Großchemie, wo schon heute die menschliche Arbeit auf die „Kontrolle der Kontrolle“ reduziert ist, nämlich auf die zusätzliche Überwachung technischer Einrichtungen, die den Produktionsprozeß selbsttätig überwachen und regulieren, kommt es lediglich zu einigen technischen Verfeinerungen, durch die sich die menschliche Arbeit kaum ändert.

In der Automobilindustrie dagegen treten sensationelle Wandlungen auf: Arbeitsvollzüge, die den Charakter einer kontinuierlichen manuellen Tätigkeit hatten und dem Rhythmus des Fließbandes unterworfen waren, auch wenn sie sich auf die Bedienung von Werkzeugmaschinen erstreckten, die die „eigentliche Arbeit“ leisteten, werden seltener. Übrig bleiben vorbereitende Akte, Kontroll- und Reparaturfunktionen, die der strengen zeitlichen Determination des Fließbandes nicht unterworfen sind. Charlie Chaplins „modern times“ beginnen in diesem Punkt unmodern zu werden, so aktuell sie in anderer Hinsicht bleiben.

Im Bürosektor wiederum ist es vorläufig völlig irreführend, von „Automation“ zu sprechen. Was dort geschieht, ist viel eher eine Mechanisierung. So kompliziert die Maschinen sind, einen so hohen Grad technischen Wissens ihre Entwicklung voraussetzt, ihr Einsatz hat im Grunde zur Folge, daß nunmehr auch im Büro die „Manufakturperiode“ durch das „Fabriksystem“ abgelöst wird. Daß dies erst heute möglich ist, liegt an der Kompliziertheit der Aufgabe. Es müssen Maschinen entwickelt werden, die den ständigen Variationen gerecht werden, die auch den monotonen Bürotätigkeiten zu eigen sind, daß z. B. bei jeder Lohnberechnung andere Zahlen addiert werden oder daß jeder Kunde eine andere

Adresse hat. Das äußere Bild, das die Mechanisierung der Büroarbeit hervorbringt, hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem einer klassischen mechanischen Werkstatt, in der Dreher und Fräser an ihren Werkbänken stehen und an Hand einer Zeichnung und eines von ihnen angelegten Bearbeitungsplanes Einzelstücke verfertigen.

Natürlich bestehen erhebliche Unterschiede: Der Entwurf einer Schaltung stellt größere intellektuelle Anforderungen als das Lesen einer Zeichnung, das Finden der richtigen Reihenfolge der Bearbeitungsgänge und die Berechnung des Vorschubs, auf die sich der Dreher verstehen muß. Aber im Prinzip liegt etwas Verwandtes vor: Der Mensch durchdenkt zuerst einen maschinellen Ablauf, richtet dann die Maschine ein, stellt sie an, überwacht ihre Tätigkeit, wobei er gelegentlich eingreifen muß. Nach Beendigung der Arbeit stellt er sie wieder ab, entnimmt ihr das Arbeitsergebnis und übergibt es persönlich einem anderen, der es weiter bearbeitet oder abliefert. Er tut dies in einem Raum, in dem andere Arbeitskräfte an anderen Maschinen mit ähnlichen Tätigkeiten befaßt sind, die teilweise in einem kooperativen Zusammenhang mit der eigenen stehen. Jedoch entsteht durch diesen Zusammenhang nicht die strenge zeitliche Determination einer Taktstraße, in der die einzelnen Handgriffe auf Sekunden genau „sitzen“ müssen, und auch nicht die Abstraktheit der Kommunikation, wie sie die wenigen Arbeitskräfte in vollautomatisierten Anlagen durch Telefon und Signale miteinander pflegen.

Wenn also die sogenannte „Automation“ die technische Entwicklung in den verschiedensten Bereichen der Industrie in der gleichen Richtung vorwärtstreibt, so bringt sie doch höchst unterschiedliche Wirkungen hervor. Die Industrie der Zukunft, einschließlich ihrer Bürokratien, wird genauso vielgestaltig sein wie die der Gegenwart. Die menschliche Arbeit wird immer noch ganz verschiedene Grade der Technisierung aufweisen, auch wenn ausgesprochene Fließbandtätigkeit und grobe Muskelarbeit sicherlich seltener sein werden als heute.

Die Neuverteilung der Arbeit bringt dementsprechend eine Reihe von Einzelproblemen mit sich, die empirisch erforscht werden müssen, wenn die Berufspolitik den richtigen Weg gehen soll. Es dürfte sehr schwer sein, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. An der einen Stelle verschwinden z.B. die Facharbeiter, an einer anderen Stelle tauchen sie zahlreicher wieder auf. Aber wird man einem Teil von ihnen eine zusätzliche Ausbildung vermitteln müssen, die sie in Techniker verwandelt? Oder ist es besser, diese direkt von den Ingenieurschulen zu holen? Kann man ohne Schaden Stenotypistinnen in Locherinnen umschulen? Oder ist dies gar nicht nötig, weil in Wahrheit eher mehr als weniger Schreibkräfte gebraucht werden, obwohl Mahnungen, Rechnungen, Bestandsmeldungen automatisch geschrieben werden?

Auf jeden Fall haben wir es mit einer Fülle gegenläufiger Tendenzen zu tun, deren Saldo sich durch eine theoretische allgemeine Überlegung nicht erkennen läßt.

Jedoch ist es möglich, auf dem Gebiet der Betriebsorganisation einen allgemeinen Trend festzustellen und ihn auch theoretisch zu deuten, wobei freilich Beobachtung und Theorie in einem engen Wechselverhältnis bleiben müssen. Auch hier ist es zweckmäßig, die Automation nicht isoliert zu betrachten, sondern statt dessen den allgemeinen Rationalisierungs- und Technisierungsprozeß ins Auge zu fassen, der seit einigen Jahrzehnten die industrielle Entwicklung bestimmt und der durch die Automation nur eine besondere Beschleunigung erfährt.

Hierarchie und Kooperation im Industriebetrieb

Wir können uns nicht vorstellen, daß ein größerer Industriebetrieb anders als nach dem Hierarchieprinzip aufgebaut ist. Da der Industriebetrieb eine Produktionseinheit ist und nicht eine Anhäufung selbständig wirtschaftender Subjekte

wie eine Handwerker-gasse in einer mittelalterlichen Stadt, muß sie von einem Willen bestimmt sein. So demokratisch wir auch denken mögen: wir können uns zwar vorstellen, daß bei einer einmaligen grundsätzlichen Entscheidung der Wille aller oder der Mehrheit der Beschäftigten zum Zuge kommt, aber — so meinen wir — die Durchführung der Entscheidung kann nicht anders vor sich gehen, als daß von oben nach unten dirigiert wird: Die Direktion gibt Anordnungen, die von den Abteilungsleitern weitergegeben werden und schließlich beim Arbeiter oder kleinen Angestellten ankommen, denen von irgendeinem Vorgesetzten befohlen wird, was sie jeweils zu tun haben.

Wir können zwar durch Gesetze, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen die Willkür der Vorgesetzten einschränken. Wir können durch gewählte Arbeitnehmervertretungen die Entscheidungen der Vorgesetzten kontrollieren und vielleicht nachträglich korrigieren. Ja, vielleicht haben wir sogar die Möglichkeit, durch eine Sozialisierung die Spitzenstellungen mit Personen zu besetzen, die ähnliche politische und gesellschaftliche Vorstellungen haben wie die Masse der Arbeitenden. Aber nichts — so scheint uns — kann etwas daran ändern, daß am Arbeitsplatz befohlen und gehorcht wird, daß der einzelne in dem, was er tagtäglich tut, sich ständig dem Willen eines anderen Menschen unterordnen muß, wobei es gleichgültig ist, ob dieser seinerseits wiederum nur Ausführer eines Befehls von oben ist. Der Industriebetrieb ist also in jedem Fall ein Herrschaftsgebilde und insofern eigentlich ein Fremdkörper in der demokratischen Gesellschaft.

Diese These kann nicht völlig widerlegt werden, auch nicht durch einen Hinweis auf die neueste technische Entwicklung. Die Automation wird die Industrie nicht in selbständig wirtschaftende Einmannbetriebe auflösen, was eigentlich ein schöner Traum wäre. Sie wird sogar in vieler Hinsicht eine strengere Disziplin vom Arbeitenden verlangen, weil jede Abweichung des Verhaltens viel schwerere Folgen hat als bei geringfügig technisierter Produktion, wo man nachträglich eine Sache immer noch „hinbiegen“ kann. Es wird immer Vorgesetzte und Anordnungen geben, denen sich der einzelne zu fügen hat. Seine Arbeit wird abhängige Arbeit bleiben.

Dennoch sind seit längerem Modifikationen der Abhängigkeitsverhältnisse in der industriellen Arbeitswelt zu beobachten, die um so deutlicher hervortreten, je höher der Technisierungsgrad des Produktionsprozesses ist, und die im ganzen gesehen auf eine Relativierung der Betriebshierarchie hinauslaufen. Dies geschieht auf zweierlei Art: Erstens: Die Gelegenheiten, in denen der Vorgesetzte durch unmittelbare Anweisungen und Kontrollen in den Arbeitsprozeß eingreift, werden seltener. Seine Tätigkeit verlagert sich auf andere Gebiete. — Zweitens: Die hierarchische, pyramidenartige Organisation, in der nur die vertikalen Verbindungslinien, nämlich die „Dienstwege“ institutionalisiert sind, erhält Konkurrenz durch horizontale Kooperationsgefüge, die eine gewisse Eigengesetzlichkeit entwickeln. Wir wollen an Beispielen zeigen, was hiermit gemeint ist.

Im Hochofenprozeß fällt sogenanntes Gichtgas an, das zu Heizzwecken im Hochofenwerk selbst (bei der Winderhitzung), aber auch in anderen Betrieben eines kombinierten Hüttenwerkes verwendet werden kann (z. B. in den Energiezentralen und den Walzwerken). Dieses Gas ist gewissermaßen ein Abfallprodukt, d. h. erstens es ist billig, billiger als z. B. Koksgas, zweitens es fällt nicht in der Menge an, wie man es verwenden kann, sondern in dem Umfang, als es im Ofenprozeß übrig bleibt. Manchmal steht mehr, manchmal weniger zur Verfügung, als gebraucht wird. Das Gichtgas ist offensichtlich auch nicht so wertvoll, daß sich seine Speicherung in großen Gasbehältern lohnt. Ist zuviel vorhanden, wird es verbrannt („abgefackelt“). Ist zu wenig da, muß ein Teil der Konsumenten auf die Beheizung mit Koksgas übergehen. Trotzdem bemüht man sich natürlich, zu einer „guten Gaswirtschaft“ zu kommen, d. h. das anfallende Gichtgas möglichst vollständig nutzbar zu machen. Diesem Zweck dient eine Art von „Umschlag-

stelle", die das gesamte Gichtgas verwaltet. Ihr Leiter — gelegentlich „Meßstellenleiter" genannt — ist ein kleiner, wohl meist aus der Arbeiterschaft hervorgegangener Angestellter. Dieser Mann, der keine besondere höhere berufliche Qualifikation zu haben braucht, sondern nur über Erfahrung, Umsicht, Entscheidungskraft und Verantwortungsbewußtsein verfügen muß, verteilt das Gas an die Konsumenten und hat auch gewisse Einflußmöglichkeiten auf die Gichtgasproduktion, nicht was die Menge, wohl aber die Gleichmäßigkeit des Anfalls betrifft. Er hat mitzureden bei der Festlegung der Abstichzeiten an den einzelnen Hochöfen, die gegeneinander gestaffelt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gichtgasanfall zu erzielen.

Gelingt dem Meßstellenleiter nun nicht, alles Gas unterzubringen, muß er welches „abfackeln". Wahrscheinlich läutet schon kurz darauf das Telefon. Am Apparat meldet sich der sorgsame Hochofenchef und fragt: „Warum brennt die Fackel?" Denn diese ist im Umkreis von vielen Kilometern zu sehen. Der Meßstellenleiter muß sich rechtfertigen. Wofür? Nicht, weil er einen strikten, eindeutigen Befehl seines Vorgesetzten nicht befolgt hat; dieser kann gar nicht gegeben werden. Es gibt nur einen allgemeinen Plan, in dem die Rangordnung der Konsumenten, eventuell der Anteil ihrer Kontingente festgelegt ist. Von ihm wird nicht weniger erwartet, als daß er zwischen den Einzelbetrieben des Hüttenwerks, die selbst die Größe von Großbetrieben haben, in einer speziellen Hinsicht koordinierend vermittelt. Zwar bekommt er seine „Zigarre" vom Leiter des Hochofenwerkes. Auch sein Urlaub und ein Teil seiner personellen Angelegenheiten werden in dessen Betriebsbüro geregelt. Von dort wird auch seine Ablösung angeordnet, wenn er versagt, aber vielleicht reden hier schon die an Gichtgas interessierten Nachbarbetriebe mit. Im übrigen aber operiert er auf „Werksebene". Er hat zum Teil mit Stellen zu tun, mit denen er theoretisch, d. h. im Sinne der offiziellen Betriebshierarchie, nur durch den gemeinsamen technischen Direktor verbunden ist. Praktisch spielt diese Verbindung natürlich keine Rolle; denn der technische Direktor hat ganz andere Aufgaben, als sich mit der rationalen Ausnützung von Gichtgas zu beschäftigen. Der Meßstellenleiter hängt aber dennoch nicht in der Luft, sondern steht in einem festen kooperativen Zusammenhang, der im übrigen auch eine disziplinierende Wirkung hat. Er kann es sich nicht leisten, die weithin sichtbare Fackel allzuoft brennen zu lassen.

Was bedeutet das aber? Die Vorgesetzten des Meßstellenleiters einschließlich des Hochofenschmelzers können seinen Mißerfolg kritisieren, sie können ihn absetzen oder auf andere Weise ihm das Leben schwermachen, aber sie haben nur geringen Einfluß auf das, was er tagtäglich tut. Dies ergibt sich in erster Linie aus dem horizontalen Kooperationsgefüge, das quer zu der vertikal gegliederten Betriebshierarchie liegt.

Wo solche weitverzweigte Kooperationsgefüge bestehen und der Arbeitende es vor allem mit der Koordination ihrer Teilgefüge zu einem zeitlich geordneten Prozeß zu tun hat, verlieren die Vorgesetztenverhältnisse für den einzelnen an Bedeutung. Er kann dennoch natürlich nicht tun, was er will. Aber es ist mehr die Sinnfälligkeit der maschinellen Zusammenhänge, die ihn diszipliniert, als der Vorgesetzte, dessen nachträgliche Rüge mitunter als eine überflüssige, zusätzliche Belastung empfunden wird, wenn etwas schiefgegangen ist.

Aber nicht nur dort, wo der Untergebene durch seine Tätigkeit das zwischenbetriebliche Verbundsystem verwirklicht, tritt die Vorgesetztenhierarchie in den Hintergrund, sondern auch an Arbeitsplätzen, die nicht an Nahtstellen liegen. Man kann dies deutlich beobachten an der Veränderung der Werkmeisterposition, die so oft in den letzten Jahren diskutiert, aber nur selten richtig gedeutet worden ist.

In hochtechnisierten Produktionsbetrieben hat der Meister eine Reihe von Vorgesetztenfunktionen verloren. Es gibt nur noch wenig Spielraum für Einzelanweisungen, denn erstens ergibt sich aus dem strengen Rhythmus technisierter

Prozesse von selbst, was der Untergebene zu tun hat und wann dies jeweils geschehen muß, zweitens ist angesichts der starken Spezialisierung der Meister oft gar nicht mehr in der Lage, in die Arbeit des einzelnen, der an seinem Arbeitsplatz am besten Bescheid weiß, hineinzukommandieren.

Aus den gleichen Gründen ist es dem Meister auch immer seltener möglich, eine sinnvolle Arbeitskontrolle auszuüben. Gewiß, er macht seinen Rundgang, fragt, ob alles in Ordnung ist. Aber in Wahrheit sind es häufiger Meßgeräte mit Schreibeinrichtungen, die die Kontrolle durchführen, falls sie sich nicht überhaupt erübrigt, weil eine Nachlässigkeit des Arbeitenden sofort zu einer allgemein sichtbaren Störung führen würde. Ein eigentümliches Merkmal der modernen industriellen Arbeit ist der Zwang zur Perfektion, der nur die Alternative des Versagens kennt. Von diesem Zwang geht eine disziplinierende Wirkung aus. So groß die Versuchung zur Nachlässigkeit sein mag, so möchte doch keiner derjenige sein, der durch sein Versagen den ganzen Produktionsprozeß unterbricht. Nun deutet allerdings nichts darauf hin, daß die Position des Werkmeisters sich erübrigen wird. Aber sie ist im Begriff, sich zu verändern. Der Meister verwandelt sich aus einem Herrn über Menschen mehr und mehr in den Mann, der auf Grund seiner Erfahrung und seiner Übersicht über alle technischen Angelegenheiten im Betrieb Bescheid weiß. Er wird zum Spezialisten der Unspezialisiertheit und kann dadurch hohes Prestige erwerben.

Bringen wir noch ein anderes Beispiel. Unter Büro-rationalisierung verstand man eine Zeitlang vor allem das, was Adam Smith mit seiner berühmten Beschreibung der Nadelfabrik verdeutlichen wollte: Durch eine weitgehende Arbeitsteilung sollte jede Arbeitskraft auf einem winzigen Teilgebiet eine solche Fertigkeit erlangen, daß die Gesamtleistung stieg. Eine solche Reduktion der menschlichen Leistung auf routinemäßige Wiederholung winziger Teilvervollzüge erfordert natürlich eine ständige Beaufsichtigung, denn mit selbstverantwortlichem Handeln, das das Ganze im Auge hat, ist da nicht zu rechnen. Deshalb gab man sich besondere Mühe, die Büroarbeit so zu organisieren, daß sie leicht zu beaufsichtigen war. Dieser Absicht verdanken wir jene Bürosäle, in denen bis zu hundert Angestellte wie Hühner auf der Stange aufgereiht sind und in denen das Auge des Vorgesetzten jedes Schwätzchen und jeden Schluck aus der Milchflasche bemerken kann. Nirgends dürfte die Unterordnung unter einen Vorgesetzten schwerer zu ertragen sein als in jenen Großbüros, wo Rationalisierung heißt: Pausenlosigkeit einer Arbeit, deren Tempo durch die Virtuosität der Routine aufs höchste gesteigert wird.

Inzwischen kündigen sich aber ganz andere Formen der Büro-rationalisierung an. Es wird allmählich uninteressant, eine Leistungssteigerung durch größtmögliche Auslastung der menschlichen Arbeitskraft zu erreichen. Viel wichtiger ist die sinnvolle Ausnützung moderner Büromaschinen. Es ist nicht immer schlecht für den arbeitenden Menschen, wenn die Maschinen, an denen er arbeitet, teurer sind als er selbst. Indem sich die Aufmerksamkeit auf eine rationelle Verwendung des Maschinenparks verlagert, gewinnt der arbeitende Mensch ein Stück Bewegungsfreiheit zurück. Diese Bewegungsfreiheit ist sogar eine Voraussetzung, wenn er den neuartigen Anforderungen genügen will. Ob es sich nun um die nervlich sehr anstrengende Arbeit der Locherin handelt oder um die Arbeit des Tabellierers, die erhebliche intellektuelle Anforderungen stellt und große Selbständigkeit verlangt: In dieser Arbeitsumgebung hat jeder Vorgesetzte ausgespielt, der sich als furchterregender Aufpasser oder gar als Antreiber versteht. Gleichwohl kann er eine große Autorität haben: als Fachmann, als Didakt oder als psychologischer Jongleur, der den Ausbruch kollektiver Nervosität verhindert, die sofort die Leistung senken würde, was hier wiederum nicht in der Form geschähe, daß weniger gearbeitet würde, sondern daß häufiger die erforderliche Perfektion nicht zustande käme und ganze Arbeitsgänge wiederholt werden müßten.

Technik und Freiheit

Was besagen diese Beispiele? Sie weisen auf eine Entwicklung hin, die immer mehr Bereiche der technisierten Industriearbeit ergreift und die bisher noch nicht in ihrer allgemeinen soziologischen Bedeutung erkannt wurde. Der Satz: Je mehr Technik, desto weniger Freiheit und Selbständigkeit am Arbeitsplatz, stimmt offenbar nicht, ebensowenig wie die Regel: Je durchdachter der Plan, desto mehr Kommandos sind nötig und desto krummer sind die Rücken. Auch die Auffassung, daß nur das hierarchische Prinzip in Betracht komme, wenn es gilt, die organisatorischen Probleme des Großbetriebs zu lösen, ist fragwürdig.

Wir wollen uns vor voreiligen optimistischen Verallgemeinerungen hüten. Wir müssen im Auge behalten, daß die technischen Arbeitsbedingungen außerordentlich viel Disziplin vom Menschen verlangen, soviel, daß auch ein kurzer Arbeitstag ohne muskuläre Leistung als sehr anstrengend empfunden werden kann. Aber an vielen Arbeitsplätzen ist die Disziplin von der Art, daß der Vorgesetzte ein sehr ungeeignetes Mittel wäre, sie durchzusetzen. Sie muß vom Arbeitenden selbst aufgebracht werden. Und er bringt sie auf, indem er dem Leistungsanspruch der Maschine genügt und nicht vor ihr versagt. Die Maschine ist in vieler Hinsicht unnachsichtiger und brutaler als ein Vorgesetzter, z. B. wenn sie Nachlässigkeiten mit Unfällen bestraft. Aber wie sie sich zeigt, fühlt sich der Arbeitende in der Regel in dieser Abhängigkeit freier, offenbar weil er sich lieber einem unpersönlichen, in sich logischen System von Bedingungen unterwirft als der Willkür anderer Personen, die nicht frei von Unsachlichkeit und Bosheit ist.

Aber es ist nicht nur die eigenartige Disziplin, die charakteristisch ist für die technisierte Arbeit der Nachfließbandperiode, sondern auch die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitsplätze, an denen selbständiges Handeln und selbständiges Denken verlangt werden, wächst. Wo dies vom Arbeitenden verlangt wird, muß die Vorgesetztenhierarchie mittelbarer werden, muß sich bis zu einem gewissen Grade aus dem Arbeitsalltag zurückziehen, wenn sie nicht zum Störungsfaktor werden will. Vielfach, besonders in der Produktion, ergibt sich dies von selbst, weil die Vorgesetzten durch neue Aufgaben viel zu sehr in Anspruch genommen sind, als daß sie ständig ihr Zepter schwingen könnten.

Die partielle Enthierarchisierung führt nicht zur Desintegration, einmal weil, wie gesagt, die notwendige Disziplin auch auf anderem Wege zustande kommen kann als durch Kommandogewalt, zum anderen weil die technische Entwicklung in der Produktion und neuerdings auch im Büro zur Herausbildung horizontaler Arbeitsgefüge führt, die sich allmählich auch in institutionalisierte Ordnungsgebilde verwandeln müssen, wenn die kooperative Leistung, der sie ihr faktisches Dasein verdanken, gesichert sein soll.

Aufgabe einer klugen Betriebspolitik ist, darauf hinzuwirken, daß diese Kooperationsgefüge nicht — wie heute vielfach — in Konflikt mit dem herkömmlichen hierarchischen System geraten, daß aus Kompetenzgründen nur die vertikalen Verbindungslinien legitimiert, sondern daß sie in einem gemilderten, indirekten hierarchischen System, das es auch in Zukunft geben wird, eine ergänzende Funktion haben.

Der skizzierte Strukturwandel des Industriebetriebes und seiner Kooperationsformen bringt auch für den Arbeiter und für den unteren Angestellten neue Probleme. Er verlangt ein Engagement der Person an die Technik. Man könnte aber fragen, wieweit der Mensch seine Seele der Technik verkaufen darf oder sich doch eine gewisse vorindustrielle Nonchalance bewahren sollte. Im ganzen gesehen trägt dieser Prozeß zu einer Humanisierung der Industriearbeit bei und entspricht vor allem der Mentalität vieler Arbeiter, die sich niemals mit dem hierarchischen System der Betriebsorganisation völlig identifizieren konnten.

Das Tabu in der Deutschlandpolitik

Die beiden mächtigsten Männer in Deutschland, Konrad Adenauer und Walter Ulbricht, erlebten in den vergangenen Wochen ähnliche Überraschungen: Politiker aus ihrem engsten Freundeskreis hielten die Zeit für gekommen, eigene Auffassungen zur Deutschlandpolitik zu äußern. Die einen bleiben ungeachtet dessen weiterhin gute Kommunisten, die anderen christlich und konservativ. Gerstenmaier und Lemmer bei uns, Schirdewan und Oelssner drüben rebellieren gegen ihre Götter, weil sie deren Konzeption im Hinblick auf das mit ihnen jeweils gemeinsam angestrebte Ziel für zu unbeweglich halten.

In Mitteldeutschland hat Ulbricht mit den Rebellen kurzen Prozeß gemacht; der Bundeskanzler läßt sich einseitigen von den Outsidern in der CDU wenig beeindrucken. Warum halten diese beiden mit der Macht vertrauten Männer so starr an ihrer einmal festgelegten Politik fest? Es gibt dafür eine einfache Erklärung: Beiden ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach. Ulbricht weiß ein kommunistisches Teildeutschland höher zu schätzen als das Risiko einer politischen Auseinandersetzung um das ganze Deutschland, und Dr. Adenauer hat sich ohnehin seit jeher am Rhein wohler gefühlt als in Berlin. Gleichwohl kann man nicht sagen, daß die beiden Politiker die Wiedervereinigung Deutschlands um keinen Preis wollen. Sie wollen die Einheit Deutschlands dann, wenn dieses Deutschland nach ihrem Bilde geformt wäre, sonst nicht. Das sind die Tatsachen.

Was kann man tun, um diese Tatsachen zu verändern? Es bleibt zu hoffen, daß die westdeutsche Bevölkerung im Laufe der nächsten Jahre begreift, welchen Mühlstein sie sich mit dem jetzigen Kanzler selber um den Hals gelegt hat. Sein Gewicht drückt nicht nur die Chancen einer neuen Deutschlandpolitik, sondern es wird in den kommenden Jahren auch den Wirtschaftswunderglauben zu einem Alptraum werden lassen, wenn die Regierung an dem geplanten Ausmaß der Aufrüstung festhält. Der Diktator Ulbricht hegt einerseits die große Hoffnung, daß ihm sein Gegenspieler Adenauer helfen wird, den Rapacki-Plan zu vereiteln, denn die Realisierung dieses Planes würde zu einer politischen Liberalisierung in den Ostblockländern führen, die Ulbricht nicht über-

leben könnte. So sind sich die beiden Mächtigen in Deutschland feindliche Brüder, ohne es zu wollen und vielleicht zu wissen.

Wir haben somit zwei Möglichkeiten. Die Bundesrepublik kann die Wiedervereinigung abschreiben und auf eine Sternstunde der Geschichte hoffen. Das will offenbar niemand bei uns verantworten. Dann bleibt uns nur ein zweiter Weg übrig: Wir müssen versuchen, unsere Ablehnung der Diktatur in Mitteldeutschland und unseren Hinweis auf die Verantwortung der Siegermächte zu verbinden mit der sowjetischen Ansicht, die Wiedervereinigung müsse sich aus Verhandlungen der beiden deutschen Teilstaaten ergeben. Ob man in diesem Zusammenhang an die Gründung eines dem Parlamentarischen Rat nachgebildeten Gremiums aus Vertretern Mittel- und Westdeutschlands denkt, das gewisse Vorarbeiten für Verhandlungen übernehmen könnte, oder ob man auf die Anregungen Thomas Dahlers zurückgreift, die beiden deutschen Teilstaaten mit den Vollmachten der Siegermächte versehen in Verhandlungen hineingehen zu lassen, ob die UNO hier eingeschaltet werden kann oder ob schließlich der Weg über eine wirtschaftliche Annäherung West- und Mitteldeutschlands gangbar wird, das alles sind Fragen der Methode. Diese Fragen sind sehr wichtig, aber jede Form einer weiterführenden Deutschlandpolitik muß ausgehen von dem Bestreben und der Bereitschaft, die westliche und die sowjetische Sicht insoweit unter einen Hut zu bringen, daß beide Seiten ihren Hut zu wahren können.

Es kann sein, daß die Sowjets sich auch im Rahmen einer solchen elastischen Politik nicht geneigt zeigen, einem demokratischen Gesamtdeutschland auf Anbieten zuzustimmen. Das werden wir sehen, und es sollte niemand geben, der vielleicht von uns erwartet, wir würden um der Einheit Deutschlands willen auch eine kommunistische Diktatur in Kauf nehmen. Wir wollen ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu allen unseren Nachbarstaaten, aber die innere Ordnung Deutschlands wird demokratisch sein oder Deutschland wird geteilt bleiben. Eben deshalb aber gibt es keinen Grund, den Willen der Sowjets nicht auf die Probe zu stellen. Verhandeln wir wie sie: Hart in der Sache und beweglich in der Methode. L-r.

Schutz der Bevölkerung?

Seit einiger Zeit spricht man in der westdeutschen Öffentlichkeit vom zivilen Be-

völkerungsschutz. Damit sind Maßnahmen gemeint, die der Bevölkerung im Falle

eines Krieges die Chance des Überlebens sichern sollen. Nun sind sich die meisten Politiker darüber einig, daß man alles tun muß, um einen solchen Krieg zu verhindern. Nicht einig aber sind sie sich über die ebenso ernste Frage, ob denn ein Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall überhaupt möglich wäre. Viele Menschen stellen sich eine militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa ähnlich wie im zweiten Weltkrieg vor. In jenen Jahren hatte es in der Tat noch einen Sinn, Luftschutzbunker zu bauen und ähnliche Schutzvorrichtungen zu treffen. Ist das aber heute auch noch so?

Ein umfassender Krieg in Europa mit herkömmlichen Waffen würde, da der Westen den Sowjets darin von vornherein unterlegen ist und bleibt, sofort zu einem Krieg mit atomaren Waffen ausarten. Alle namhaften Fachleute der Physik, der Biologie, der Radiologie und der Chemie sind sich darüber im klaren, daß in einem Krieg mit atomaren Waffen ein ziviler Bevölkerungsschutz so gut wie wirkungslos bleibt. Das gilt sowohl für einen Krieg mit Atomwaffen als auch für einen solchen mit Wasserstoffbomben, von denen sechs ausreichen würden, um das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unbewohnbar zu machen, während selbst die NATO für den Kriegsfall mit dem Abwurf von hundert Wasserstoffbomben auf Westeuropa rechnet. In einer so beschaffenen Situation ist es nichts als ein gefährlicher Selbstbetrug, sich und der Bevölkerung einzureden, es gäbe dann noch eine Chance des Überlebens. Schließlich geht es dabei ja nicht nur um das nackte Leben. Was nützt es,

wenn eine radioaktiv verseuchte Bevölkerung dahingeht und für sich und ihre Kinder keine Zukunft mehr sieht?

Es bleibt also die Frage, ob überhaupt etwas für den zivilen Bevölkerungsschutz getan werden muß. Der Abg. Erler hat vor kurzem mit Recht darauf hingewiesen, daß die Bundeswehr nur noch den Sinn hat, uns gegenüber den ostzonalen Streitkräften und der tschechischen Armee in einem begrenzten Konflikt abzusichern. Andere militärische Verwicklungen in Deutschland sind nicht denkbar oder würden sofort in einen Atomkrieg umschlagen und damit unser Ende als Volk bedeuten.

Für den Fall einer auf Deutschland beschränkten bürgerkriegsähnlichen Verwicklung also müßte man die Zivilbevölkerung schützen, denn eine solche Kraftprobe würde mit herkömmlichen Waffen ausgetragen, gegen die es noch weitgehende Schutzmaßnahmen gibt. Bei einer innerdeutschen militärischen Kraftprobe sind dabei in erster Linie die Menschen im Hinterland der Zonengrenze bedroht. Das Programm eines zivilen Bevölkerungsschutzes wäre somit auf diese Gebiete zu konzentrieren.

Es ist hohe Zeit, daß dieses Thema aus der beschaulichen Betrachtung der militärischen Vergangenheit herausgelöst wird und daß wir uns klar darüber werden, mit welchen militärischen Einwirkungen wir denn heute im Ernstfall zu rechnen hätten. Die Bundesregierung sollte sich unverzüglich dazu entschließen, führende Wissenschaftler zu bitten, uns genaues Tatsachenmaterial an die Hand zu geben. Dann kann man sich begründet entscheiden. L.r.

Baudissin ging

Der Leiter der Unterabteilung Inneres Gefüge im Bundesministerium für Verteidigung, Oberst Graf Baudissin, hat um seine Versetzung zur Truppe gebeten. Gleichzeitig ist der Chef der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums mit einer anderen Aufgabe betraut worden. Es ist selbstverständlich das gute Recht jedes Offiziers, den Minister um eine andere Verwendung im Rahmen der Bundeswehr zu bitten. Wir würden darüber kein Wort verlieren, wenn es sich nicht um den Obersten Baudissin handelte, den man wohl als den Vater des „Staatsbürgers in Uniform“ ansprechen darf.

Baudissin gehört zu der Gruppe von jüngeren Offizieren, die ein neues und zeitgemäßes Verhältnis zwischen dem Soldaten und der Demokratie schaffen wollen. Ihm und seinen Freunden geht es darum, die Bundeswehr nicht zu einem Staat im Staate werden zu lassen, sondern dem Vorrang von Parlament und Regierung auch in der Bundeswehr zur Achtung und Anerkennung zu verhelfen. Baudissin möchte verhindern, daß ein hohles Pathos sich des Geistes der Bundeswehr bemächtigt, er möchte die Leitideen der Demokratie zur

Grundlage der staatsbürgerlichen Bildung in den Streitkräften machen.

Dieser Arbeit hat sich der Oberst in den letzten Jahren mit Hingabe gewidmet. Es soll hier nicht untersucht werden, ob er dabei immer die richtigen Vorstellungen entwickelt hat. Der gute Wille ist ihm jedenfalls nicht abzusprechen, und er steht mit seinem Namen für den „Staatsbürger in Uniform“ ein. Nun bat dieser Mann, kurz und knapp, um seine Versetzung. Wir möchten hoffen, daß ihm selbst noch klar wird, wie wenig es mit einem solchen Schritt getan ist. Denn wir befürchten, daß sein Minister Strauß den Zeitpunkt für gekommen hält, sich in Zukunft vielleicht mehr an militärischen Zweckmäßigkeiten als an politischen Notwendigkeiten zu orientieren. Wir sprechen das aus, obwohl Strauß oft und vernehmlich darauf verweist, daß er den Vorrang des politischen vor dem militärischen Denken zu sichern beabsichtige.

Welche Sorgen sich hier für jeden Demokraten ergeben können, mögen zwei Beispiele deutlich machen. „Die Bundeswehr“, die Zeitschrift des Bundeswehr-Verbandes, brachte in einer ihrer letzten Ausgaben

eine Meldung von insgesamt achtzehn (!) Zeilen über die Regierungserklärung Dr. Adenauers und die Debatte des Bundestages darüber. Das Blatt schrieb, Adenauer habe der SPD „die große Koalition angeboten“, die von den Sozialdemokraten aber abgelehnt worden sei. Dem Umfang und der Qualität nach ließ diese Meldung auf einen bedenklichen Mangel an Verständnis und geistigem Fassungsvermögen schließen. Im nächsten Heft der gleichen Zeitschrift, die sich des Wohlwollens des Verteidigungsministers erfreut, war dann das alte Panzerlied abgedruckt, „Ob's stürmt oder schneit...“, mit seinem heroischen Ende „... und trifft uns die Todeskugel, ruft uns das Schicksal ab, dann wird uns der Panzer ein ehernes Grab“. Ledig-

lich die zweite Strophe soll in der neuen Fassung den Bundeswehrsoldaten darauf aufmerksam machen, daß er nicht in der großdeutschen Wehrmacht, sondern in der NATO steht. Diese Strophe heißt jetzt so:

*„Wir stürmen und kämpfen, mit Völkern vereint,
die die Freiheit lieben, wie der Freie sie meint.*

*Wir stehen treu zusammen und reichen uns die Hand,
der Wille zur Freiheit, es ist unser Band.“*

Sollte es dieser dumme und böse Geist sein, der dem Oberst Baudlissin seine Reformpläne vom Tisch zu wehen droht?

L-r.

Die Lobbyisten und das Parlament

Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir in allen westlichen Demokratien in der Gefahr schweben, die parlamentarische Regierungsform der Sache nach durch einen bürokratischen Verwaltungsstaat verdrängen zu lassen. Das hat seine Ursache in der Ausdehnung der Bürokratien auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung und in der Spezialisierung der Verwaltungstätigkeit, zwei Faktoren, die dem Staatsapparat ein erhebliches Übergewicht gegenüber den Parlamenten geben. Noch schwerwiegender aber ist der Einfluß, den wirtschaftliche und andere Interessengruppen auf die Parlamente zu nehmen versuchen, um ihre jeweils besonderen Wünsche durchzusetzen. So gibt es in Bonn heute mehr als 350 Büros solcher Interessengruppen, die einen mehr oder weniger kostspieligen Aufwand treiben und sich bemühen, Regierung und Abgeordnete zu beeinflussen.

Nun ist es eine natürliche Sache, daß Gruppen oder einzelne Menschen immer bemüht sind, nicht nur an das Gemeinwohl zu denken, sondern vor allem an ihre eigenen Anliegen. Aber es bleibt die Frage, wie sich das in einer Demokratie vollziehen soll, wie die Autorität der Parlamente und die Unbestechlichkeit der Abgeordneten auch gegenüber sehr feinen Versuchen gewahrt werden kann. Niemand kann es den Bauern, den Gewerkschaften usw. verübeln, wenn sie versuchen, möglichst viele ihrer Wünsche in der Gesetzgebung oder in der Verwaltung anzubringen, solange sie dabei das Ganze im Auge behalten.

Vom Übel ist jedoch die heute praktizierte Form der Einflußnahme auf Parlament und Regierung. Das zeigt sich z. B. in der Finanzierung des Wahlkampfes bestimmter Parteien, die durch Geldzuwendungen in ihrer politischen Handlungsfreiheit eingeengt werden. Das wird deutlich in Affären, wie wir sie beim Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz erleben mußten.

Damit stellen sich zwei Probleme: Einmal die Frage, wie die Parteien finanziell von Geldspenden unabhängig gemacht werden

können. Das wird nur gehen durch eine möglichst große Zahl von Mitgliedern, die sich heute lediglich bei der SPD findet, und zum anderen werden wir zu irgendeiner finanziellen Beteiligung aller Staatsbürger kommen müssen, ob das nun in der Form eines Bürgerpennings geschieht oder in anderer Weise. Wir leben in einem Parteienstaat, und wir müssen deshalb daran interessiert sein, daß die politischen Parteien möglichst gute Arbeit leisten. Gute Arbeit aber kostet etwas, auch in der Politik.

Zweitens müssen wir Wege finden, um den heute unkontrollierbaren Einfluß der Lobbyisten der Öffentlichkeit erst einmal sichtbar zu machen. Dazu hat es in den letzten Jahren viele Vorschläge gegeben. Einer davon — er ging von den Gewerkschaften aus — forderte die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates, der nicht ein zweites Parlament sein sollte, sondern dessen Aufgabe darin zu bestehen hätte, den beteiligten Interessenten am wirtschaftlichen Geschehen eine Plattform zu schaffen, wo sie offen und öffentlich über die wechselseitigen Interessen und deren Ausgleich sprechen können. Wir meinen, daß die Bildung eines so beschaffenen Bundeswirtschaftsrates auch heute noch sinnvoll wäre.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat von sich aus einen anderen Weg vorgeschlagen, wie man der Öffentlichkeit einen Einblick in das Wollen der Interessengruppen geben kann und sie zugleich in engere Tuchfühlung zu den offiziellen Einrichtungen des Parlaments bringt. Sie hat beschlossen, die Vertreter der großen Interessenverbände in Zukunft zu Tagungen der sozialdemokratischen Abgeordneten einzuladen und dort mit ihnen über ihre Anliegen zu diskutieren. Das ist eine gute Anregung, weil sie dazu beiträgt, das Ansehen des Parlaments und die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu sichern. Diese neue Praxis der Opposition kann wegweisend werden für eine neue und saubere Ordnung der Beziehungen zwischen den staatlichen Organen einerseits und den gesellschaftlichen Gruppen andererseits. L-r.

Nationalistische Ideologien

Von K. H. Tjaden, Frankfurt

Den nationalistischen Ideologien in Deutschland ist die letzten vierzig Jahre hindurch die Vorstellung von einer noch zu vollziehenden „Deutschen Revolution“ gemeinsam. Sieht man ab von Wendungen bei Spengler — z. B. in „Preußentum und Sozialismus“: „Im Herzen des Volkes ist Weimar gerichtet... die Revolution ist nicht zu Ende“¹⁾ —, so wird eine Fortführung und Überwindung der Umwälzung von 1918 im Namen der Nation zum ersten Male mit Nachdruck im Jahre 1924 von Moeller van den Bruck propagiert: „...eine Revolution muß gewonnen werden. Eine Revolution ist einmalig... Eine Revolution ist die ureigenste Angelegenheit einer Nation...“²⁾.

Der Primat der Nation in der theoretischen und praktischen Überwindung der spätliberalen Gesellschaftsordnung ist in der Folgezeit in eine Reihe mehr oder minder rationaler und zusammenhängender politischer Theorien eingebaut, deren Apologetik um so krampfhafter wurde, je mehr sich die Anfälligkeit dieser Ordnung für wirtschaftliche Krisen am Ende der zwanziger Jahre zeigte. Beispiele bei Carl Schmitt, Hans Freyer, Ernst Jünger und aus dem Paetel-Kreis sollen hierzu untersucht werden. An die Stelle solcher Theorien tritt dann mit Errichtung des Staates, den Moeller van den Bruck als „Drittes Reich“ gefordert hatte, die „nationalsozialistische Weltanschauung“, die, nach einem Wort aus dem Ideologie-Aufsatz der „Soziologischen Exkurse“, „manipulativ ausgedacht“ und „bloßes Herrschaftsmittel“³⁾ war. Nach 1945 traten nationalistische Ideologien kaum noch als zusammenhängende Theorien, jedoch bruchstückhaft und nach heutigen politischen und Machtkonstellationen modifiziert in Erscheinung.

I.

Die Formel von der „Deutschen Revolution“ deutet von vornherein hin auf die beiden für Deutschland unmittelbar wichtigsten Folgen des ersten Weltkriegs, die — mit

dem Namen der Weimarer Republik eng verknüpft — deren nationalistischen Gegnern die Angriffspunkte lieferten: Mit der Erbitterung über den Versailler Vertrag verband sich die Enttäuschung eines Großteils der Deutschen über die sozialen Ergebnisse der Revolution von 1918. Die Überwindung der in den Formen der republikanischen Demokratie direkter hervortretenden Interessengegensätze in der Gesellschaft sollte einhergehen mit der Überwindung der nationalen Schwäche, denn parlamentarische Interessenkämpfe wurden als Folge eines „westlichen Liberalismus“ empfunden. Je nachdem, ob als Liberalismus wirtschaftliche oder politische Prinzipien verbannt wurden, ob als entscheidender Fehler der Republik die Hilflosigkeit des Parlaments angesichts der undurchsichtigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse oder die liberaldemokratische Verfassung „an sich“ genannt wurden, schieden sich die nationalistischen Geister und wurden die einen zu Verfechtern eines nationalen Klassenkampfes, die anderen zu Anhängern eines Führer- und Volksgemeinschaftskultes. Die Verspätung, mit der im Vergleich zu anderen europäischen Ländern die Formen der politischen Demokratie in Deutschland eingeführt waren, gab ihren Gegnern dann die Gelegenheit, sie als eine dem deutschen Volke „wesensfremde“ Importware zu bezeichnen und eine „Volksgemeinschaft“ als scheinbar dritten Weg zwischen spätfeudalen und demokratischen politischen Formen erfolgreich zu propagieren.

Die Ideologien der Weimarer Zeit haben ihren Anspruch, mit dem sie zur Veränderung ihres gesellschaftlichen Grundes riefen, mit unterschiedlichem Recht behauptet. Daß die Interessengegensätze in der Gesellschaft, die sie im Namen der Volksgemeinschaft überwinden wollten, nicht von einer böswilligen, „antinationalen“ Einstellung dieser Interessierten, sondern von deren Stellung im Produktionsprozeß herrührten, wird von den antidemokratischen Verfechtern der „deutschen Revolution“ übersehen. Dagegen besteht das Wahrheitsmoment bei den Ideologien, die ihre „deutsche Revolution“ als unwalzende Praxis jener Deutschen, die „wirtschaftlich unterdrückt“⁴⁾ sind, verstehen, nicht nur in der Berücksichtigung

¹⁾ Zitiert nach Neurohr: „Der Mythos vom Dritten Reich“, Stuttgart 1957, S. 63.

²⁾ In: „Das Dritte Reich“, zitiert nach Neurohr a. a. O., S. 63.

³⁾ Institut für Sozialforschung: „Soziologische Exkurse“, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band IV, Frankfurt 1950, S. 169.

⁴⁾ „Die Sozialistische Nation“, Hrg. K. O. Paetel, Berlin 1931, Heft 7/8, S. 11.

sichtigung der Notwendigkeit des „die Welt Veränderns“, sondern auch in einer annähernd richtigen Interpretation der gesellschaftlichen Lage. So finden sich in den Publikationen des Kreises um die Zeitschrift „Die sozialistische Nation“⁵⁾ Sätze, die den ökonomischen Grund der gesellschaftlichen Problematik nicht übersehen: „Der heutige Zustand erfordert die schärfste Durchführung des Klassenkampfes der Unterdrückten gegen alle, die das privatkapitalistische Dogma von der Heiligkeit des Eigentums vertreten. Das ist der einzige Weg zur deutschen Volksgemeinschaft“⁶⁾. Dabei wird der Begriff der „Volksgemeinschaft“ so präzisiert: „Wir bedauern die Zerreißung (des ‚Volkes in Klassen‘) nicht... Wir haben uns überzeugt, daß auch die Kreise, die mit faschistischen Mitteln ein ‚Drittes Reich‘ erkämpfen wollen, grundsätzlich an den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nichts zu ändern willens sind. Die von dort ausgehenden Lösungen haben uns ... eine Zeitlang täuschen können; nachdem wir ihre Hohlheit erkannt haben, ziehen wir die Folgerungen...“⁷⁾. Thesen ähnlicher Tendenz wurden u. a. auch im Kreis um die Zeitschrift „Der Vorkämpfer“ Hans Ebelings⁸⁾ entwickelt.

Die Formulierungen enthüllen jedoch auch die Unklarheit dieser klassenkämpferischen Ideologie. In ihr werden — wie an anderer Stelle⁹⁾ hervorgeht — alle nicht-bourgeois Klassen zu einer revolutionären Masse zusammengefaßt, ohne daß genauer dargelegt würde, wem die Führung einer solchen revolutionären Erhebung zukommen und wie diese Erhebung die „Volksgemeinschaft“ herstellen, wie die soziale Gegensätzlichkeit konkret aufgehoben werden soll. Der Unklarheit in der „Frage der Hegemonie des Proletariats“ hierbei entspricht — wie in einer zeitgenössischen Kritik Wolfgang Abendroths zu lesen ist — die „fehlende Stellungnahme zum proletarischen Internationalismus“¹⁰⁾. Indem die Nationalität in der Standortbestimmung der Revolutionäre vor ihrer Stellung im gesellschaftlichen Prozeß den Vorrang hat, wird dieser selbst verkannt.

Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Zusammenhänge oder gar eine gewisse Einsicht in sie findet sich bei den meisten anderen nationalistischen Ideologien dieser Zeit überhaupt nicht. Die Kritik daran

setzte von sozialrevolutionärer Seite damals schon bald ein. Das im nationalistischen Lager zu der Zeit damals stark beachtete Buch Ernst Jüngers „Der Arbeiter — Herrschaft und Gestalt“¹¹⁾ wurde so z. B. von W. Lerson eine „Versuchung für den revolutionären Nationalismus“¹²⁾ genannt: „... (man weiß) wohin es führt, die Vision dieses rauschhaften Künders einer großen Typenverwandlung umzuwerten in tagespolitische Frontenbildungen: nämlich in... faschistische, staatskapitalistische Experimente...“¹³⁾. Der „Typ, der hier seine Herrschaft anmeldet, hat nichts mit dem empirischen Arbeiter zu tun, ist... eine Vision, die man als Irrlicht benutzen kann“¹⁴⁾.

Jüngers „Arbeiter“, der Gegensatz zum „Bürger“, ist eine abstrakte ahistorische „Gestalt“. „Eine Gestalt ist, und keine Entwicklung vermehrt oder vermindert sie. Entwicklungsgeschichte ist daher nicht Geschichte der Gestalt... Die Geschichte bringt keine Gestalten hervor, sondern sie verändert sich mit der Gestalt. Sie ist die Tradition, die eine siegreiche Macht sich selbst verleiht“¹⁵⁾. Aus Jüngers Bestimmung der Arbeit ist gleichfalls alles Historische und Ökonomische entfernt: „Arbeit ist... das Leben der Faust, das Leben bei Tag und bei Nacht“, und die „Welt“ ist durch den „totalen Arbeitscharakter“¹⁶⁾ bestimmt, dem die „Gestalt“. „Quelle der Sinngabe“¹⁷⁾ ist. Diese Sinngabe wolle die Welt des Bürgers überwinden und stehe gegen dessen „Bestreben, den Staat, der auf Rangordnung beruht, zu sehen als Gesellschaft, deren Grundprinzip die Gleichheit ist...“¹⁸⁾. Diese Überwindung der bürgerlichen Welt, die zugleich die Überwindung des Gegensatzes von Bürger und Proletariat sei, dieser „Aufgang des Arbeiters“ sei „mit einem neuen Aufgang Deutschlands gleichbedeutend“¹⁹⁾.

Das gesamte Bild der Geschichte wird, wie Th. W. Adorno von Spengler in den „Prismen“ schreibt²⁰⁾, auch bei Jünger am „Ideal der Herrschaft“ gemessen. Seine Freude am Krieg, der er in wirren Satzgebilden Ausdruck gibt, ist unverhohlen: „Wohl stellt die Kriegserfahrung ein Kapital dar, von dem sich in friedlichen Zeiten die Vorstellung des Soldaten über den Krieg ernährt, aber der Wert dieses Kapi-

⁵⁾ „Die Sozialistische Nation“, Hrg. K. O. Paetel, Berlin ab 1931.

⁶⁾ Zitiert nach „Die Sozialistische Nation“, a. a. O., S. 11.

⁷⁾ Zitiert nach „Die Sozialistische Nation“, a. a. O., S. 14.

⁸⁾ „Der Vorkämpfer“, Hrg. Hans Ebeling, Krefeld ab 1930.

⁹⁾ Z. B. A. Rosenberg in: „Die Kommenden“, Berlin 1931, Nr. 28.

¹⁰⁾ W. Abendroth: „Auf dem Wege zum proletarischen Klassenkampf“ in: „Die Sozialistische Nation“, Berlin 1932, Heft 7/8.

¹¹⁾ E. Jünger: „Der Arbeiter — Herrschaft und Gestalt“, 2. Aufl., Hamburg 1932.

¹²⁾ W. Lerson: „Ernst Jüngers ‚Arbeiter‘“ in: „Die Sozialistische Nation“, Berlin 1932/33, Heft 11/12.

¹³⁾ W. Lerson, a. a. O.

¹⁴⁾ W. Lerson, a. a. O.

¹⁵⁾ E. Jünger, a. a. O., S. 79.

¹⁶⁾ E. Jünger, a. a. O., S. 99.

¹⁷⁾ E. Jünger, a. a. O., S. 148.

¹⁸⁾ E. Jünger: „Der Arbeiter“, zitiert nach Neurohr a. a. O., S. 251.

¹⁹⁾ E. Jünger: „Der Arbeiter“, zitiert nach Neurohr a. a. O., S. 252.

²⁰⁾ Th. W. Adorno: „Prismen“, Frankfurt 1955, S. 64.

tals nimmt in demselben Maße ab, in dem der Krieg in die Vergangenheit rückt... Dennoch findet gleichzeitig ein beständiges Wachstum statt, denn der Krieg ist nicht ein Zustand, sondern eine andere Seite des Lebens, die selten an die Oberfläche tritt, aber eng mit ihm verbunden ist...²¹⁾

Der Rest von Wahrheit, der sich zeigt, wenn „Welt“ in dem Wort vom „totalen Arbeitscharakter“ als Produkt der Praxis bestimmt wird, wird fraglich schon durch das Vage der Vokabel „Welt“, die nicht als gesellschaftliche verstanden wird, sondern als irrationaler Zusammenhang. Anstatt den „Charakter der Arbeit“ am ökonomischen Beispiel zu erläutern, macht Jünger ihn zu einem „totalen Charakter“, dessen Totalität vermutlich darin bestehen soll, daß vor ihm alle besonderen Interessen, so vor allem die ökonomischen, verschwinden. Die Totalität des Arbeitscharakters bewährt sich offenbar vor allem im Kriege, und man kann vermuten, daß für Jünger der „neue Aufgang Deutschlands“ damals mit der Notwendigkeit verbunden war, Kriege — jene „andere Seite des Lebens“ — oft genug „an die Oberfläche treten“ zu lassen. Seine Ideologie kommt der Verherrlichung des aggressiven kapitalistischen Nationalstaats nahe, dessen soziale „Rangordnung“ man sich denken kann.

Die Formel von der „deutschen Revolution“ wird bei Hans Freyer und bei dem Kreis um die weithin gelesene Zeitschrift „Die Tat“ zur Parole „Revolution von rechts“. Man will die Unterordnung besonderer wirtschaftlicher Interessen unter die „völkische Einheit“, wobei die Frage nach der Berechtigung dieser oder jener Interessen nicht gestellt wird. Sozialismus und Liberalismus werden als Erscheinungsformen der gleichen „unvölkischen“, wirtschaftsbestimmten Einstellung gesehen und — vor allem später bei Carl Schmitt — streng vom Begriff „Demokratie“ geschieden. Die Revolution „von rechts“ richtet sich darum gegen Sozialismus und Liberalismus zugleich und gegen ihr politisches Instrument, Parlament und Diskussion. So schreibt die „Tat“: „Wir verwerfen die Idee des Liberalismus, der glaubt, daß die freie Tätigkeit des Individuums notwendig zur sozialen Harmonie und zum allgemeinen Wohlstand führen muß, wir verwerfen den Marxismus, der erklärt, daß aus der Entwicklung des liberalen Systems der Sozialismus mit Notwendigkeit hervorgehen wird; wir verwerfen die Idee, die dem Liberalismus und dem Marxismus gemeinsam ist, nämlich, daß die Weltwirtschaft nach eigenen Gesetzen ablaufe, daß sie den Vortritt habe vor der nationalen Wirtschaft...“²²⁾

Man will das wirtschaftsbestimmte Denken überwinden, ohne das Bestimmende, die ökonomische Struktur, zu verändern. Vielmehr soll das Ökonomische zu einer Art „Sektor“ neben „Kultur“, „Politik“ uaf. im Kreis der „nationalen Aufgaben“ werden. Im Zuge dieser „Überwindung“ der Ökonomie, des „wahren Anarchismus gegen die Totalität des Staates“²³⁾, werden auch die politischen Formen des Liberalismus überflüssig. Schon 1925 propagiert Hans Freyer „daß eine, klassenlose, aber vielschichtige, herrschaftsfreie, aber streng gefügte Gebilde des Volkes. Volk sein heißt Volk werden, unter des Führers Hand“²⁴⁾. Träger der Freyer'schen „Revolution von rechts“ ist das Volk, „was nicht Gesellschaft, nicht Klasse, nicht Interesse, also nicht ausgleichbar, sondern abgründig revolutionär ist“. Es ist der „Gegenspieler der industriellen Gesellschaft“²⁵⁾. Die Überwindung dieser Gesellschaft im „reinen Protest“²⁶⁾ schafft eine „ökonomielose“ Periode, und dies um so leichter, als ihm ohnehin alle Klassengegensätze nur „Herrschaftsspannung zwischen heterogenen Teilgruppen“²⁷⁾ bedeuten. Die kommende Revolution wird irrationalistisch wie folgt umschrieben: „Das revolutionäre Prinzip, das einem Zeitalter innewohnt, ist seinem Wesen nach keine Struktur, keine Ordnung, kein Aufbau, sondern es ist reine Kraft... es kommt darauf an, daß das neue Prinzip das aktive Nichts in der Dialektik der Gegenwart, also die reine Staatskraft zu bleiben wagt“²⁸⁾.

Gleich unklar werden seine Angriffe gegen die Einrichtungen der Demokratie, gegen Parlamente, Parteien und rationale Politik geführt. Sie sollen nur angedeutet werden. Von Freyers Vorliebe für Diktatoren wurde schon gesprochen; an anderer Stelle trägt er ihnen auf, „das Volk so zu formen, daß sein Reich sein Schicksal sei“²⁹⁾. Zur politischen Ethik schreibt er, es komme nur darauf an, „sich richtig zu entscheiden, nicht aber (sei es nötig) zu wissen, daß oder warum es richtig ist“³⁰⁾.

Carl Schmitt wurde von seinen Freunden der „ungekrönte König der deutschen Juristen“, von seinen Gegnern ein „Verhängnis für Deutschland“ genannt. Daran ist wahr, daß der Staatsrechtler, Völkerrechtler und Rechtsphilosoph auf ebenso

²¹⁾ Freyer: „Der Staat“, Leipzig 1925, S. 177.

²²⁾ Freyer, a. a. O., S. 199.

²³⁾ Freyer, a. a. O., S. 35 u. 44.

²⁴⁾ Freyer, a. a. O., S. 27 ff. Diese zitiert nach Lukács: „Die Zerstörung der Vernunft“, Berlin 1955, S. 512 ff.

²⁵⁾ Freyer: „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“, Leipzig 1930, S. 234.

²⁶⁾ Freyer: „Revolution von rechts“, Jena 1931, S. 27 f.

²⁷⁾ Freyer: „Der Staat“, a. a. O., S. 202 f. (vgl. Anm. 26).

²⁸⁾ Freyer: „Herrschaft und Planung“, Hamburg 1933, S. 39.

²⁹⁾ E. Jünger: „Blätter und Steine“, Leipzig 1943, S. 87, zitiert nach R. Ernst: „Sprachproben aus der Jüngergrube“ in „Aufklärung“, Jahrg. II, Mainz 1952, Heft 1, S. 3 ff.

³⁰⁾ Zitiert nach Neurath, a. a. O., S. 132.

scharfsinnige wie zynische Weise Hitler zur staatsrechtlich-theoretischen Rechtfertigung seiner Liquidierung der Weimarer Republik verholten hat. Seine Kritik galt schon früh dem Parlamentarismus. Die „Methode der Willensbildung durch einfache Mehrheitsfeststellung“ sei „stunvoll und erträglich (!), wenn eine substantielle Gleichartigkeit des ganzen Volkes vorausgesetzt werden“³¹⁾ könne, eine Gleichartigkeit, die in einer Klassengesellschaft gewiß nicht vorhanden ist. Seine Freundschaft galt darum dem, der „souverän ist (weil er) ... über den Ausnahmezustand entscheidet“³²⁾, dem Diktator also.

In einer Schrift aus dem Jahre 1927 hat Schmitt seinen „Begriff des Politischen“ erläutert, der seinem rechtsphilosophischen, staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Denken zugrundeliegt: „Politisches Denken und politischer Instinkt bewähren sich ... theoretisch und praktisch an der Fähigkeit, Freund und Feind zu unterscheiden“³³⁾. Diese Fähigkeit ist ihm „notwendige Denkvoraussetzung“: „Weil nur die Sphäre des Politischen letzten Endes von der realen Möglichkeit des Feindes bestimmt wird, können politische Vorstellungen und Gedankengänge nicht gut einen anthropologischen „Optimismus“ zum Ausgangspunkt nehmen. Sonst würden sie mit der Möglichkeit des Feindes auch jede spezifische politische Konsequenz aufheben“³⁴⁾. Da im politischen Ausnahmezustand „der Staat bestehen bleibt, während das Recht zurücktritt“³⁵⁾, andererseits die „Würde“ des Staates „vom Recht deriviert und ... in der Ausschließlichkeit (besteht), mit der er vom Recht umfaßt und ergriffen wird“³⁶⁾, mißt sich die Güte des Rechts daran, ob es dem politischen Ausnahmezustand gewachsen ist. Darum ist das diktirte „Recht“ im Ausnahmezustand — in dem es um die Vernichtung des Feindes geht — besser, nämlich „existentieller“³⁷⁾, als das gewöhnliche, „normative“; so kann Carl Schmitt später Ausnahmezustände des Dritten Reiches beweihräuchern: „Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.“³⁸⁾ Immerhin ist hierin jedoch auch eine Kritik am „Metajuristischen“ Jellinek und Kel-

sens enthalten, an der Trennung der (naturnatürlichen) „Geltung“ der Rechtsätze von allem Gesellschaftlichen.

Verfassungsrechtlich gilt der Kampf Carl Schmitts dem liberalen Verfassungsideal, das „von England direkt oder über Frankreich und Belgien“³⁹⁾ nach Deutschland eingeführt und daher — nach einer Formulierung W. Alfes — „nicht begründet oder unbegründet, sondern Importware“⁴⁰⁾ ist. Die heutige Demokratie, so sagt Schmitt in seinem bekannt gewordenen Buch über „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“, „führt zunächst zu einer Krisis der Demokratie selbst, weil mit der allgemeinen Menschengleichheit das Problem der zu einer Demokratie notwendigen substantiellen Gleichheit und Homogenität nicht gelöst werden kann. Sie führt ferner zu einer von der Krisis der Demokratie wohl zu unterscheidenden Krisis des Parlamentarismus“⁴¹⁾. Das Parlament wird, wie Schmitt richtig sieht, „zu einem Schauplatz pluralistischer Aufteilung der organisierten gesellschaftlichen Mächte“, doch verzichtet er darauf, diesen „Pluralismus“ weiter zu untersuchen. Er führt ihn vielmehr auf seine „Freund-Feind“-Schablone zurück und löst die Krise der Demokratie dann, indem er deren Begriff von liberaler Verfassung, Parlamentarismus und Diskussion scheidet: „Der Wille des Volkes kann sich durch Akklamation, durch stumme Zustimmung, durch einfaches Dasein ausdrücken“⁴²⁾; „Diktatur ist nicht der entscheidende Gegensatz zur Demokratie und Demokratie nicht der zur Diktatur“.

Der gleiche zynische Verzicht auf Rationalität, in dem das „stumm daselende“ Volk als ein sich selbst regierendes Volk ausgegeben wird, findet sich wieder in den völkerrechtlichen „Theorien“ Carl Schmitts, denen der „Freund-Feind“-Gedanke gleichfalls zugrunde liegt. Es geht ihm um eine „klare, auf dem Grundsatz der Nichtintervention raumfremder Mächte beruhende Raumordnung gegen eine universalistische Ideologie, die die ganze Erde in das Schlachtfeld ihrer Interventionen verwandelt und sich jedem natürlichen Wachstum lebendiger Völker in den Weg stellt“⁴³⁾. Nur so kann „ein machtvolleres deutsches Reich“ entstehen. Und: die „Tat des Führers hat dem Gedanken unseres Reiches politische Wirklichkeit, geschichtliche Wahrheit und eine große völkerrechtliche Zu-

³¹⁾ C. Schmitt: „Legalität und Legitimität“, München-Leipzig 1932, S. 31.

³²⁾ C. Schmitt: „Politische Theologie“, München-Leipzig 1934, S. 58.

³³⁾ C. Schmitt: „Der Begriff des Politischen“, München-Leipzig 1934, S. 54.

³⁴⁾ A. a. O., S. 51.

³⁵⁾ C. Schmitt: „Politische Theologie“, a. a. O., S. 1 f.

³⁶⁾ C. Schmitt: „Der Weg des Staates und die Bedeutung des Einzelnen“, Tübingen 1914, S. 54.

³⁷⁾ C. Schmitt: „Positionen und Begriffe“, Hamburg 1940, S. 124.

³⁸⁾ C. Schmitt, a. a. O., S. 200 f.

³⁹⁾ C. Schmitt: „Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat“ in: „Positionen und Begriffe“, a. a. O., S. 230.

⁴⁰⁾ W. Alfes: „Carl Schmitt oder die Aspekte des Terrors“ in: „Aufklärung“, Jahrgang II, Köln 1932, Heft 1, S. 10.

⁴¹⁾ C. Schmitt: „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“, München-Leipzig 1929, S. 21.

⁴²⁾ C. Schmitt in „Hochland“, XXIII, Bd. II, S. 257, zitiert nach Neuhoff a. a. O., S. 111.

⁴³⁾ C. Schmitt: „Großraum gegen Universalismus“ in: „Positionen und Begriffe“, a. a. O., S. 302.

kunft verliehen“⁴⁴⁾. — Solche Sätze stellen schon keinen Anspruch auf Wahrheit mehr, sondern sind so beschaffen, wie Schmitt „Demokratie“ erklärt: sie sind bloße Akklamation, mit dem Unterschied freilich, daß sie Schmitt als einem Handlanger der führenden Schicht Vorteil brachten. Hier wie bei der Erörterung der eigentlichen „nationalsozialistischen Weltanschauung“ ist, einem Satz aus den „Soziologischen Exkursen“ folgend⁴⁵⁾, die Ideologiekritik zu ersetzen durch die Analyse des „cul bono“.

II.

Als die Diktatur die Gesellschaft der Möglichkeit der Gruppen- und somit der politischen Willens-Bildung beraubt hatte, stand einer unter Beibehaltung der ökonomischen Struktur entpolitisierten Gesellschaft eine Mächteelite gegenüber, die, um Macht zu gewinnen und die Gesellschaft zu beeinflussen und zu kontrollieren, auf den Gebrauch von Propaganda und Gewalt spezialisiert war. Was man als „nationalsozialistische Weltanschauung“ bezeichnete und was sich durch Hinzunahme der Rassen-theorie und von verhüllenden wirtschaftstheoretischen Phrasen zu den alten nationalistischen Ideologien von jenen sogar durch mindere Qualität noch unterschied, diente nur dazu, den neu aufgebauten Herrschaftsapparat zu verschleiern.

Diese Funktion seiner „Weltanschauung“ gestand Hitler schon in seiner Schrift „Mein Kampf“ ein: „In allen diesen Fällen handelt es sich um Beeinträchtigung der Willensfreiheit des Menschen. Am meisten gilt dies natürlich für Versammlungen, in die an sich Menschen von gegenteiliger Willenseinstellung kommen... Der über-ragenden Redekunst einer beherrschenden Apostelnatur wird es nun leichter gelingen, Menschen dem neuen Willen zu gewinnen, die selbst schon eine Schwächung ihrer Widerstandskraft in natürlicher Weise erfahren haben, als solche, die noch im Vollbesitz ihrer geistigen und willensmäßigen Spannkraft sind“⁴⁶⁾. Korrekturen an dieser „Weltanschauung“ lehnte Hitler von vornherein ab: Jeder Versuch dazu wirke sich... meist verhängnisvoll aus. „Denn damit wird etwas, das unerschütterlich fest sein sollte, der Diskussion anheimgegeben...“⁴⁷⁾. Rosenberg begründete diese Unantastbarkeit des nationalsozialistischen „Gedankenguts“ damit, daß „das letztmögliche Wissen“ einer Rasse schon in ihrem ersten Mythos eingeschlossen“⁴⁸⁾ liege.

⁴⁴⁾ C. Schmitt: „Der Reichsbegriff im Völkerrecht“ in: „Positionen und Begriffe“, v. a. O., S. 312.

⁴⁵⁾ Institut für Sozialforschung: „Soziologische Exkurse“, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band IV, Frankfurt 1956, S. 162.

⁴⁶⁾ A. Hitler: „Mein Kampf“, München 1934, Band II, S. 331.

⁴⁷⁾ A. a. O., S. 511.

⁴⁸⁾ Rosenberg: „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, München 1931, S. 22.

Die demagogische Funktion der NS-Ideologie wird am ehesten dort sichtbar, wo es um die Mythologisierung des neu errichteten Herrschaftsapparates und um die Verhüllung der Tatsache ging, daß die alten herrschenden Gruppen erhalten geblieben waren. Sie gipfelt in der Mythologisierung der SS als eines „Ordens“, dessen Vorhandensein dem beherrschenden Parteiapparat erst seine Legitimität verschaffen sollte. Die personelle und teilweise nur formale Einbeziehung sozialer Eliten der gegebenen Gesellschaftsstruktur — etwa von Angehörigen der Fördererverbände der Industrie, der hohen staatlichen Bürokratie, der Wissenschaft — in den organisatorischen Rahmen der SS hatte dabei den Sinn, die Bildung dieser machtvollsten Gruppe der NS-Bürokratie als realen politischen Auslesevorgang⁴⁹⁾ erscheinen zu lassen. Die demokratische politische Willensbildung konnte so, und scheinbar mit gutem Recht, ersetzt werden durch die Erfüllung einer auf den „Führer“ und den „Orden“ bezogenen Gefolgschaft, deren Ehrenkodex die Suspension aller verantwortlich auf die gesellschaftlichen Probleme gerichteten Impulse als „Anerkennung eines gemeinsamen Wert- und Ordnungssystems zwischen Beherrschten und Herrschenden“⁵⁰⁾ erscheinen lassen konnte.

In diesem Ordnungssystem spielten Unterscheidungen wie Richtig und Falsch keine Rolle mehr. Die Tendenz der nationalistischen Ideologien der Weimarer Zeit, eher unkritisch die Welt zu verändern als sie kritisch zu interpretieren, ist hier zum Vortritt, im Zeichen der Machterweiterung die Welt zu verändern, noch weiter pervertiert. Hitler faßte das so zusammen: „Ich als Politiker brauche eine Konzeption, die es möglich macht, die bisherigen historischen Grundlagen zu vernichten und an ihre Stelle eine vollständige neue antihistorische Ordnung zu setzen und dieser eine intellektuelle Basis zu geben“⁵¹⁾. Die intellektuelle „Basis“ wird zur zunächst zu erobernden „antihistorischen Ordnung“ hinzugefügt.

III.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes hat die nationalsozialistische Ideologie aufgehört, als in sich einheitlicher, organisierter Denksammenhang zu existieren, doch sind, einer Formulierung aus dem II. Band der „Frankfurter Beiträge zur Soziologie“ folgend⁵²⁾, zahlreiche Einzellelemente des faschistischen Denkens, herausgebrochen aus ihrem Zusammenhang und darum oft doppelt irrational, noch gegenwärtig. Hier-

⁴⁹⁾ Neuss-S-Hunkel: „Die SS“, Hannover-Frankfurt 1956, S. 114.

⁵⁰⁾ Schäfer: „NSDAP“, Hannover-Frankfurt 1956, S. 84.

⁵¹⁾ H. Rauschnagel: „The Voice of Destruction“, New York 1940, S. 232.

⁵²⁾ Pollock: „Gruppenexperiment“, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band II, Frankfurt 1956, S. 397.

muß noch angemerkt werden, daß „der schismus nicht bloß durch die Propagandemaschine den Menschen von außen aufzungen worden ist, sondern daß durch samtgesehäftliche, technologische und onomische Entwicklungstendenzen die apfänglichkeit für totalitäre Systeme bis die Psychologie des Einzelnen hinein rgebildet war und auch heute weiter istiert. Es läßt sich... nicht unterscheln, wie weit es sich... um die Erbschaft r faschistischen Ideologie oder den Ausuck jener fortdauernden anthropologischen Bereitschaft handelt“⁵³).

ie faschistischen Theorien werden jedoch auch als bloße Bruchstücke — modifiziert. Dort, wo Rudimente der NS-Ideologie artreten werden, ist meist ein Bewußtsein es in der Vergangenheit begangenen Unchts wach, und die neue Ideologie erheint daher als der „eigentliche, gute ern“ des Nationalsozialismus. Dieser Sän-rungsmechanismus benutzt zur Abwehr es Bewußtseins von der eigenen alten chuld meist scheinbar reale Momente der ergangenen Ideologie, und indem sie sie egen die nationalsozialistischen „Entarngen“ auspielen und in die eigenen heorien einschmelzen, erscheinen Neo-fazismus und Neo-Nationalismus als eine rt Überhöhung der Ideologie des Dritten eiches, der man somit guten Gewissens ligen kann. Andererseits werden diese ieologien der veränderten politischen Situation angepaßt: im Zeichen des Ost-Vest-Konflikts wird der Nationalismus zum esamteuropäischen Chauvinismus und muß ich einstweilen außerdem noch mit der ffiziellen Staatsform, der Demokratie, veröhnen.

Wieder steht, wie in der Weimarer Zeit, as Lob der Praxis — wie immer sie auch reartet sei — im Mittelpunkt der nationalstischen Ideologien, deren einflußreichste, och keineswegs immer radikalste Vertreter wir zitieren: So schreibt Helmut Sän-lermann, einer der Teilnehmer am Gespräch zwischen alten Nationalsozialisten und Bundestagspräsident Gerstenmaier Anfang 1957, über die von Gerstenmaier ngeführte Schuldfrage: „Die philosophischen Gespräche über die Schuld im Sinne ier griechischen Tragödie mögen sich anschließen, zuerst kommt die Praxis des Staates...“⁵⁴). Mit dem Gespräch über ie Schuld soll die Schuld überhaupt verschwinden, und solange jedenfalls soll das Gespräch schweigen, bis das unreflektierte Zupacken die politischen Zustände derart verändert hat, daß die Diskussion, die dem politischen Handeln vorausgehen sollte, nicht mehr geduldet ist und allenfalls als praktisch bedeutungslose, „philosophische“ Verzierer den Machthabern zugute kommt. Kann heute wie früher die Praxis gegen

das „parlamentarische Gerede“ ausgespielt werden, dann dies um so eher, als das NS-Regime zunächst praktische Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet im Vergleich zu den vorangegangenen Krisenjahren zu verzeichnen hatte; ein Argument, das heute wieder aufgegriffen und zugleich dazu benutzt wird, die Vergangenheit zu verfälschen: „Verglichen mit der Sowjetunion aber waren sie (das Dritte Reich, das faschistische Italien) Länder der Freiheit und des Wohlstandes. Und es besteht... kein Zweifel, daß, vor die ausschließliche Wahl gestellt, die jetzige Herrschaft beizubehalten oder gegen das frühere Protektorat zu vertauschen, die Völker Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, des Baltikums freudig das Zweite wählen würden, von der ‚DDR‘ gar nicht zu reden...“⁵⁵). Die Feststellung des Wohlstandes unter Hitler dient dazu, eine „Freiheit“ unter seinem Regime einzuschmuggeln, und wenn diese Ergebnisse der nationalsozialistischen Regierungspraxis gegen die Ostblockländer ausgespielt werden, dann klingt die Behauptung an, erst durch eine Erneuerung faschistischer Politik könne eine Versöhnung von Ost und West erreicht werden. Eine ähnliche Scheidung von „theoretischem Gerede“ und „diszipliniertem Tun“, wobei letzteres dem Nationalsozialismus als Positivum angerechnet wird, deutet sich an in einer Formulierung in der „Deutschen Soldaten-Zeitung“⁵⁶), nächst der Monatsschrift „Nation Europa“⁵⁷) die eifrigste Verfechterin des Neo-Nationalismus. Dort wird gegen „frivole 1945-Reden“ protestiert, die es begrüßt hätten, daß „der Zusammenbruch außer dem Sturz des Regimes auch die Zerschlagung Straußens mit sich gebracht habe...“⁵⁸). Als wesentliches Produkt des NS-Regimes wird wieder die „Volksgemeinschaft“ genannt — sie habe „wahrhaft befreiend“ gewirkt und „im deutschen Volk gezündet, heller und reiner als jede marxistische Parole“⁵⁹). Die Praxis, die vermöge ihrer „befreienden“ Wirkung als „heller und reiner“ der „Parole“ gegenübergestellt wird, schien in der Tat der Hilflosigkeit des einzelnen in der in Herren und Beherrschten gespaltenen Gesellschaft ein Ende zu bereiten, die Empfänglichkeit für eine der vergangenen „Volksgemeinschaft“ ähnliche politische Lösung wird sicherlich so lange bestehen bleiben, wie nicht der Grund dieser Hilflosigkeit selbst beseitigt ist.

Die Anpassung an die gegenwärtigen politischen Konstellationen und Machtverhältnisse zwingt den neuen Nationalismus darüber hinaus dazu, sich mit Europa und

⁵³) A. a. O., S. 84.

⁵⁴) „Deutsche Soldaten-Zeitung“, Hrg. H. Camerau, München.

⁵⁵) S. Anmerkung 53.

⁵⁷) Zitiert nach A. Klöpper, „In Sachen ‚Deutsche Soldaten-Zeitung‘“ in: „Graue Blätter“, Hannover-Frankfurt 1956, Jahrg. 1, Heft 3.

⁵⁸) „Nation Europa“, a. a. O. 1956/5, S. 13.

⁵³) A. a. O., S. 377.

⁵⁴) „Nation Europa“, Hrg. A. Ehrhardt, Coburg, Jahrg. 1957, Heft 3, S. 72.

der Demokratie zu versöhnen. Wir sehen bereits, wie der Wert des NS-Regimes aus der Konfrontation mit Mängeln kommunistisch regierter Staaten abgeleitet wurde; so soll auch heute ein gesamteuropäischer Chauvinismus aus dem Affekt gegen die — wie die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ schreibt — „verhängnisvollen Bestrebungen des Ostens“⁴⁰⁾ gespeist werden. Wie die Monatsschrift „Nation Europa“, so hat auch diese Zeitung sich ein übernationales Mäntelchen umgehängt: es sei ein „unabhängiges Blatt für Ehre, Recht und Freiheit, europäische Sicherheit und Kameradschaft“. Die Parole von der „Nation Europa“ wurde erstmals 1948 von dem britischen Faschisten Mosley propagiert⁴¹⁾. Angesichts des Ost-West-Konflikts formuliert er: „Nur dann, wenn die europäischen Völker sich in Freiheit zur Nation zusammenschließen, werden sie die Kraft entfalten können, die heute notwendig geworden ist“⁴²⁾. „Unser Weg“ — so ergänzt ein Satz des Herausgebers von „Nation Europa“ — „ist vorgezeichnet durch die unabänderliche Tatsache der rassistischen Verwandtschaft der Europäer und die daraus gewachsene Kultur, die von Nichteuropäern nur nachgeahmt, nicht weiter entwickelt werden kann...“⁴³⁾. Das Dogma von der deutschen kulturellen Überlegenheit gegenüber allen anderen Völkern ist hier modifiziert, und zwar „angesichts des Aufbruchs einer ganzen Welt gegen die weiße Rasse“⁴⁴⁾; doch wird den Anhängern eines bloßen deutschen Nationalismus beruhigend gesagt, daß „wir es in Europa mit dem erfreulichen Erscheinungsbild eines Beieinanders jüngerer und reiferer Geschwister zu tun haben; naturgemäß werden die Reiferen unter ihnen im Kulturellen, Politischen und Sozialen die Führung zu übernehmen haben“⁴⁵⁾. So können denn auch, der jüngsten Meinung der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ zufolge, die „altertümlichen Begriffe von Volk und Vaterland, von Nation und Reich... in ihrer ganzen seelischen Tiefe und nationalpolitischen Tragweite durch den Gedanken der zu erstrebenden europäischen Einigung... höchstens sinnvoll ergänzt werden“⁴⁶⁾; woraus man schließen muß, daß „Volk und Reich“ selbst durch den Anschluß anderer europäischer Länder „sinnvoll ergänzt werden“ sollen. Auch Demokratie und Freiheit, so heißt es in der „Deutschen Soldaten-Zeitung“, können prinzipiell jene „ehrwürdigen Begriffe“ „sinnvoll ergänzen“⁴⁷⁾; denn, so

führt der stellvertretende Bundesführer der Jugendorganisation DJO an anderer Stelle aus⁴⁸⁾, „Nationalismus und Demokratie (seien) grundsätzlich keine Alternativen (und) ... wiederum grundsätzlich gesehen (können) ein Nationalist auch Demokrat sein, wenn er sieht, daß seine Nation... sich für dieses System entscheidet...“.

Im Wort „System“ und in der Betonung des Prinzipiellen liegt zugleich die Hoffnung, daß in unserer besonderen Lage die „Nation sich für dieses System“ (das der Demokratie) nicht entscheiden und daß Herrschaft des Volkes wieder Akklamation zur Herrschaft des Diktators werden möge. Die gleiche Trennung von Demokratie und freier politischer Ordnung, die Demokratie zur bloßen Zustimmung des Volkes zu den Machthabern verflächt, klingt wieder an in einer Formulierung Arthur Ehrhardts in einem Brief an den Bundesstaatspräsidenten, in der von „der ‚Demokratie‘ Ihres Musters“ die Rede ist, die dem „Volks-tum... aufgepfropft“⁴⁹⁾ sei. Der Konflikt zwischen nationalsozialistischer Ideologie und der jetzigen Situation, den man in der Rassenfrage z. B. noch auszutragen versucht, besteht dort, wo es um den Gegensatz zwischen Nationalismus und Demokratie geht, heute so gut wie nicht mehr. Nur aus tagespolitischen Gründen versuchen nationalistische Kreise, beide Begriffe formal miteinander zu verbinden, und man gebraucht die gleichen Argumente, die auch den Vorläufern des Nationalsozialismus in der Weimarer Zeit schon geläufig waren.

So finden sich in einem breit angelegten Aufsatz in der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ von E. Hildebrand „Wehrwesen und Demokratie“⁵⁰⁾ Teile nationalistischer Ideologien der Weimarer Zeit wieder zusammen: Die Jüngersche Teilung der Menschen in Bürger und Soldaten taucht wieder auf, wenn die „Lebensformen“ des „friedsamen Bürgers“ und die des „zum Kriege bereiten Soldaten“ sich „immer schroffer einander gegenüberstellen“; die Unterscheidung von Freund und Feind bei Carl Schmitt, die den Staat konstituieren soll, kehrt wieder in den — nach Hildebrand — beiden Hauptaufgaben des Staates: der „Erhaltung der inneren Ordnung“ und des „Schutzes... gegenüber dem Angriff seiner Feinde“; indem ein „lebendiges Gemeinschaftswesen“ im Sinne „preussischen Soldatentums“ dem „technischen Fortschritt“ als „geistig und sittlich überlegen“ gegenübergestellt wird, kommt — bei der gebräuchlichen Verwechselung von Ökonomie und Technik — die Freysche Forderung der Unterordnung wirt-

⁴⁰⁾ Vgl. „Lügen über Tusk“ in: „Graue Blätter“, a. a. O., Heft 4, S. 7.

⁴¹⁾ Vgl. „Nation Europa“, a. a. O. 1956, Heft 5, S. 4.
⁴²⁾ A. a. O.

⁴³⁾ Zitiert nach CrP-Informationen, Hrg. Club republikanischer Publizisten, München 1957, Aprilheft, S. 42.

⁴⁴⁾ „Nation Europa“, a. a. O., S. 54.

⁴⁵⁾ „Nation Europa“, a. a. O. 1957, Heft 3, S. 57/58.

⁴⁶⁾ „Deutsche Soldaten-Zeitung“, a. a. O. Juni 1957.

⁴⁷⁾ A. a. O.

⁴⁸⁾ Zitiert nach CrP-Informationen, a. a. O. 1956, Novemberheft, S. 41.

⁴⁹⁾ „Nation Europa“, a. a. O. 1956, Heft 5, S. 55.

⁵⁰⁾ „Deutsche Soldaten-Zeitung“, a. a. O. 1957, Mai; die folgenden Zitate.

schaftlicher Argumente unter die „Idee einer Volksgemeinschaft“ wieder zu ihrem Recht. Hildebrand versucht — den offiziellen politischen Regeln gemäß — „Demokratie“ in seine militärische Ideologie mit einzubeziehen. Demokratie und Militarismus werden als die beiden Hauptaufgaben „des modernen Staates“ genannt, denn es sei „nichts Lebendiges auf dieser Erde, das in seinem Dasein nicht vor diese doppelte Aufgabe (der inneren Entwicklung und der Wahrhaftigkeit) gestellt wäre“. „Der moderne Staat ist ohne diesen Schutz ein Spielball fremder Willkür.“

Damit aber, daß ein abstrakter „moderner Staat“ verabsolutiert und zum „Organismus“ gemacht wird, gewinnt der Verfasser nun leicht die Möglichkeit, Demokratie, die Ausdruck einer „verwickelten ... inneren Struktur der bürgerlichen Welt“ sei, gegen den einfachen „Dienst“ und die Teilhabe an einer „Pflicht der Gemeinschaft“ auszuspielen, die dort nicht mehr verwirklicht würden, „wo alles mitbestimmen und mitregieren will“. Der Schutz des Organismus „Staat“ — so wird fast drohend gesagt — sei bei Beibehaltung dieser „verwickelten Struktur“ kaum „zu gewährleisten“. Es müsse daher, so heißt es einstweilen noch, eine „Synthese“ gefunden werden zwischen dem „extremen Individualismus, der den heutigen Deutschen beseelt und der es ihm so schwer macht, wieder zu einem festen Staatsbewußtsein zurückzufinden“, und der „sittlichen Pflicht zum Dienst an der Gemeinschaft“, wie ihn der „Wehrstand“ verkörpere. Der Aufsatz endet mit der Aufforderung, diese „verlorene Mitte“ wiederzufinden.

IV.

Die Einzelelemente nationalistischen und faschistischen Denkens sind heute so gegenwärtig, wie die nationalistischen Ideologien in der Weimarer Republik bereit lagen; sie könnten mit Leichtigkeit in einer wirtschaftlichen oder politischen Krisensituation wieder manipuliert werden; denn, mit einem Satz aus dem II. Band der „Frankfurter Beiträge zur Soziologie“⁷⁹⁾, „es ist eine Tendenz des Faschismus, nicht etwa in der alten Form sich wieder herzustellen, sondern durch Anbiederung an die heute Stärksten, insbesondere auch durch die Ausbeutung des Konflikts zwischen Westen und Osten, zu überwintern und die Stunde abzuwarten, auf welche die Exponenten der Gewaltherrschaft hoffen.“

⁷⁹⁾ Pollock, a. a. O., S. 387.

Neu
im März

ROMANE 1,90

Walter Jens
Vergessene Gesichter
Leonhard Huizinga
Der siebente Tag
Kasimir Edschmid
Der Liebesengel

RO

WISSENSCHAFT 1,90

Thrasybulos Georgiades
*Musik und Rhythmus
bei den Griechen*
Siegfried Kracauer
Von Caligari bis Hitler
(Ein Beitrag zur Geschichte
des deutschen Films)

RO

KLASSIKER 1,90

Eckhart, Tauler, Seuse
*Ein Textbuch
aus der altdutschen Mystik*
herausgegeben
von Hermann Kanisch

RO

MONOGRAPHIEN 2,20

HEINRICH VON KLEIST
von Curt Hohoff
WILLIAM SHAKESPEARE
von Jean Paris
KNUT HAMSUN
von Martin Beheim-Schwarzbach
ANTOINE
DE SAINT-EXUPÉRY
von Luc Estang

DOPPELBANDE 3,30

In jeder Buchhandlung

Volksoption? Polizeistaat?

Bernhard Vollmer: „Volksoption im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934—1936“. Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, München; Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band II, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1957, 420 S., 32,— DM.

Der Stoff, den der Verfasser hier im Auftrag des Münchener Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet hat, ist für zeitgeschichtliche Untersuchungen von erheblichem Wert. Zum großen Nachteil vieler Studien über die innere Geschichte des Dritten Reiches ist ein Großteil der Gestapo- und SD-Akten entweder vernichtet oder der deutschen wissenschaftlichen Bearbeitung entzogen worden; auch die in der Bundesrepublik noch erhaltenen Reste konnten bisher — abgesehen von den beim Nürnberger Prozeß verwandten Materialien — der Forschung nicht zugänglich gemacht werden.

Die vorliegende, erste systematische Publikation solcher Quellen ist daher sehr zu begrüßen, wenn sie auch insofern sehr begrenzt bleibt, als die Unterlagen sich auf einen bestimmten, nicht unbedingt repräsentativen kleineren Raum (nämlich den früheren Regierungsbezirk Aachen) beschränken und nur die Zeit von 1934 bis 1936 umfassen. Eine zweite Grenze der Veröffentlichung liegt darin, daß der Herausgeber die zur Verfügung stehenden Quellen im einzelnen ausgewählt — d. h. im wesentlichen auf die Gesichtspunkte „Kirchen“ und „Kulturpolitik“ beschränkt — wiedergibt, was den Wert der Veröffentlichung als eines reinen Quellenwerkes mindert. Das mitgeteilte Material gibt dennoch wertvolle Einblicke sowohl in die Herrschaftsmethodik des NS-Systems wie auch in die Mentalität der beherrschten Bevölkerung, hier insbesondere ihres kirchlich orientierten Teils. Die Belege dafür, daß die NS-Ideologie keineswegs von der Bevölkerung in der gesamten Breite geteilt wurde, werden hier von der Gestapo unfreiwilliger und unverdächtigere eindeutig geliefert. So bildet die Publikation von Vollmer eine gute Ergänzung zu den Veröffentlichungen über aktive Resistenz im Dritten Reich. Man möchte wünschen, daß dieser ersten Teilpublikation von Quellen der Gestapo (die für ihren Zweck erstaunlich gut ausgestattet ist) weitere, umfassendere Quellenveröffentlichungen bald folgen. Zwei kritische Anmerkungen seien erlaubt: Wenn Vollmer in seiner kurzen Einleitung die „verantwortungsbewußte Berichterstattung“ der Verfasser der publizierten Gestapo-Berichte hervorhebt (in der Tat sind

sie in einem vergleichsweise annehmbaren Tone gehalten), so könnte das leicht mißverstanden werden, als sei das System solcher Berichterstattung nicht schon im Ansatz verurteilenswert gewesen! Ein zweites Mißverständnis könnte (gewiß wiederum nur beim nichtwissenschaftlichen Leser) angesichts des Buchtitels auftreten, der im Unterschied zur Bucheinleitung etwas Interpretierendes an sich hat: Weder läßt sich das Dritte Reich zutreffend als „Polizeistaat“ definieren, noch stimmt das, was in den Quellen des Buches zutage tritt, völlig mit dem Begriff „Volksoption“ überein.

Dr. Arno Klönne, Frankfurt

Aus den zwölf Jahren

Eva G. Reichmann: „Die Flucht in den Haß“, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/M., o. Jahr, 324 S., 9,80 DM. (Engl. Ausgabe: „Hostages of Civilization“, London, Verlag V. Gollancz Ltd.)

Das vorliegende Buch will die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe aufdecken, aber es tut weit mehr. Die Verfasserin, die die Forschungsabteilung der Wiener Library in London leitet, stellt zwei Fragen: Wie konnte es in unserer für zivilisiert gehaltenen Gesellschaft zu derartigen Barbareien kommen? Warum entluden sie sich gerade gegen die Juden? Die Untersuchung erweitert sich so zu einer psychologischen und soziologischen Analyse unserer Industriegesellschaft in ihrem Entstehen wie in ihrer Gestalt der zwanziger Jahre, besonders im Hinblick auf das Werden des Nationalsozialismus.

Die Verfasserin sieht im Antisemitismus einen Sonderfall von Gruppenspannungen. Während seit der Judenemanzipation in Deutschland die Assimilierung immer weiter fortgeschritten ist und damit die „echten“ Spannungen zwischen Juden und Nicht-Juden zurückgegangen sind, haben sich die „unechten“ Spannungen gesteigert. Ursache dafür war die rasche industrielle und kapitalistische Entwicklung, die die alten Wertvorstellungen zerstörte, ohne verbindliche neue an ihre Stelle setzen zu können. Der wirtschaftliche und soziale Druck legte sich im 19. Jahrhundert besonders auf Arbeiter und Kleinbürger. Beide Gruppen suchten nach Auswegen und Sündenböcken. Die Arbeiterschaft entwickelte im Marxismus eine vorwärts gewandte Ideologie, die „Instinktnähe“, Haß gegen die Kapitalisten, mit einem gesunden Wertbewußtsein im Sinne von Humanität und Rationalismus sowie mit dem Bewußtsein, Träger der Zukunft zu sein, verband.

Gewissen und Entscheidung

Das Kleinbürgertum dagegen sah keinen realen Ausweg; es identifizierte die gesamte unerwünschte kapitalistische Entwicklung mit Rationalismus, Fortschritt, Judentum usw., es „floh in den Haß“ und schließlich in die Reaktion. Eine besondere Rolle dabei spielten die speziellen deutschen Bedingungen, etwa die Romantik, die geographische Lage mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, die sich u. a. in der verspäteten Industrialisierung und Einigung und mithin in einem übersteigerten Nationalismus zeigten. Die Krise der ersten deutschen Demokratie brachte jene Tendenzen zum Ausbruch, die der Nationalsozialismus nur aufzufangen brauchte. „Der Jude“ war das gegebene Ersatzobjekt für Aggressionen, die sich gegen die wirklichen Ursachen der Misere nicht entladen konnten.

Die Untersuchungen sind so vielfältig, daß der Gedankengang hier nur angedeutet werden konnte. E. G. Reichmann ist es teilweise ausgezeichnet gelungen, ökonomische, soziologische, psychologische und geistesgeschichtliche Vorgänge miteinander in Verbindung zu setzen. Als fruchtbar erweist sich die Übertragung psychologischer Erkenntnisse auf die soziale Wirklichkeit, wenn z. B. von „Instinktnahen“ und „instinktfernen“ Herrschaftsformen, von der „Verschiebung“ verbotener Aggressivität auf ein Ersatzobjekt u. a. m. gesprochen wird. Allerdings ist Vorsicht im Hinblick auf die Terminologie am Platze, um nicht zu irreführenden Analogien zu gelangen. Wenn z. B. von kollektiven Ermüdungserscheinungen und Triebbefreiungen (auf S. 230 sogar von „Massenseele“) oder vom Nationalismus in der Weimarer Republik als von Paranoia bzw. Hysterie gesprochen wird, so muß man sich der in diesen Aussagen liegenden Maßstäbe bewußt bleiben.

Nicht alle Thesen der Verfasserin können ohne Einschränkung hingenommen werden. Sie ist sich bewußt, daß sie des öfteren um der Klarheit willen zu Vereinfachungen gezwungen ist, die dann historisch nicht immer „stimmen“. So empfiehlt sich bei vielen der von ihr aufgezeigten Ursachenketten eine exakte historische Nachprüfung. Dies trifft z. B. für die Behauptungen zu, das preußische Kolonisationsgebiet sei Ausgangspunkt der deutschen Romantik gewesen (S. 175), oder: im Gegensatz zu anderen Ideologien (als geistigen Schöpfungen) seien beim Nationalsozialismus primär die Wünsche des Publikums, sekundär die Ideologie bestimmend gewesen (Seite 228 f.).

Aber selbst in solchen Fällen bleiben die Thesen der Verfasserin richtungweisend und problemaufzeigend für die Forschung. Das Buch birgt eine Fülle von Anregungen und kann jedem empfohlen werden, der sich mit der Problematik der modernen Gesellschaft auseinandersetzt.

Helmut Genschel, Göttingen

Norbert Tönnies: „Der Weg zu den Waffen — Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949—1957“. Markus Verlag, Köln 1957, 256 S., 9,60 DM.

Fritz Below: „Armee und Soldat im Atomzeitalter“. Stahlberg Verlag, Karlsruhe 1957, 213 S., 8,80 DM.

Helmut Gollwitzer: „Die Christen und die Atomwaffen“. Theologische Existenz heute, Heft 61, Christian Kaiser Verlag, München 1957, 50 S., 2,— DM.

Als „Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949—1957“ bezeichnet der Verfasser Tönnies großzügig seine vorliegende Darstellung des westdeutschen Weges zur neuen Armee. Eine „wertvolle Materialsammlung“ nennt Bundesverteidigungsminister Strauß das Buch in seinem Vorwort. Die Tatsache, daß sich von 100 000 Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1937 10 000 für eine sofortige Ableistung ihrer Wehrpflicht ausgesprochen haben, benutzt der Autor zu der für ihn „logischen Schlussfolgerung“, daß die jungen Männer zum großen Teil den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik bejahen. Das scheint uns in einer „Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung“ eine historisch unzulässige Ausgangsthese zu sein, weil sie dem Leser die jetzt bestehende Armee als die einzige Konsequenz der Entwicklung von 1949 bis 1957 suggeriert. Die in dem Buch von Tönnies angeführten Bedenken und Gegenthesen der Opposition müssen demzufolge unwillkürlich abgewertet werden.

Tönnies beschreibt zwar die schwierige Ausgangssituation der Bundesrepublik im Jahre 1949, aber gleichzeitig vermeidet er jede Analyse, die dazu führen würde, zu zeigen, ob es gegenüber der Entscheidung Adenauers für die Wiederbewaffnung, die ja fast gleichzeitig mit der Gründung der Bundesrepublik zur Diskussion stand, eine Alternative gegeben hat. Hier hätte eine „Geschichte der westdeutschen Wiederbewaffnung“ zu beginnen. Tönnies Darstellung ist keine geschichtliche Analyse dieses vielleicht wichtigsten und folgenreichsten Schrittes in der deutschen Nachkriegsgeschichte, sondern sie ist bestenfalls eine Materialsammlung.

Dagegen bringt das Buch von Below den Versuch einer soziologischen Analyse. Der Autor „will das Gemeinsame moderner Wehrsituationen in der westlichen Welt als geschichtliche Erscheinung sichtbar machen“ (S. 9). Er geht zunächst davon aus, daß sich der Begriff des „Soldatischen“ im Atomzeitalter gewandelt habe. Zukünftige Kriege, an denen deutsche Soldaten teilnehmen würden, wären Weltkriege, die den Charakter von Religionskriegen trügen (S. 12). Der Soldat von heute verteidige nicht mehr sein Vaterland, sondern eine Gesellschaftsform, die er als die ihm gemäße bejahen. Below weist dann einige Symptome unserer Gesellschaftsstruktur

nach, bei denen die Diskrepanz zwischen technischem Fortschritt (besonders kriegstechnischem) und Denkhaltung wie Sozialverhalten als restaurative Erscheinungsformen besonders deutlich wird. Angesichts der Atomstrategie sei der Soldatenberuf ein „sterbender Beruf“. In der gegenwärtigen Situation habe die Armee nur die Funktion, der Außenpolitik eines Landes ein stärkeres Gewicht bei Verhandlungen zu verleihen.

Below spricht an einer Stelle davon, daß das Vergessen an die Stelle einer „verantwortlichen inneren Entscheidung“ getreten sei (S. 125). So erhebt sich die Frage, ob im Hinblick auf die tragische Spaltung der Welt und die Einsicht in die Notwendigkeit der Achtung des Krieges nicht gerade zu fordern wäre, nach Möglichkeiten einer „dritten Idee“ zu suchen, anstatt sich fatalistisch über den Anachronismus gesellschaftlicher und militärischer Institutionen zu ereifern, die im Widerspruch zur technisch hochorganisierten Atomwelt stehen. Über diese Widersprüche klärt uns das sonst in vielen Einzelheiten klar formulierte Buch Belows leider nicht auf. Es ist mit Bedacht geschrieben und berührt auch diese Probleme, aber es beschäftigt sich dann mit Detailfragen der Armees im Atomzeitalter, die vom wesentlichen Problem entfernen. Doch berühren diese Fragen wohl den Kern unserer atomar gespaltenen Welt — die Suche nach einer Ethik, die diese offensichtlichen Widersprüche noch zu fassen vermag.

Eben darum geht es dem Theologen Helmut Gollwitzer in seiner Schrift. Der Ausgangspunkt Gollwitzers ist die Feststellung, daß die Kirche in der Frage der Ethik des Atomzeitalters bisher versagt habe. Er zitiert den zynischen Segen eines Geistlichen vor dem Abflug des Atombombers nach Hiroshima. Der Autor setzt sich eingehender mit der traditionellen Auffassung der Kirche über die Kriegspflicht auseinander. Die These vom „gerechten Krieg“ und die Analogie von Krieg und Polizei (Luther) hätten in der Vergangenheit ausgereicht, um einen Krieg unter bestimmten Voraussetzungen zu rechtfertigen. Die moderne Ideologisierung des Denkens schließe jedoch eine Humanisierung des Krieges aus.

Gollwitzer zitiert eine Äußerung des Bündestagspräsidenten Gerstenmaier aus der Atomdebatte vom 10. Mai 1957, daß man notfalls „mit allen Mitteln“ gegen den Angreifer vorgehen müsse, und meint, Gerstenmaier könne sich mit diesem Satz auf die theologische Tradition berufen, aber die konkrete Situation der atomaren Weltspaltung und Gefährdung mache die bisherige Tradition in der Auffassung des Krieges fragwürdig. Man könne in der Atombombe keine Modernisierung der Artillerie sehen. In unserer Welt habe eine Drohung, sich notfalls mit „allen Mitteln“ zu verteidigen, nur dann ein Gewicht, wenn die Gegner sich diese Handlungsweise auch

wechselseitig zutrauen. Die Methode der Abschreckung gehöre in die Kategorie der „Geiselmethode“ (S. 22). Da in einem modernen Atomkrieg die Grenze zwischen Militär und Zivil aufgehoben und dadurch auch das soldatische Ethos verlorengegangen sei, würden die Menschen in ihrer Gesinnung alle „zu Mördern“ (S. 25), und die Kirche müsse sich demzufolge für eine Nichtbeteiligung entscheiden, wenn die von ihr verkündete Ethik überhaupt noch von bindendem Wert sein solle.

Für die Kirche sei daher nicht die Frage von primärer Wichtigkeit, wie man einen Atomkrieg verhindern könne, sondern die, ob man sich überhaupt daran beteiligen dürfe. Von einem Atomstreik der Christen glaubt Gollwitzer, „daß er einen Druck der öffentlichen Meinung auf die Abrüstungsverhandlungen kräftig verstärken würde“ (S. 39). Gerade das deutsche Volk als gesplante Nation solle sich nicht in die gefährliche — weil lähmende — Angstpsychose hineinsteigern lassen. Es müsse auf Atomwaffen verzichten. Die Überlegungen, die die Kirche bisher zu einer Bejahung der Kriegspflicht geführt hätten, müßten in der gegenwärtigen Situation zur Ablehnung der Kriegspflicht führen.

Auf dem Hintergrund dieser für die Weiterexistenz der Menschheit drängenden Fragen wird einmal die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung geschrieben werden können, wenn es uns gelingt, den Schrecken eines Atomkrieges durch Achtung des Krieges abzuwenden. Ob man sich bis dahin um den Wiederaufbau der Armees im Atomzeitalter bemühen oder alle Kräfte mobilisieren soll, die zu einer Achtung des Krieges führen, ist die Frage, die an uns alle gerichtet bleibt.

Dr. Klaus Schulz, Bad Reichenhall

Rückblick

Margarete Buber-Neumann: „Von Potsdam nach Moskau — Stationen eines Irrweges“, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1957, 463 S., 16,80 DM.

Margarete Buber-Neumann hat nach ihrem in zwölf Sprachen übersetzten aufsehenerregenden Buch „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ nun ihr zweites Memoiren-Werk vorgelegt. Die Verfasserin schildert, wie sie aus ihrem großbürgerlichen Elternhaus in Potsdam ausbricht, um ihr Heil bei der Kommunistischen Partei zu suchen. Ihr Buch schließt mit der Verhaftung ihres Lebensgefährten Heinz Neumann durch die NKWD in Moskau im Jahre 1937 ab.

Das Werk ist deshalb von zeitgeschichtlicher Bedeutung, weil es nur wenig Arbeiten gibt, die sich mit der Geschichte der KPD bis 1933 befassen. Vor allem wurde hier erstmalig der Versuch unternommen, die Rolle Heinz Neumanns darzustellen, die er in der deutschen KP gespielt hat.

Neumann, einer der intelligentesten Führer, welche die KPD jemals besaß, wird vielfach auch heute noch als ein Stalinist bezeichnet, der er nur eine Zeitlang war. Nachdem die Verfasserin den Sohn des bedeutenden jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber geheiratet hatte, der in den zwanziger Jahren auch der KPD angehörte, lernte sie Heinz Neumann 1929 kennen, nachdem sich der junge Buber schon vom Kommunismus losgesagt hatte und die Ehe geschieden worden war. Margarete Buber-Neumann beherbergte viele Monate Georgi Dimitroff in ihrer Wohnung, der nach dem Reichstagsbrandprozeß, wo er noch mutig für seine Sache einstand, später zum Werkzeug Stalins wurde.

Heinz Neumanns Tätigkeit während des Kantoner Aufstands im Jahre 1927 wird eingehend geschildert. Auch über Ulbrichts und Piecks Verrat an Ernst Thälmann berichtet die Verfasserin gewissenhaft. Nachdem Stalin die Kampfpapole Neumanns „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ verworfen hatte, läßt Stalin seine Meinung über Hitler Heinz Neumann mit folgenden Worten wissen: „Nach meiner Meinung ist dieser Hitler ein wirklicher Teufelskerl!“ Viele Seiten widmet die Autorin der Tätigkeit ihres Mannes in Spanien, als er im Auftrag der Komintern als politischer Berater der KP Spaniens die Revolution vorbereiten hilft.

Als 1934 Neumann in Zürich wegen des Besitzes eines falschen Passes verhaftet wird, die Nationalsozialisten zweimal vergeblich einen Auslieferungsantrag stellen, ihm aber auch kein Asylrecht in der Schweiz zugebilligt wird, geht er mit seiner Frau in die Sowjetunion. Hochinteressant sind die Gespräche, die Margarete Buber-Neumann in der Sowjetunion mit Mikojan, Henri Barbusse, Egon Erwin Kisch, Stalins einstigem Vertrauten Ordshonikidse und Johannes R. Becher führte, was sie über Frau Woroschilow, Stalins Frau Nadja, den späteren UN-Vertreter Sowjetrußlands Manuilski, den ehemaligen sowjetischen Außenkommissar Litwinow und Kaganowitsch zu berichten weiß. Mehrere Kapitel widmet die Verfasserin auch ihrem Schwager Willi Münzenberg, dem Schöpfer der Kommunistischen Jugend-Internationale und der Roten Hilfe, der 1940 von den Stalinisten ermordet wurde, wie der von den Sowjets 1950 entführte ehemalige KP-Bundestagsabgeordnete Kurt Müller von einem NKWD-Beamten erfuhr. Noch wenige Tage vor seiner Verhaftung durch die NKWD sagte Neumann in Moskau, daß er in einem öffentlichen Prozeß die Kraft finden werde, laut „Nieder mit Stalin“ zu schreiben. Doch Stalin sorgte dafür, daß er dazu keine Gelegenheit bekam.

Wer heute über die Gestaltung der künfti-

gen deutsch-sowjetischen Beziehungen nachdenkt, tut gut daran, bei Margarete Buber-Neumann nachzulesen, welche bitteren Erfahrungen sie in Sowjetrußland gesammelt hat.

Hans Lindemann, Berlin.

Eine Sensation

Wladimir Dudinzew: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, Verlag Henri Nannen, Hamburg 1957, 437 S., 14,80 DM.

Dudinzews Roman ist in der Bundesrepublik zum Bestseller geworden. In der öffentlichen Diskussion galt der Autor als Symbol des Aufstandes der Schriftsteller. Das wird zur Verbreitung des Romans beigetragen haben. Aber auch die Möglichkeit, ein sowjetisches Buch unserer Tage lesen zu können, das gleichzeitig die Verhältnisse in der UdSSR kritisch unter die Lupe nimmt, dürfte als Anreiz gewirkt haben.

Bei der Lektüre wird der deutsche Leser allerdings die — für viele verblüffende — Feststellung machen müssen: Hinter dem Eisernen Vorhang leben auch Menschen! Sie leben wie wir mit unseren Sorgen, Wünschen und Bedürfnissen. Sie leben alltäglich — nicht perfekt, wie die Ideologie es haben will, aber auch nicht unter völlig unzumutbaren Bedingungen, wovon die Gegenpropaganda überzeugen möchte. Manches ist anders, aber es ist nicht ein ganz anderes Leben. Die Menschen sind allerdings in besonderer Weise auf die Arbeit konzentriert, weil sie damit den geschichtlich ungeheuer schnellen Übergang vom Agrarvolk zum Industriestaat zu bewältigen helfen. Alle aber können darin die Erfüllung nicht mehr sehen. Sie suchen nach menschlichen Werten jenseits der Produktion. Das stört das System und provoziert den Druck. Aber was uns an Engstirnigkeit, Machtmißbrauch und Intrigen gezeigt wird, ist auch aus westlicher Erfahrung wohlbekannt. Mit einem Unterschied allerdings, den wir nicht vergessen sollten — eine zu große Eigenwilligkeit kann bei uns zum Verlust des Ansehens und des Lebensstandards führen, in Rußland kann sie noch immer Verbannung zur Folge haben. Das system-gewollte Happy-End bei Dudinzew überzeugt nicht.

Die wahre Kritik des Buches am Bolschewismus und gleichzeitig auch dessen Wert ist nicht der Fingerzeig auf die Mißstände, sondern die Frage, die durch den Roman aufgeworfen wird: Wie weit sind Mißstände systembedingt oder wie weit sind sie im Allzumenschlichen begründet? Und diese Frage sollte auch von uns nicht voreingenommen ideologisch beantwortet werden, sondern auf der Grundlage soziologischer Analyse und psychologischer Einsicht.

Literarisch ist der Roman nicht gerade von besonderem Rang. Die natv künstliche Kon-

struktion des Handlungsaufbaus und der Gesprächsführung stellen den inneren Wahrheitsgehalt in Zweifel. Der tiefere Grund für den Eindruck des Schemenhaften sollte dabei im betonten Wollen zum Wirken zu sehen sein, mit dem die Gestaltungsfähigkeit nicht Schritt zu halten vermochte. Darin zeigt sich die Verwüstung, die eine ideologisch gelenkte Literaturpolitik hinterläßt: Auch die Opposition gegen den befohlenen und der Kunst umgemessenen sogenannten „sozialistischen Realismus“ garantiert als solche noch keine literarische Leistung, weil sie zu leicht in den Absichten verfangen bleibt. Nicht gegen, sondern unabhängig von Anweisungen zu handeln und zu schreiben, diese Voraussetzung für das literarische Kunstwerk ist nicht von heute auf morgen zu erreichen.

Dr. Hans Tietgens, Hannover.

Verlust der Wirklichkeit

Ernest J. Simmons: „Der Mensch im Spiegel der Sowjet-Literatur“, Steingrüben-Verlag Stuttgart 1956, 400 S., 12,80 DM. (Übersetzung der amerikanischen Ausgabe von „Through the glass of Soviet-Literature“, New York 1953).

Der an der Entwicklung der sowjetischen Literatur Interessierte wird das vorliegende Buch, das einige Forschungsergebnisse des 1946 von der Columbia-Universität errichteten Russischen Institutes enthält, dankbar begrüßen. Der Bereich der Literatur ist in diesem von nicht wenigen Eisernen Vorhängen umgebenen Reich gleichsam ein Fenster, das einen erstaunlich weitreichenden und stellenweise wesentlich klareren Einblick in die verschlossene Welt des Sowjetstaates gibt als der mit politischen Methoden ermittelte. Schon die Themen der sechs Abhandlungen beweisen dies.

Der Herausgeber, Ernest J. Simmons, behandelt in einem einleitenden Essay Problem und Geschichte der sowjetischen Literaturkontrolle, Louise E. Luke schreibt über die Rolle der Frau in der sowjetischen Gesellschaft, Bernhard J. Choseed untersucht die Stellung der Juden in der Sowjet-Literatur, Gene Sosin beschreibt Wirkung und Stellung des Kindertheaters und des Dramas in der Sowjeterziehung, Rebecca A. Dornar schildert am Fall Michael Soschtschenko Schicksal und Tragödie eines Sowjet-Satirikers, und Robert A. Hankin erweitert die in der Einleitung abgehandelte Geschichte der Literaturkontrolle mit einem Aufsatz über die sowjetische Ideologie der Nachkriegszeit und die Literaturwissenschaft.

In der russischen Literatur gab es bis zum Ende der NEP-Politik ein kaum eingeschränktes Verhältnis zur Wirklichkeit, es bestand noch ein echter Realitätskontakt. Die Totalisierung des Sowjet-Staates (Bürokratisierung, Kollektivierung und Homo-

genisierung der russischen Gesellschaft) während der ersten Fünfjahrespläne (1. Resolution des ZK vom Dezember 1928, Auflösung der „Russischen Vereinigung proletarischer Schriftsteller“ 1932 und Gründung des von der KPD/SU kontrollierten „Verbandes der Sowjet-Schriftsteller“ 1934) schränkte diesen Realitätskontakt erheblich ein und führte durch verschärfte Zensurmaßnahmen in den 40er Jahren zu einer vollständigen Literaturkontrolle durch die Partei und damit letztlich zum Wirklichkeitsverlust, oder — mit den Begriffen des Leninismus-Stalinismus — zur „objektiven Wirklichkeit“, zum „sozialistischen Realismus“, zur Manipulierbarkeit des Sowjetmenschen.

Dieser Wirklichkeitsverlust, dem der Selbstverlust des einzelnen folgt, ist das nicht ausgesprochene Leitmotiv, das in allen Abhandlungen des Buches wiederkehrt. So erscheinen die Abkehr von der europäischen Literaturentwicklung, die Emanzipationsvarianten der marxistischen Frau als Arbeiterin und Mutter und die Einbeziehung jüdischen Brauchtums und jiddischer Sprache (1933 gab es in der Ukraine 467 jiddische Schulen — 1941 nur noch 19) als verschiedene Seiten dieses Verlustes, der im Bereich des Kindertheaters und Dramas pseudoreligiös verbrämt wird und die Fanatisierung der russischen Jugend fördert, die auf diese Weise bereits während der Kindheit in die Sowjet-Gesellschaft eingegliedert wird.

Während der Wirklichkeitsverlust aus allgemeineren Tendenzen zu erschließen ist, kann der Selbstverlust am Beispiel eines einzelnen sichtbar gemacht werden. Die literarischen Produkte M. Soschtschenkos wurden, weil er Satiriker und deshalb auch Empiriker war — und weil es die Erfahrung stets mit Wirklichkeitsausschnitten und Realitätsfragmenten zu tun hat —, von den an der „objektiven Wirklichkeit“ gesuchten Kritikern aus dem ZK des sowjetischen Schriftstellerverbandes (M. Soschtschenko wurde am 4. September 1946 aus diesem Verband ausgeschlossen) als „hohl, geschmacklos und billig, als zu träger ideologischer Neutralität, Banalität und unpolitische Einstellung ermutigend, die unsere Jugend verwirren und ihr Gemüt vergiften soll, als in die tiefsten moralischen und politischen Abgründe absinkend — als grobe Schmähchrift auf das sowjetische Leben, schmutzig und obzön bezeichnet. Soschtschenko selbst wird ein Philister, ein vulgärer Mensch von niedriger Gesinnung, ein disziplinloser literarischer Lummel, ein Abschaum der Literatur genannt. Diese Beschuldigungen und beleidigenden Bezeichnungen häuften man auf einen Schriftsteller, der in den letzten Jahrzehnten bei den sowjetischen Lesern außergewöhnlich beliebt war, der als hervorragender, wenn nicht sogar als der führende sowjetische Satiriker und Humorist angesehen wurde“ (S. 239).

Soschtschenkos Erzählungsgestalten muß-

ten von den Kritikern als unwahre und verzerrte Spiegelungen der objektiven Wirklichkeit aufgefaßt werden, weil seine einzelnen Menschen, die ebenso gut in New York, Paris oder Johannesburg wohnen könnten, noch nicht durch die Phase des Wirklichkeitsverlustes hindurchgegangen sind und es für sie keine bereits interpretierte Wirklichkeit gibt. Soschtschenko hat inzwischen diese Phase durchschritten, aber seine seit 1950 erschienenen Satiren „ermangeln gänzlich des Charakters der früheren Werke. Sie könnten von jedem kleinen Zeitungsschreiber geschrieben worden sein“ (S. 285). Der Fall Soschtschenko gibt somit einen erschreckenden Einblick in den tragischen Selbstverlust eines Schriftstellers, der sich den politischen Weisungen fügt und damit seine Wirklichkeits- und sprachmächtige Potenz verliert.

Hans J. Haferkorn, Bremen.

Sozialistische Wirtschaftsordnung

„Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik“, herausgegeben von Carlo Schmid, Erich Potthoff und Karl Schiller, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1957, 329 S., 15,— DM.

Den um die Argumentation zuweilen verlegenen politischen Diskussionspartnern bietet die vorliegende Veröffentlichung der „Gesellschaft zur Förderung der politischen Wissenschaft“ ein gutes Hilfsmittel. Dreizehn Beiträge füllen den Rahmen des Buches. Heinz Kluth und Hans Bayer geben eine analytische Darstellung des Sozialbewußtseins der westdeutschen Bevölkerung und unserer gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur. Die Beiträge von Erich Potthoff und Heinrich Troeger befassen sich mit den seit 1945 neu stabilisierten wirtschaftlichen Machtverhältnissen und der marktbeherrschenden Stellung der wiederverflochtenen Großunternehmungen. Der jetzige Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Troeger, läßt in seinem Beitrag die gründliche Kenntnis des Steuerrechts und der Finanzpolitik sichtbar werden. Man wird schwerlich eine einprägsamere Veröffentlichung finden, die den wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Zusammenhang der steuerlichen Begünstigungen der Unternehmungen bei der Kapitalbildung darlegt. Die im Vergleich zu allen anderen mitteleuropäischen Ländern absolut und relativ höchste Belastung durch indirekte Steuern begünstigte das „Wirtschaftswunder“. Troeger weist nach, daß die Verlagerung der Steuerquellen auf wirtschaftlich Schwache (durch Anhebung der indirekten Steuern) nicht nur neue Eigentumsverhältnisse und soziale Spannungen, sondern auch konjunkturbelebende Voraussetzungen schuf. Bei einer Abstimmung von Wirtschafts- und Finanzpolitik wird man sich dieser Erfahrungen nutzbringend erinnern können.

Gert von Eynern, Gisbert Rittig und Gerhard Weißer setzen sich mit den wirtschaftspolitischen Leitbildern unserer Zeit auseinander. Rittigs Beitrag „Sozialismus und Liberalismus“ untersucht dabei das grundsätzliche Verhältnis der wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialisten und der Liberalen zueinander. Neben zwei beachtenswerten, wirtschaftspolitisch aktuellen Beiträgen (Rudolf A. Pass „Eigentum in der 2. industriellen Revolution“ und Heinrich Deist „Wirtschaftsdemokratie“) dürfte der Beitrag von Karl Schiller: „Sozialismus und Wettbewerb“ den Titelgedanken einer „modernen Wirtschaftspolitik“ enthalten. Vielleicht sollte man vor der Lektüre des aus dem Jahre 1954 stammenden Schiller'schen Aufsatzes den letzten Beitrag des Buches „Die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftskonzeption“ von Dieter Klink lesen. Diese historische Wiedergabe der sich seit dem Erfurter Programm der SPD (1891) undogmatisch vollziehenden Anpassung der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeption an jeweils veränderte Ausgangspositionen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse ist eine Ergänzung der theoretischen Darstellung Schillers. Dem Leser wird eine Bestimmung der Begriffe Gemeineigentum, zentrale Lenkung und Wettbewerb gegeben.

Karl Schiller weicht auch nicht der seinen Gedankengang abschließenden „Gretchenfrage“ aus: Was ist Sozialismus? Seine Antwort ist besonders interessant, da Schiller dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb eine fundamentale Bedeutung im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ziele einer sozialistischen Gesellschaft einräumt. Die Meinung des Autors deckt sich dabei mit den Ergebnissen der Diskussion der wirtschaftspolitischen Konferenz der SPD in Bochum im Februar 1953.

Harold Wilson und J. O. Krag runden mit ihren Darstellungen der Wirtschaftspolitik, den Erfolgen und Erkenntnissen der sozialdemokratischen Führungskräfte in den skandinavischen Ländern und dem labour-regierten England nach 1945 den Rahmen des Buches ab.

Dipl.-Volksw. Hans Telje, Hannover.



1000 SCHREIBMASCHINEN
 stehen abzurufen in unseren Läden.
VIELE GÜNSTIGE GELEGENHEITEN
 Fordern Sie unseren Gratis-Katalog S 904
NOTHEL CO Deutschlands größte
 Büromaschinenfabrik
 67811 Wetzlar, Wecker Str. 11 • Essen, Gabelstr. 51

MITTEILUNGEN DER REDAKTION

Dr. Adolf Arndt studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Philosophie in Marburg und Berlin; 1929 Gerichtsassessor in Berlin; 1932 Landrichter; 1933/1944 Rechtsanwalt in Berlin; 1945 Oberstaatsanwalt in Marburg; 1946/1949 Generalreferent für Gesetzgebungsfragen im Hessischen Justizministerium; 1947 Mitglied des Wirtschaftsrates; seit 1949 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Dr. Hans Paul Bahrdt studierte nach Rückkehr aus dem Krieg an den Universitäten Göttingen und Heidelberg (1945—1952); er promovierte 1952 in Göttingen (Philosophie, Soziologie und Volkswirtschaft); 1952—1955 Mitarbeiter an der Sozialforschungsstelle Dortmund; seit 1955 sozialwissenschaftlicher Mitarbeiter in der Industrie in Ludwigshafen.

Ulrich Dübber studierte politische Wissenschaften an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und erwarb 1953 das Diplom der Hochschule. Während des Studiums Tätigkeit als Journalist für die Zeitungen „Berliner Sozialdemokrat“ und „Die Neue Zeitung“. Seit 1954 wissenschaftlicher Assistent bei der Bundestagsfraktion der SPD.

Dr. Karl Kühne schloß sich als Student 1936 illegalen sozialistischen Gruppen an; 1938 verhaftet, 1939 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach fünf Jahren Haft und anschließender Kriegsgefangenschaft 1947—1949 Tätigkeit als Journalist in Deutschland und England; 1949—1955 im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften; seither Leitung der verkehrswissenschaftlichen Arbeiten beim Hauptvorstand der Gewerkschaft OTV in Stuttgart.

Ulrich Lohmar studierte Sozialwissenschaften und Rechtswissenschaft. Einige Jahre leitender Mitarbeiter des Soziologen Prof. Schelsky; Veröffentlichung mehrerer wissenschaftlicher Arbeiten über Fragen der Arbeitslosigkeit, der Arbeiterjugend und der Jugendernährung. Mehrjährige Leitung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Tätigkeit in den Fachausschüssen für Kultur, Programmfragen und Sicherheit beim Vorstand der SPD. Seit 1954 Leitung der Redaktion dieser Zeitschrift, seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Albert Schiefer machte nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft 1946 das Abitur und arbeitete anschließend als Mitarbeiter für verschiedene Tageszeitungen; ab 1953 Studium der Volkswirtschaft und der Soziologie in Köln; 1957 Diplom-Volkswirt; heute freier Mitarbeiter bei Zeitungen und beim Rundfunk, vornehmlich über soziologische, sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen.

Legationsrat z. Vv. Dr. Walter Staudacher trat nach juristischen und staatswissenschaftlichen Studien 1925 in das Auswärtige Amt ein. Von 1928—1930 Attaché bzw. Legationssekretär bei der Deutschen Gesandtschaft in Teheran; 1930—1935 Vizekonsul am Deutschen Generalkonsulat Posen; 1936—1938 Legationssekretär bei der Deutschen Gesandtschaft in Pretoria; 1938—1942 in der Presseabteilung in Berlin tätig. Ab 1936 Unterdrückung wegen Arbeit gegen die politischen und rassenideologischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus. Nach 1945 u. a. politische Privatstudien und Betätigung in Beamtenrechts- und Bürgerrechtsbewegung.

K. H. Tjaden studierte Rechtswissenschaften in Münster; danach Mitglied der politischen Redaktion des „Westdeutschen Tageblattes“ und freijournalistisch tätig; 1957/1958 im Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes tätig. Heute Studium der Soziologie am Frankfurter Institut für Sozialforschung.

Im nächsten Heft werden wir uns in einigen Beiträgen mit dem Erscheinungsbild der CDU beschäftigen. Dazu sind u. a. folgende Aufsätze vorgesehen: *Prof. Arnold J. Heidenheimer*: „Die soziologische Struktur der CDU“; *Prof. Ossip K. Flechthelm*: „Ist die CDU eine Integrationspartei?“; *Dr. Franz Ansprenger*: „Das gesellschaftliche Hinterland der CDU“; *Prof. Götz Harbsmeier*: „Die Christlich-Demokratische Union und der Protestantismus“; *Gerd Hirschauer*: „Die katholische Kirche und die CDU“; *Walter Dirks*: „Gibt es eine linke CDU?“ Außerdem werden folgende Beiträge veröffentlicht: *Dr. Wilhelm Jacobs*: „Einsamkeit und Isolation“; *Hans Georg Brenner*: „Von der Redlichkeit des Schweigens“; *Dr. Richard Freyh*: „Aufgaben des Programms und der Theorie“; *Dr. J. W. Brögel*: „Das Aktionsprogramm der Labour Party“.

Neue DVA-Bücher zur Zeitgeschichte

**WENZEL
JAKSCH**

Europas Weg nach Potsdam

Schuld und Schicksal im Donaumaum. Etwa 512 Seiten, mit acht Bildtafeln, fünf Karten im Text und eine Faltkarte. Leinen 15,80

Europas Weg zur Potsdamer Konferenz von 1945 führte über Böhmen. Auf einem bedeutungsvollen Abschnitt dieses Wegs stand Wenzel Jaksch, gegen Benesch und Hanlein kämpfend, im Brennpunkt der Ereignisse. Sein Buch, das die Entwicklung im Donaumaum seit 1848 nachzeichnet und von der Fülle seiner Erfahrungen gespeist wird, ist eine Kampfansage gegen ein verzerrtes Geschichtsbild. Es wird sicher heftig diskutiert werden.

**GERHARD
RITTER**

Stein

Eine politische Biographie. Zweite, neugestaltete Auflage in einem Band. 656 Seiten, ein Bild. Leinen DM 36,—

Die berühmte Stein-Biographie, seit langem vergriffen, in umgestalteter, auf das Wichtigste konzentrierter Form. Das Zeitalter der deutschen Erhebung wird uns hier von einem bedeutenden Gelehrten mit meisterhafter Anschaulichkeit und Klarheit vergegenwärtigt

OTTO

GHESLER Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit

Mit einem Vorwort von Theodor Hauss. Herausgegeben von Kurt Sandtner. Etwa 600 Seiten, vier Abbildungen. Leinen DM 28,—

Die Reichswehrpolitik war einer der neuralgischen Punkte der Weimarer Republik. Es ist darum von hohem Interesse, wenn mit diesem Buch die Erinnerungen eines Mannes vorgelegt werden, der in vierzehn Kabinetten von 1920 bis 1928 ununterbrochen Reichswehrminister war

BORIS

CHLOVSKI Das Münchener Abkommen 1938

518 Seiten. (Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, München). Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. III. Leinen DM 26,—

Eine klare Analyse der komplexen internationalen Situation des Krisenjahres 1938 und ein schlechthin umfassendes Bild der Motive und diplomatischen Vorgänge, die in dem Münchener Vierertrreffen gipfelten

deutsche Verlags-Anstalt

Soeben erschienen:

Schriftenreihe der Gesellschaft zur Förderung der politischen Wissenschaft
Herausgegeben von Carlo Schmid, Karl Schiller und Erich Potthoff

Band 1:

Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik

Mit folgenden Beiträgen:

Privatdozent Dr. Heinz Kluth

Das Sozialbewußtsein in der westdeutschen Gesellschaft

Prof. Dr. Dr. Hans Bayer

Die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik

Dr. Erich Potthoff

Die wirtschaftliche Machtstruktur der Bundesrepublik

Dr. Heinrich Troeger

Das deutsche Wirtschaftswunder und die Steuerpolitik

Prof. Dr. Gisbert Rittig

Sozialismus und Liberalismus

Prof. Dr. Gert von Eynern

Über die Ziele einer sozialistischen Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Gerhard Weisser

Vielgestaltiges soziales Leben

Rudolf A. Pass

Das Eigentum in der Zweiten Industriellen Revolution

Dr. Heinrich Deist

Wirtschaftsdemokratie

Prof. Dr. Karl Schiller

Sozialismus und Wettbewerb

Harold Wilson

Die Wirtschaftspolitik Englands nach 1945

Minister J. O. Krag

Die Wirtschaftspolitik und die Sozialdemokratie
der skandinavischen Länder

Dieter Klink

Die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftskonzeption

348 Seiten, kartoniert 12,— DM, Leinen 15,— DM

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung

 Europäische Verlagsanstalt · Frankfurt/Main

In der Reihe STAAT UND GESELLSCHAFT erscheint demnächst als Band 8

Hermann Meyer

WELTGESCHICHTE

Ereignisse · Epochen · Probleme

VIII und 272 Seiten, 14,— DM, Bestell-Nr. 7367

Außerdem in dieser Reihe bisher erschienen:

- Band 1 Das Gemeinschaftsleben in Staat und Gesellschaft**
Sozialkundliches Lese- und Arbeitsbuch von Karl Börschinger
VIII und 104 Seiten, 3,80 DM, Bestell-Nr. 7360
- Band 2 Von Frankfurt nach Bonn**
Die deutschen Verfassungen 1849—1949. Hingelegt und kommentiert von Ferdinand Siebert.
IV und 128 Seiten, 4,80 DM, Bestell-Nr. 7361
- Band 3 Die Philosophie des Bolschewismus in den Grundzügen ihrer Entwicklung**
von Hans-Joachim Lieber
VIII und 108 Seiten, 4,40 DM, Bestell-Nr. 7362
- Band 4 Von Marx zur Sowjetideologie**
von Iring Fetscher
198 Seiten, 4,80 DM, Bestell-Nr. 7363
- Band 5 Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus**
Vollständiger Text und kritischer Kommentar von Iring Fetscher
139 Seiten, 3,80 DM, Bestell-Nr. 7389
- Band 10 Jeder hat das Recht**
Texte, Geschichten und Beispiele zum Verständnis der Menschen- und Grundrechte
Herausgegeben von Hugo Lötschert und Franz Lanters
104 Seiten, 2,80 DM, Bestell-Nr. 7369

VERLAG MORITZ DIESTERWEG

FRANKFURT AM MAIN · BERLIN · BONN

NEUE POLITISCHE LITERATUR

Berichte über das internationale Schrifttum

Herausgegeben von

Erwin Stein · Helmut Ridder · Georg Strickrodt

in Verbindung mit Hermann L. Brill · Werner Conze

Georg Eckert · Hans Peters · Helmut Röhr

Theodor Schieder

„... weit mehr als ein Referaten-Blatt, nämlich ein fortlaufendes Kompendium über die Fragen der Zeit, das den Leser auf der Höhe der Situation halten und vor der vielberufenen Verengung des Blickfeldes bewahren kann.“

„Die Aussprache“

Erscheint monatlich im Umfang von 48 Seiten

Vierteljahresbezug DM 4,50 · Einzelheft DM 2,-

Prospekte und Probehefte auf Anforderung

Ring-Verlag · Stuttgart und Düsseldorf

Auslieferungslager Villingen/Schwarzwald, Klosterring 1